

FINANZ BERICHT

2024



saar^{LB}
**DIE DEUTSCH-
FRANZÖSISCHE
BANK**

**JAHRESABSCHLUSS
NACH HGB**

Landesbank Saar (SaarLB)
Ursulinenstraße 2
66111 Saarbrücken
HRA 8589 Saarbrücken

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	4
LAGEBERICHT DER SAARLB FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2024	6
Die SaarLB	6
Rechtliche Verhältnisse	7
Geschäftsmodell und Strategie	7
Geschäftsverlauf und Lage der Bank	12
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	12
Vergleich Prognoseaussagen für 2024 zu finanziellen Leistungsindikatoren der tatsächlichen Geschäftsentwicklung	14
Zusammenfassende Gesamtaussage des Vorstandes	14
Neugeschäft	16
Ertragslage	18
Vermögens- und Finanzlage	23
Offenlegung des gesonderten nichtfinanziellen Berichts gemäß § 289b Abs. 3 HGB	26
Risikobericht	27
Zusammenfassung der Risikolage	27
Executive Summary 2024	27
Kapitalmanagement	29
Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung	33
Adressenrisiko	36
Marktpreisrisiko	44
Liquiditätsrisiko	45
Operationelles Risiko	48
Rechtsrisiken	49
Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem	50
Prognose- und Chancenbericht	53
Erwartete wirtschaftliche Rahmenbedingungen	53
Wesentliche Prognoseannahmen, Chancen und Risiken	54
Prognosen zur Entwicklung der Bank und der wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren ..	56
JAHRESABSCHLUSS DER SAARLB FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2024	58
Bilanz zum 31.12.2024 der SaarLB	58
Gewinn- und Verlustrechnung der SaarLB für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024	64
EIGENKAPITALSPIEGEL	67
KAPITALFLUSSRECHNUNG	68
ANHANG	70
Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	70
(1) Grundlagen	70
(2) Währungsumrechnung	70
(3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	70

Angaben zur Bilanz75
(4) Aktiva75
(5) Passiva81
(6) Fristengliederung der Bilanzposten nach Restlaufzeiten82
(7) Latente Steuern83
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung84
Sonstige Angaben84
(8) Gewinnverwendung84
(9) Nachtragsbericht85
(10) Angaben zu sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten sind85
(11) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten86
(12) Angaben zu nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzgeschäften86
(13) Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen88
(14) Zahl der Beschäftigten88
(15) Bezüge des Vorstandes und des Verwaltungsrates88
(16) Honorar für den Abschlussprüfer89
(17) Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen89
(18) Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte89
(19) Deckungsrechnung für das Hypotheken- und das Kommunalkreditgeschäft89
(20) Anteilsbesitz95
(21) Organe der Saar LB96
(22) Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen98
(23) Mandate von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitenden in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien99
VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER100
ANLAGE ZUM JAHRESABSCHLUSS101
ESEF-UNTERLAGEN DER LANDESBANK SAAR ZUM 31. DEZEMBER 2024102
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS103
GEWINNVERWENDUNGSBESCHLUSS113
BERICHT DES VERWALTUNGSRATES114

LAGEBERICHT DER SAARLB FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2024

Die SaarLB

Die SaarLB in Zahlen

Erfolgszahlen¹⁾ in Mio. EUR	2024	2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Zinsüberschuss	155,5	156,3	-0,8	-0,5
Provisionsüberschuss	7,0	8,2	-1,2	-14,6
Operative Erträge	163,7	167,9	-4,2	-2,5
Verwaltungsaufwand	-79,4	-88,2	8,8	-10,0
Betriebsergebnis vor Bewertung	84,3	79,7	4,6	5,8
Bewertungsergebnis	-19,0	-22,6	3,6	-15,9
Ergebnis vor Steuern	65,0	56,8	8,2	14,4
Steuern	-23,6	-24,8	1,2	-4,8
Ergebnis nach Steuern	41,4	32,0	9,4	29,4
in %	2024	2023	Veränderung	in %-Punkte
CIR	48,5	52,5	-4,0	
RoE	8,0	7,2	0,8	
Bilanzzahlen in Mio. EUR	31.12.2024	31.12.2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	16.736	16.674	62	0,4
Wertpapiere	1.451	1.309	142	10,8
Außerbilanzielle Forderungen	1.402	1.860	-458	-24,6
Kreditvolumen	19.589	19.843	-254	-1,3
Bilanzsumme	18.434	18.233	201	1,1
Fonds für allgemeine Bankrisiken	256	256	0	0,0
Eigenkapital	621	589	32	5,4
Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen in Mio. EUR	31.12.2024	31.12.2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Hartes Kernkapital	834	802	32	4,0
RWA	5.610	5.768	-158	-2,7
in %	31.12.2024	31.12.2023	Veränderung	in %-Punkte
Harte Kernkapitalquote	14,9	13,9	1,0	
Harte Kernkapitalquote nach Feststellung des Jahresabschlusses 2024	15,5	14,4	1,1	

¹⁾ Es sind nicht alle GuV-Posten in der Tabelle enthalten, so dass sich die operativen Erträge und das Ergebnis vor Steuern nicht als (Zwischen-)Summe ergeben.

RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Rechtsform und Eigentümerstruktur

Die Landesbank Saar (im Folgenden „SaarLB“ genannt) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Saarbrücken. Die Trägerstruktur der SaarLB stellt sich zum 31. Dezember 2024 wie folgt dar:

Saarland:	74,9 %
Sparkassenverband Saar, Saarbrücken:	25,1 %

Mitgliedschaft im Einlagensicherungssystem

Die SaarLB ist Mitglied des als Einlagensicherungssystem anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe. Die wichtigste Aufgabe des Sicherungssystems ist die Institutssicherung. So sollen der Fortbestand eines jeden Mitgliedsinstituts gewährleistet und somit die Geschäftsbeziehungen der Institute zu ihren Kundinnen und Kunden wie vertraglich vereinbart fortgeführt werden. Zusätzlich erfüllt das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe auch die Anforderungen der gesetzlichen Einlagensicherung. Danach haben alle Kundinnen und Kunden Anspruch auf Entschädigung gegen das zuständige Einlagensicherungssystem bis zu einer Höhe von EUR 100.000 pro Einleger und pro Kreditinstitut.

Aufsicht

Die SaarLB untersteht der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

GESCHÄFTSMODELL UND STRATEGIE

Leistungen und Produkte

Gemäß dem Saarländischen Sparkassengesetz und der Satzung der Bank ist die SaarLB Zentralbank der Sparkassen und darüber hinaus Geschäfts-, Außenhandels-, Staats- sowie Kommunalbank. Die Bank kann gemäß ihrer Satzung Bankgeschäfte aller Art sowie sonstige Geschäfte, die ihren Zwecken dienen, im Rahmen ihrer Lizenz betreiben. Die SaarLB ist berechtigt, Pfandbriefe nach dem Pfandbriefgesetz sowie sonstige Schuldverschreibungen auszugeben.

Die SaarLB erbringt bankgeschäftliche Leistungen und hat sich hierbei auf das Kredit- und Garantiegeschäft i. S. d. § 1 Abs. 1 Nr. 2, Nr. 8 KWG spezialisiert. Zur Refinanzierung betreibt die SaarLB das Einlagengeschäft (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KWG) sowie das Pfandbriefgeschäft (§ 1 Abs. 1 PfandBG). Ergänzend werden Zahlungsdienste i. S. d. § 1 Abs. 1 ZAG erbracht. Weiterhin unterhält die SaarLB eine Bausparkasse als rechtlich unselbständige Einrichtung (LBS Landesbausparkasse Saar, kurz LBS). Die LBS bietet Produkte und Leistungen im Bauspargeschäft an (§ 1 Abs. 1 BauSparkG).

Die Geschäfte der Bank sind unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen, was auch für Geschäfte mit Trägern gilt.

Die SaarLB ist gemessen an der Bilanzsumme das größte Kreditinstitut mit Sitz im Saarland.

Regionen

Die SaarLB hat sich als deutsch-französische Bank mit regionalem Fokus positioniert. Der Zielmarkt der SaarLB ist wie folgt definiert: Deutschland, Frankreich und Teile der Großregion. Für einzelne Geschäftsfelder gelten erweiterte Regelungen, die selektive Geschäfte mit Kunden in den Ländern Belgien, Niederlande und der Schweiz ermöglichen. Die SaarLB hat Vertriebsbüros in Mannheim, Koblenz, Paris und Lyon sowie eine Niederlassung in Straßburg. Die Frankreichaktivitäten werden unter der Marke „La Banque Franco-Allemande“ durchgeführt. Zur Untermauerung ihres deutsch-französischen Profils und zur Festigung ihres Netzwerkes in beiden Märkten hat die Bank eine digitale Plattform „Pôle Franco-Allemand“ als Intermediär für grenzüberschreitende Investitionen etabliert.

Segmente

Die SaarLB hat ihr Geschäft in die nachfolgenden Segmente untergliedert:

Firmenkunden

Das Segment Firmenkunden umfasst das deutsche und französische Mittelstandsgeschäft. In diesem Segment werden neben der klassischen Kreditfinanzierung vor allem Produkte des Anlagemanagements sowie des Zahlungsverkehrs angeboten und die Kunden bei der Unternehmensfinanzierung betriebswirtschaftlich beraten. Mit Blick auf das Geschäft in Frankreich ist dem Segment Firmenkunden zudem die Kreditvergabe an die öffentliche Hand (Kommunen und kommunalnahe Unternehmen) sowie die Begleitung von Public Private Partnership (PPP)-Finanzierungen zugeordnet.

Immobilien

Das Segment Immobilien umfasst die Finanzierung gewerblicher Immobilien. Geschäftsabschlüsse erfolgen auf bilateraler Basis oder in der Form von „Club Deals“ unter Federführung der Bank oder als Beimischung auch Beteiligungen an Konsortialkrediten anderer Pfandbriefbanken. Im Fokus der Marktbearbeitung stehen institutionelle Investoren als Zielkunden, die ihrerseits insbesondere in Büro-, Handels-, Logistik- und großflächige Wohn- und Gewerbeimmobilien investieren. Hierbei werden sowohl Bestandsimmobilien (Fokus) als auch Neuprojektierungen in deren Finanzierung begleitet.

Projektfinanzierungen

Das Segment Projektfinanzierungen beinhaltet die Finanzierung von Projekten primär im Sektor Erneuerbarer Energien (EE). Im EE-Sektor begleitet die SaarLB als Finanzdienstleister mittelständische Projektinitiatoren und Hersteller, die insbesondere in Wind- und/oder Solarparks investieren. Viele Kunden des Geschäftssegmentes werden grenzüberschreitend betreut.

Kommunalkunden Deutschland

Innerhalb des Geschäftsbereichs Kommunalkunden Deutschland werden sowohl Kommunalkunden als auch kommunalnahe Unternehmen in Deutschland betreut. Kommunalkunden sind Städte, Gemeinden, Gemeindeverbände, Landkreise, kommunale Zweckverbände, Wasser- und Bodenverbände und kommunale Eigengesellschaften in öffentlich-rechtlicher Rechtsform. Bei kommunalnahen Unternehmen liegt der Fokus auf Unternehmen, die eine öffentliche

Trägerschaft von mindestens 50 % aufweisen. Der Ansatz umfasst hierbei insbesondere das Bereitstellen von Liquidität sowie die bilaterale Finanzierung von Investitionen in die kommunale Infrastruktur, teilweise unterstützt durch öffentliche Förderprogramme. Hinzu kommen die Betreuung im Schuldenportfoliomanagement und das Arrangieren von kommunalen Schuldscheindarlehen. Dabei arbeitet die SaarLB mit den regional ansässigen Sparkassen zusammen. Darüber hinaus begleitet die SaarLB als Dienstleister und Finanzierer PPP-Maßnahmen für Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder sonstige öffentliche Baumaßnahmen.

LBS Landesbausparkasse Saar (LBS)

Die LBS ist organisatorisch als rechtlich unselbstständige Einrichtung in die SaarLB eingegliedert. Sie hat einen eigenständigen Marktauftritt. Hauptgeschäftsgebiet sind das Saarland und Frankreich (insbesondere Île-de-France und Côte d'Azur). Die LBS ist gemeinsam mit den Beteiligungsgesellschaften als Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum „Rund um die Immobilie“ integraler Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe Saar. In Kooperation mit den saarländischen Sparkassen wird die Zusammenarbeit mit diesen Unternehmen in den Bereichen Bestandsbetreuung und Interessentenbetreuung ausgeweitet. Im Kerngeschäft mit Privatkunden und in einem geringen Umfang mit gewerblichen Kunden stellen das Bausparen und die Finanzierung von Wohnimmobilien (Kauf und Modernisierung/Sanierung) die zentralen Produkte dar. Für Modernisierungen/Sanierungen bietet die LBS die Möglichkeit der Vermittlung von KfW-Förderkrediten an.

Treasury & Syndizierung

Neben der Zuständigkeit für die Steuerung des Zinsbuchs der Bank erfolgen in dem Segment das Deckungsstock- und Collateral-Management sowie die Liquiditätssteuerung und -bepreisung. Weiter ist Treasury & Syndizierung zuständig für die Betreuung der strategischen Eigenanlagen der Bank (Direktanlagen und Spezialfonds) sowie für die Sicherstellung der Refinanzierung der SaarLB. Darüber hinaus sind hier auch das RWA-Management und Syndizierungsaktivitäten gebündelt. Im Fokus der Syndizierungsaktivitäten steht das Ausplatzen (Syndizieren) von mittel- und langfristigen Krediten oder Kredittranchen im Bestands- und/oder Neugeschäft der Bank mittels „Club Deals“ (mit einem oder mehreren Konsortialpartnern oder durch nachträgliche Syndizierung). Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Ausbau der Geschäftsbeziehungen und Kontakte zu Syndizierungspartnern wie Banken, Sparkassen und institutionellen Kunden.

Vermögende Private

Im Segment Vermögende Private werden vermögende Privatpersonen mit entsprechender Bonität in den Zielmärkten Deutschland und Frankreich betreut. Der Fokus liegt dabei auf der klassischen Kreditfinanzierung mit hohem Standardisierungsgrad. Aufgrund der strengen Kreditvergaberichtlinien können die Kredite in der Regel ohne Sicherheiten herausgelegt werden. Abgerundet wird das Angebot mit Basisprodukten im Bereich Anlage (insbesondere Festgelder, keine Wertpapiergeschäfte) und Zahlungsverkehr. Das Segment Vermögende Private ist im Lagebericht dem Segment Firmenkunden zugeordnet.

STEUERUNGSSYSTEM DER BANK

Die Steuerung der Gesamtbank erfolgt durch den in der Geschäftsstrategie der SaarLB verankerten Steuerungskreislauf. Dieser Kreislauf umfasst einen fortlaufenden Prozess, der aus einer jährlichen Mittelfristplanung, detaillierten unterjährigen Soll-Ist-Vergleichen und regelmäßigen Hochrechnungen zum Jahresende besteht. Auf Segmentebene können ergänzende, spezifische Steuerungskennzahlen berücksichtigt werden.

Das interne Steuerungssystem der SaarLB zur Sicherstellung der strategischen Unternehmensziele basiert auf den eng miteinander verbundenen Betrachtungsebenen Profitabilität, Risiko und Kapital. Primäres Ziel des Steuerungssystems ist die kontinuierliche Optimierung der eingesetzten Ressourcen zur Sicherstellung einer nachhaltigen Geschäftsentwicklung. Auf Gesamtbankebene wird die Steuerung der strategischen Ziele, durch die in nachfolgender Tabelle dargestellten finanziellen Leistungsindikatoren operationalisiert. Aufsichtsrechtlich vorgegebene Kapital- und Liquiditätskennzahlen werden als strenge Nebenbedingung mit in der Steuerung berücksichtigt.

Wie im Lagebericht 2023 im Rahmen des Prognose- und Chancenberichtes dargestellt, hat die SaarLB für das Geschäftsjahr 2024 die finanziellen Leistungsindikatoren überarbeitet und angepasst. Die bisherigen Leistungsindikatoren „Operative Erträge“ und „Ergebnis vor Steuern“ wurden durch „RWA-Rentabilität“ und „NPL-Quote“ ersetzt.

Steuerungsgröße	Berechnungsmethodik
CET1-Quote	Harte Kernkapitalquote: Quotient aus dem aufsichtsrechtlichen harten Kernkapital (CET1) und den Gesamtrisikopositionen gemäß CRR
Return on Equity vor Steuern (RoE)	Ergebnis vor Steuern im Verhältnis zum durchschnittlichen aufsichtlichen harten Kernkapital (CET1) des Berichtszeitraums
RWA-Rentabilität	Operative Erträge im Verhältnis zu den im Jahresverlauf durchschnittlich gebundenen Gesamtrisikopositionen (gem. CRR). Die operativen Erträge sind definiert als die Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Nettoertrag des Handelsbestands zzgl. der Differenz aus sonstigen betrieblichen Erträgen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen.
Cost-Income-Ratio (CIR)	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (inkl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen) im Verhältnis zur Summe der operativen Erträge.
NPL-Quote	Bei der NPL-Quote werden die Bruttobuchwerte der notleidenden Kredite und Darlehen durch den Bruttobuchwert der gesamten Darlehen und Kredite zum jeweiligen Stichtag geteilt. (analog der Offenlegungs-Definition in Textziffer 1, Anhang XVI der Durchführungsverordnung (EU) 2021/637). Die Position „Cash Balances at Central Banks and Other Demand Deposits“ (inkl. Sichteinlagen bei anderen Kreditinstituten) fließt bei der Berechnung der NPL-Quote nicht ein.

Im Rahmen des monatlichen internen Management-Informationssystems erfolgt eine umfassende Analyse der Steuerungskennzahlen. Diese gibt Aufschluss darüber, ob sich die SaarLB im Hinblick auf ihre operativen und strategischen Ziele im definierten Zielbereich bewegt; Abweichungen werden entsprechend dargestellt und begründet. Ergänzend erfolgt eine Darstellung der Risiken im vierteljährlichen Risikobericht, in dem die Entwicklung der einzelnen als wesentlich definierten Risikoarten den von der Bank implementierten Limiten gegenübergestellt werden. Darstellungen über die Einhaltung und Entwicklung der bedeutsamen finan-

ziellen Leistungsindikatoren sind dem Abschnitt „Geschäftsverlauf und Lage der SaarLB“ zu entnehmen. Die wesentlichen Kennzahlen der Risikosteuerung werden im Abschnitt „Risikobericht“ dargestellt.

Rating

Die Bonität der SaarLB wird von den beiden internationalen Rating-Agenturen Fitch Ratings (Fitch) und Moody's Investor Service (Moody's) beurteilt.

Moody's hat das Baseline Credit Assessment der SaarLB im März 2024 um 1 Stufe von ba1 auf baa3 angehoben. Zudem erfolgte zeitgleich eine Neubewertung des Sicherungssystems des Sparkassenfinanzverbundes, das im Rating der SaarLB berücksichtigt wird. Somit verbesserte sich das Long-Term Counterparty Risk Rating der SaarLB um 2 Stufen von A1 auf Aa2.

Das Rating von Fitch wurde im Juli 2024, ebenfalls aufgrund einer Neubewertung des Sicherungssystems im Sparkassenfinanzverbund, um 2 Stufen von A- auf A+ angehoben.

Das Pfandbriefrating für öffentliche Pfandbriefe wurde von Fitch im Oktober 2024 mit AAA bestätigt.

Zum 31. Dezember 2024 stellten sich die wesentlichen Ratings der SaarLB wie folgt dar:

Fitch Ratingbezeichnung	Rating
Long-Term Issuer Default Rating	A+, stabil
Short-Term Issuer Default Rating	F1+
Viability Rating	bbb-
Derivative Counterparty Rating	AA- (dcr)
Public-Sector Pfandbriefe	AAA

Moody's Ratingbezeichnung	Rating
Long-Term Counterparty Risk Rating	Aa2
Short-Term Counterparty Risk Rating	P-1
Baseline Credit Assessment	baa3
Adjusted Baseline Credit Assessment	a3

GESCHÄFTSVERLAUF UND LAGE DER BANK

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Deutschland

Gemäß Angaben des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um -0,2 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.

Die Industrie befindet sich in einem schwierigen Umfeld und steht unter hohem Anpassungsdruck an sich verändernde strukturelle Rahmenbedingungen am heimischen Produktionsstandort und auf den Weltmärkten. So sind vor allem Anpassungen an die längerfristigen Auswirkungen des durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelösten Energiepreisschocks notwendig. Außerdem bestehen zahlreiche weitere Herausforderungen, wie beispielsweise die Notwendigkeit der grünen Transformation zu einer CO₂-freien Produktionsweise bzw. Dekarbonisierung, der demografische Wandel oder die zunehmende Konkurrenz durch Volkswirtschaften wie China. Die EZB-Leitzinsen wurden im Jahr 2024 durch vier Zinsschritte gesenkt (Hauptrefinanzierungszinssatz von 4,5 % auf 3,15 %, Einlagenzinssatz von 4,0 % auf 3,0 %). Die Finanzierungskosten sind dennoch, im Vergleich zu den vergangenen Jahren, relativ hoch.

Diese Rahmenbedingungen führten zu einem deutlichen Rückgang der Investitionen in den meisten Branchen inkl. der Immobilienbranche. Positive Impulse für den Konsum kamen von gestiegenen Löhnen, die aber die anderen Einflussfaktoren nicht kompensieren konnten.

Dementsprechend gingen Industrieproduktion und Warenexporte weiter zurück. Laut Umfragen des ifo Instituts nahm der bereits zuvor hohe Auftragsmangel noch weiter zu. Die Kapazitätsauslastung in der deutschen Industrie ist seit Oktober 2022 rückläufig und liegt mittlerweile erheblich unter ihrem langfristigen Durchschnitt. Einen Anstieg der Produktion gab es nur in wenigen Sektoren. Durch eine verschlechterte Wettbewerbsposition innerhalb und außerhalb der EU in den vergangenen Jahren, konnte die deutsche Industrie von dem im Sommerhalbjahr recht kräftigen Wachstum des Welthandels nur wenig profitieren.

Die Investitionszurückhaltung bei den Unternehmen führte zu einem schwachen Kreditneugeschäft bei deutschen Banken, wobei die Nachfrage nach Unternehmenskrediten gegen Jahresende wieder angezogen ist.

Die Bauinvestitionen und die Bauproduktion litten ebenfalls nach wie vor unter einer schwachen Nachfrage. Die seit Beginn der Zinserhöhungen eingetretenen Marktschwankungen haben sich durch die darauffolgenden Marktwertkorrekturen der Immobilien einerseits, als auch die im Jahr 2024 durchgeführten Zinssenkungen andererseits, weitestgehend beruhigt. Durch die Annäherung an eine Bodenbildung bei den Marktwerten sowie die höhere Planbarkeit auf der Zinsseite hat sich der Immobilientransaktionsmarkt im zweiten Halbjahr 2024 wieder belebt.

Die Bundesregierung hat seit dem Jahr 2022 den Ausbau von Erneuerbaren Energien u. a. durch die Erhöhung gesetzlicher Ausbaupfade und erleichterte/schnellere Genehmigungsverfahren

forciert. Somit stammten bereits über 60 % der Stromerzeugung in Deutschland im ersten Halbjahr 2024 aus Erneuerbaren Energien. Windenergie war mit einem Anteil von ca. einem Drittel die wichtigste Quelle bei der inländischen Stromerzeugung. Die Rahmenbedingungen zur Refinanzierung von EE-Projekten, insbesondere über Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), hatten sich um Jahresbeginn 2024 im Wesentlichen aufgrund der stark inversen Zinslage indes drastisch verschlechtert.

Frankreich

Nach vorläufigen Berechnungen der Banque de France erreichte Frankreich im Jahr 2024 ein reales Wirtschaftswachstum von 1,1 %. Dieser Anstieg resultiert u. a. durch die Olympischen Spiele, die 2024 überwiegend in Paris und weiteren französischen Städten stattgefunden haben. Eine schwache internationale Nachfrage und die Kaufzurückhaltung der Verbraucher drückten die wirtschaftliche Entwicklung. Des Weiteren wurden größere Privatinvestitionen der Verbraucher aufgrund der hohen Finanzierungskosten sowie der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit zurückgestellt. Die Stimmung war bei den Unternehmen zum Jahresende zurückhaltend.

Laut Institut national de la statistique et des études économiques (INSEE) lag der Geschäftsklimaindex im Dezember 2024 mit 97 Punkten zum achten Mal in Folge unter dem langfristigen Mittelwert von 100 Punkten.

Die instabile innenpolitische Lage sowie der massive Sparzwang, unter dem Frankreich steht, sorgt bei in- und ausländischen Unternehmen für Verunsicherung. Im Zuge der Verhandlungen um einen Sparhaushalt hat Premierminister Barnier nach einem erfolgreichen Misstrauensvotum gegen seine Regierung im Dezember 2024 seinen Rücktritt eingereicht. Zwischenzeitlich konnte eine neue Regierung gebildet werden. Das hoch verschuldete Frankreich steht unter dem Druck der Europäischen Union, möglichst zügig einen Sparhaushalt zu beschließen.

Das Vertrauen der Unternehmen und Finanzmärkte leidet unter der politischen Hängepartie. Gemäß Germany Trade & Invest (GTAI) befürchten die Unternehmen Steuererhöhungen oder die Reduzierung von Förderungen. Unsichere Konjunkturaussichten und hohe Finanzierungskosten dämpfen die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Investitionen werden verstärkt in den Themenstellungen Energieeffizienz, Digitalisierung und Dekarbonisierung der Produktion getätigt. Seit September 2024 nehmen landesweit Fabrikschließungen und Personalabbau zu, insbesondere in der Automobilzulieferindustrie. Das Abflachen der Inflation sorgt für eine leichte Entspannung und wird sich mittelfristig auf die Zinsen und damit auf die Finanzierungskosten durchschlagen.

VERGLEICH PROGNOSEAUSSAGEN FÜR 2024 ZU FINANZIELLEN LEISTUNGSINDIKATOREN DER TATSÄCHLICHEN GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Bezüglich der finanziellen Leistungsindikatoren ergibt sich folgendes Bild:

in %	Prognose 2024 per 31.12.2023	Ergebnisse 2024	Ergebnisse 2023
RWA-Rentabilität	> 2,5	2,9	2,9
Cost-Income Ratio	< 55,0	48,5	52,5
Return on Equity (vor Steuern)	> 7,0	8,0	7,2
CET1-Quote	> 13,5	14,9	13,9
NPL-Quote	< 1,20	1,20	1,74

Die **RWA-Rentabilität** profitierte im abgelaufenen Geschäftsjahr vom Rückgang der RWA, der die schwächeren operativen Erträge ausgleichen konnte. Mit 2,9 % liegt das Ergebnis auf Niveau des Vorjahres (2,9 %), konnte unsere letztjährige Prognose aber spürbar übertreffen.

Die Verbesserung der **Cost-Income Ratio** von 52,5 % im Geschäftsjahr 2023 auf 48,5 % im Jahr 2024 wurde im Wesentlichen durch die deutlich geringeren Verwaltungskosten, insbesondere aufgrund der geringeren Kosten für Bankenabgabe und Institutssicherung begründet, die die geringeren operativen Erträge überkompensieren konnten. Damit ist die Cost-Income Ratio bedeutend unter dem Vorjahresvergleichswert und erheblich besser als in der letztjährigen Prognose erwartet.

Die Entwicklung des **Return on Equity (vor Steuern)** wurde durch die im Vergleich zum Vorjahr spürbar geringeren Verwaltungskosten, aber auch durch das leicht verbesserte Bewertungsergebnis bei nur leicht niedrigeren Erträgen begünstigt. Mit 8,0 % lag das Ergebnis im Geschäftsjahr 2024 deutlich über dem Vorjahr (7,2 %) und auch spürbar über der letztjährigen Prognose.

Die **CET1-Quote** profitierte im Vergleich zum Vorjahr sowohl durch die Kapitalstärkung aufgrund der Thesaurierung des Gewinns aus dem Geschäftsjahr 2023 mit EUR 22,7 Mio. sowie der geringeren RWA. Letztere trug maßgeblich dazu bei, dass die CET1-Quote mit 14,9 % sehr deutlich über unserer Prognose des Vorjahres lag.

Die **NPL-Quote** konnte sich insbesondere durch die Rückführung von in 2023 wertberichtigten Finanzierungen im Immobiliensektor wieder erheblich verbessern und liegt mit 1,20 % sehr deutlich unter dem Vorjahresvergleichswert, sie entspricht unserer letztjährigen Erwartung.

ZUSAMMENFASSENDE GESAMTAUSSAGE DES VORSTANDES

Im Jahr 2024 standen deutsche Banken vor einer Reihe von Herausforderungen und Chancen, die maßgeblich durch das sich verändernde Zinsumfeld und das nach wie vor angespannte geopolitische Umfeld geprägt waren. Nach einer Phase sehr stark steigender Zinsen in den Vorjahren, insbesondere im Jahr 2023, führte die europäische Zentralbank ab Juni 2024

schrittweise mehrere Zinssenkungen durch, um die Konjunktur zu stützen. Diese Zinssenkungen hatten direkte Auswirkungen auf die Margenentwicklung der SaarLB, zum Beispiel bei Kundeneinlagen.

Zudem führte die Entwicklung der Liquiditätsaufschläge, die im Jahr 2024 aufgrund der erhöhten Unsicherheiten auf den Finanzmärkten gestiegen sind, zu höheren Finanzierungskosten und beeinträchtigte die Neukreditvergabe, insbesondere im Segment Projektfinanzierungen und im langfristigen Kommunalkreditbereich. Da sich die SaarLB überwiegend am Kapitalmarkt refinanziert und nur einen vergleichsweise geringen Anteil an stabilen Kundeneinlagen aufweist, wirken sich Veränderungen der Liquiditätsaufschläge unmittelbar in der Konditionengestaltung des Kreditgeschäftes aus.

Parallel dazu zeigte sich der Immobilienmarkt in Europa – insbesondere in Deutschland – als Kernmarkt der SaarLB, gemessen am Umsatzvolumen auf einem weiterhin niedrigen Niveau. Während einerseits wieder eine Stabilisierung der Preise zu beobachten war, führten andererseits steigende Baukosten und strengere Anforderungen zur Energieeffizienz zu einer gebremsten Marktdynamik. Diese Entwicklungen hatten direkte Auswirkungen auf das Segment Immobilien, dessen Neugeschäftserwartung im Rahmen der letztjährigen Geschäftsplanung aufgrund der erwarteten schwächeren Dynamik an den Immobilienmärkten bereits bewusst reduziert wurde.

Insgesamt war das Jahr 2024 für die SaarLB von einer komplexen Mischung aus makroökonomischen Einflussfaktoren und branchenspezifischen Herausforderungen geprägt.

Bedingt durch das o.g. ökonomische Umfeld erzielte die SaarLB einen Zinsüberschuss i. H. v. EUR 155,5 Mio., der nahezu auf dem Niveau des Vorjahres (EUR 156,3 Mio.) liegt, die ursprüngliche Erwartung jedoch leicht unterschreitet. Im Zinsüberschuss sind laufende Erträge aus Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie Beteiligungen in Höhe von EUR 9,8 Mio. enthalten (Vorjahr: EUR 5,3 Mio.). Während der Margenbeitrag aus dem Kundenkreditgeschäft leicht gesteigert werden konnte, hat sich der Margenbeitrag aus dem Kundeneinlagengeschäft, trotz stabiler Volumina, erwartungsgemäß sehr deutlich verringert. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem seit Jahresmitte 2024 wieder fallenden kurzfristigen Zinsen, so dass sich der positive Effekt aus den im ersten Halbjahr 2023 erfolgten schnellen und hohen Zinserhöhungen mit positiven Auswirkungen auf die Marge, im Jahr 2024 nicht wiederholte. Dem Rückgang der Margenbeiträge aus dem Einlagengeschäft standen im Jahr 2024 höhere Ausschüttungen aus Immobilien- und Darlehensfonds sowie deutlich höhere Beteiligungserträge entgegen.

Das Provisionsergebnis war mit EUR 7,0 Mio. im Wesentlichen durch einen gesunkenen Provisionsüberschuss aus dem Kreditgeschäft infolge des geringeren Neugeschäftes geprägt und lag damit wesentlich unter der Vorjahresvergleichswert von EUR 8,2 Mio. sowie deutlich unter unseren Erwartungen.

Das Bewertungsergebnis, ohne Berücksichtigung von Zuführungen bzw. Auflösungen zu den Reserven nach § 340g HGB, fiel mit EUR -19,0 Mio. gegenüber dem Vorjahr (EUR -22,6 Mio.) deutlich positiver aus. Während sich im Segment Firmenkunden das Bewertungsergebnis aufgrund eines realisierten Verlustes durch den Verkauf eines Aktienbestandes (EUR -3,9 Mio.) gegenüber dem Vorjahr verschlechterte, konnte sich das Segment Immobilien durch die Rückführung von Finanzierungen, die im Jahr 2023 wertberichtigt wurden, deutlich verbessern. Insbesondere die Verbesserung im Segment Immobilien zahlt positiv auf den Bestand der

wertberechtigten Forderungen ein, der sich sehr deutlich von EUR 260,1 Mio. auf EUR 183,8 Mio. verringerte und somit positiv auf die Entwicklung der NPL-Quote wirkt.

Der Verwaltungsaufwand konnte mit EUR 79,4 Mio., insbesondere durch deutlich geringere regulatorische Kosten durch Wegfall der Zahlung für die Bankenabgabe im Jahr 2024 und spürbar verminderten Beiträgen zur Institutssicherung des Haftungsverbundes der Sparkassenfinanzgruppe gegenüber dem Vorjahr (EUR 88,2 Mio.) deutlich gesenkt werden. Stellenneubesetzungen, Steigerungen der Sozialabgaben und die Zahlung einer Inflationsprämie konnte durch verringerte Aufwendungen für Altersversorgung weitestgehend kompensiert werden. Gehaltssteigerungen aus dem im Jahr 2024 verhandelten neuen Tarifvertrag für öffentliche Banken wurden erst im November 2024 wirksam und hatten somit im abgelaufenen Geschäftsjahr noch keinen materiellen Einfluss auf den Personalaufwand. Der Tarifabschluss sieht eine stufenweise Erhöhung der Tarifgehälter ab November 2024 (+6 %) vor. Im November 2025 folgt eine weitere Erhöhung um 2,8 % im November 2026 um 2,7 %.

Somit konnte, insbesondere aufgrund des deutlich gesunkenen Verwaltungsaufwandes trotz des leicht rückläufigen operativen Ertrages das Ergebnis vor Steuern erheblich gesteigert werden und lag mit EUR 65,0 Mio. wesentlich über dem Vorjahreswert (EUR 56,8 Mio.) und entspricht in Summe den Erwartungen für das Jahr 2024.

Die Entwicklung der Risikopositionen (RWA) reflektiert zum einen die Entwicklung des Neugeschäftes und des damit verbundenen geringeren Bestandswachstums in den Kundensegmenten. Zum anderen profitierte die RWA-Entwicklung aber auch von einer Verringerung der durchschnittlichen RWA-Anrechnung, die auf den steigenden Anteil an Finanzierungen mit kommunalem Hintergrund zurückzuführen ist. Die RWA zum Jahresende 2024 lagen mit EUR 5,6 Mrd. somit geringfügig unter dem Vorjahresvergleichswert (EUR 5,8 Mrd.) und sehr deutlich unter unserer ursprünglichen Prognose, die von einem höheren Bestandswachstum ausgegangen war.

Durch die gesunkenen RWA bei gleichzeitig verbesserter Kapitalbasis aufgrund der Gewinnthesaurierung des Jahresergebnisses 2023 (EUR 22,7 Mio.) profitierte die Entwicklung der CET1-Quote, die von 13,9 % zum Jahresende 2023 auf 14,9 % Ende 2024 deutlich gesteigert werden konnte und somit spürbar über unseren Erwartungen lag.

Zusammenfassend ist die SaarLB insgesamt zufrieden mit der Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr, die trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes zu einer deutlichen Verbesserung des Vorsteuerergebnisses und der finanziellen Leistungsindikatoren geführt hat.

NEUGESCHÄFT

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2024 war das längerfristige Kredit-Neugeschäft (inkl. Prolongationen) mit einer Laufzeit größer einem Jahr aufgrund der schlechter als erwarteten o. g. wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurückhaltender und konnte den geplanten Wert, trotz eines starken vierten Quartals nicht erreichen.

Mit längerfristigem Neugeschäft und Prolongationen in Höhe von insgesamt EUR 2.111 Mio.

– ohne LBS – sank das Kredit-Neugeschäft (inkl. Prolongationen) der Bank im Jahr 2024 um rund 4 % und lag um EUR 94 Mio. unter dem Vorjahresvergleichswert (EUR 2.205 Mio.) und somit auch unter unseren ursprünglichen Erwartungen. Das Neugeschäftsvolumen (inkl. Prolongationen) verteilte sich im Berichtsjahr 2024 auf die Kundensegmente wie folgt:

in Mio. EUR	2024	2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Firmenkunden	510	440	70	15,9
Immobilien	571	773	-202	-26,1
Projektfinanzierungen	425	333	92	27,6
Kommunalkunden Deutschland	605	659	-54	-8,2
Summe	2.111	2.205	-94	-4,3

Der Anteil der Prolongationen betrug im Jahr 2024 rund 16 % (Vorjahr: 13 %). Knapp 58% des Prolongationsvolumens betrifft das Segment Immobilien, gefolgt von Projektfinanzierungen mit rund 23 %.

Im Segment Firmenkunden konnte das Neugeschäftsvolumen in Deutschland aufgrund der o. g. wirtschaftlichen Rahmenbedingungen den Vorjahreswert nicht erreichen. Das französische Firmenkundengeschäft, dem auch Finanzierungen mit kommunalem Hintergrund und PPP-Finanzierungen zugeordnet sind, konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden und kompensiert den Rückgang in Deutschland. Während in Frankreich das Neugeschäft mit kommunalem Hintergrund weitestgehend auf dem Niveau des Vorjahres verblieb, konnte das klassische Firmenkundengeschäft, besonders in Lyon, deutlich ausgebaut werden.

Im Segment Immobilien wurde, insbesondere aufgrund der hohen Unsicherheiten in den Immobilienmärkten, das Neugeschäft bewusst reduziert, durch die sukzessive Erholung der Immobilienmärkte konnte, inkl. der umgesetzten Prolongationen, der ursprüngliche Planwert aber leicht überschritten werden.

Im Segment Projektfinanzierungen konnte das Neugeschäftsvolumen gegenüber dem Vorjahr, insbesondere im vierten Quartal 2024, deutlich verbessert werden. Aufgrund der marktweit gestiegenen Refinanzierungskosten und der zurückhaltenden Refinanzierung über Förderinstitute lag das Neugeschäft jedoch noch unter der ursprünglichen Planung.

Im Segment Kommunalkunden Deutschland wurde das Neugeschäft bereits im Rahmen der Geschäftsplanung für 2024 mit einem gegenüber dem Vorjahr reduzierten Volumen angesetzt. Das in 2024 valutierte Volumen entfiel mit rd. 71 % überwiegend auf Finanzierungen mit kommunalnahen Unternehmen (Vorjahr: 50 %).

Analog der Entwicklung im Jahr 2023 lag der Schwerpunkt des Neugeschäftes (inkl. Prolongationen) im Jahr 2024 auf dem deutschen Markt, wobei sich der Anteil an französischem Geschäft von 29 % im Jahr 2023 auf 43 % im Jahr 2024 erhöht hat und der Fokussierung der Bank als deutsch-französische Bank Rechnung trägt.

in Mio. EUR	2024	2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Deutschland	1.211	1.576	-365	-23,2
Frankreich	900	629	271	43,1
Summe	2.111	2.205	-94	-4,3

Die Margen des Kundenkreditportfolios der Bank sind im Vergleich zum Vorjahreswert geringfügig gesunken. Leicht gestiegene Margen im Neugeschäft konnten den Margeneffekt aus einem höheren Anteil an Geschäft mit kommunalem Hintergrund und daher vergleichsweise geringeren Margen nicht vollständig kompensieren.

Die Kredit-Neuvaluierungen der LBS lagen im abgelaufenen Geschäftsjahr bei EUR 190 Mio. (Vorjahr: EUR 162 Mio.).

Das Volumen der Kundenpassiva der Bank konnte, trotz des veränderten Zinsumfeldes und der dadurch gesunkenen Einlagenzinsen auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden. Der Bauspareinlagenbestand der LBS entspricht ebenfalls dem Niveau des Vorjahres.

ERTRAGSLAGE

Das Ergebnis zum 31. Dezember 2024 setzte sich, wie in folgender Abbildung dargestellt, zusammen:

in Mio. EUR		2024	2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Zinsüberschuss	[1]	155,5	156,3	-0,8	-0,5
Provisionsüberschuss	[2]	7,0	8,2	-1,2	-14,6
Ergebnis des Handelsbestandes	[3]	0,3	0,4	-0,1	-25,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[4]	0,9	3,0	-2,1	-70,0
Operative Erträge	[5]	163,7	167,9	-4,2	-2,5
Verwaltungsaufwand	[6]	-79,4	-88,2	8,8	-10,0
Bewertungsergebnis*	[7]	-19,0	-22,6	3,6	-15,9
Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit	[8]	65,3	57,1	8,2	14,4
Außerordentliches Ergebnis	[9]	-0,3	-0,3	0,0	0,0
Ergebnis vor Steuern	[10]	65,0	56,8	8,2	14,4
Steuern	[11]	-23,6	-24,8	1,2	-4,8
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	[12]	41,4	32,0	9,4	29,4
Ø Hartes Kernkapital	[13]	817,2	793,5	23,7	3,0
Risikoposition (Stichtag)	[14]	5.609,9	5.767,7	-157,3	-2,7
CET1	[15]	833,7	800,6	33,1	4,1
in %		2024	2023	Veränderung in %-Punkte	
RoE (([10])/[13])	[16]	8,0	7,2	0,8	
CIR ([6])/([5])	[17]	48,5	52,5	-4,0	
CET1-Quote ([15])/([14])	[18]	14,9	13,9	1,0	

* betrifft RechKredV-Posten 13, 14, 15, 16

Der **Zinsüberschuss** inkl. der laufenden Erträge aus Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie Beteiligungen der SaarLB ist im Geschäftsjahr 2024 mit EUR 155,5 Mio. nahezu auf dem Niveau des Vorjahres (EUR 156,3 Mio.) und setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2024	2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Zinserträge	571,7	495,1	76,6	15,5
davon aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	553,2	483,4	69,8	14,4
aus Geldmarktpapieren	107,2	97,5	9,7	9,9
aus Forderungen an Kreditinstitute	35,3	40,2	-4,9	-12,2
aus Forderungen an Kunden	401,7	339,0	62,7	18,5
aus sonstigen Geschäften	9,0	6,7	2,3	34,3
davon aus festverzinslichen Wert- papieren und Schuldbuchforderungen	18,5	11,7	6,8	58,1
Laufende Erträge	9,8	5,3	4,5	84,9
davon Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	5,4	4,8	0,6	12,5
davon Beteiligungen	4,4	0,5	3,9	>100
Zinsaufwendungen	-426,0	-344,1	-81,9	23,8
davon aus Verbindlichkeiten	-262,8	-218,0	-44,8	20,6
davon aus verbrieften Verbindlichkeiten	-83,5	-61,3	-22,2	36,2
davon aus nachrangigen Verbindlichkeiten	-5,4	-5,7	0,3	-5,3
davon Sonstige	-74,3	-59,1	-15,2	25,7
darunter Nettoaufwand aus Zinsderivaten	-69,8	-56,3	-13,5	24,0
Zinsüberschuss	155,5	156,3	-0,8	-0,5

Aufgrund der im Berichtsjahr weiter gestiegenen Zinsen war sowohl ein Anstieg bei den Zinserträgen als auch bei den Zinsaufwendungen zu verzeichnen.

Die Erträge und Aufwendungen aus vorzeitig gekündigten Geschäften (Vorfälligkeitsentschädigungen und Swapaufösungen) erreichten 2024 einen Saldo in Höhe von EUR 2,9 Mio. (Vorjahr: EUR 4,4 Mio.).

Während das Zinsergebnis im Firmenkundengeschäft, bei Projektfinanzierungen und bei Kommunalkunden Deutschland, insbesondere infolge der gesunkenen Margen im Kundeneinlagengeschäft, unter Vorjahr lag, konnten die Segmente Immobilien aufgrund eines Sondereffektes im Zusammenhang mit ausgefallenen Forderungen sowie höherer Bereitstellungszinsen und LBS aufgrund höherer Zinserträge bei der Liquiditätsanlage das Zinsergebnis steigern.

Der **Provisionsüberschuss** lag mit EUR 7,0 Mio. um EUR 1,2 Mio. unter dem Vorjahresniveau (EUR 8,2 Mio.).

in Mio. EUR	2024	2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Kreditgeschäft	8,3	9,2	-0,9	-9,8
Wertpapiergeschäft	-0,9	-0,9	0,0	0,0
Zahlungsverkehr	1,2	1,2	0,0	0,0
Sonstige Provisionen	-1,6	-1,3	-0,3	23,1
Provisionsüberschuss	7,0	8,2	-1,2	-14,6

Die Entwicklung des Provisionsüberschusses aus Kreditgeschäft ist im Wesentlichen durch das verhaltene Neugeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr gekennzeichnet. Der Provisionsaufwand aus Wertpapiergeschäft enthält im Wesentlichen Provisionsaufwand aus Wertpapierleihegeschäften, die mit EUR 0,7 Mio. auf Niveau des Vorjahres liegen (Vorjahr: EUR 0,6 Mio.).

Insbesondere in den Segmenten Firmenkunden und Projektfinanzierungen konnte der Vorjahresvergleichswert nicht erreicht werden. Dem entgegen stand ein höheres Provisionsergebnis im Segment Immobilien und verminderte Aufwendungen aus Vermittlungsgeschäft im Segment Kommunkunden Deutschland. Der Nettoprovisionsaufwand der LBS ist auf dem Niveau des Vorjahres und ist maßgeblich durch Zahlung von Vermittlungsprovisionen bestimmt.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** lag bei EUR 0,9 Mio. und somit um EUR 2,1 Mio. unter dem Vorjahr (EUR 3,0 Mio.).

in Mio. EUR	2024	2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Sonstige betriebliche Erträge	6,8	9,2	-2,4	-26,1
davon Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen	1,7	2,5	-0,8	-32,0
davon Erträge aus Buchgewinnen auf Optionen bei Fälligkeit	3,0	4,3	-1,3	-30,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5,2	-6,1	0,9	-14,8
davon Aufwendungen aus der Bildung von sonstigen Rückstellungen	-0,4	-0,6	0,2	-33,3
davon Abschreibungen auf Optionen bei Fälligkeit	-3,0	-4,0	1,0	-25,0
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-0,7	-0,1	-0,6	>100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0,9	3,0	-2,1	-70,0

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind mit EUR 6,8 Mio. unter dem Vorjahresvergleichswert und beinhalteten im Wesentlichen Buchgewinne aus Optionen in Höhe von EUR 3,0 Mio. (Vorjahr: EUR 4,3 Mio.) und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von EUR 1,7 Mio. (Vorjahr: EUR 2,5 Mio.). Die Auflösung der Rückstellungen betrifft im Wesentlichen Rückstellungen für die Prüfungskosten sowie personalbezogene Rückstellungen. Zudem sind Beitragsrückerstattungen des Sparkassenverbands Saar i. H. v. EUR 0,3 Mio., Erträge aus der Aus-

buchung von verjährten Sparguthaben i. H. v. EUR 0,7 Mio. sowie Rückerstattungen von Gerichts-, Anwalts- und Notariatskosten i. H. v. EUR 0,1 Mio. enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind mit EUR 5,2 Mio. im Vergleich zum Vorjahr (EUR 6,1 Mio.) ebenfalls rückläufig. Darin enthalten waren überwiegend Abschreibungen auf Optionen bei Fälligkeit in Höhe von EUR 3,0 Mio. (Vorjahr: EUR 4,0 Mio.) und Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen im Personalbereich in Höhe von EUR 0,4 Mio. (Vorjahr: EUR 0,6 Mio.). Zudem sind im Geschäftsjahr 2024 Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen für die kulanzweise Rückerstattung von verjährten Sparguthaben i. H. v. EUR 0,6 Mio., Zinsen auf Verpflichtungen aus Steuernachzahlungen i. H. v. EUR 0,5 Mio. sowie Aufwendungen aus Ausgleichsansprüchen für Handelsvertreter gemäß § 89b HGB i. H. v. EUR 0,3 Mio. enthalten.

Der **Verwaltungsaufwand inkl. Abschreibungen auf Sachanlagen** sowie immaterielle Vermögensgegenstände reduzierte sich von EUR 88,2 Mio. im Vorjahresvergleichszeitraum auf EUR 79,4 Mio.

in Mio. EUR	2024	2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Personalaufwand	-45,7	-45,5	-0,2	0,4
darunter Altersversorgung	-3,2	-3,7	0,5	-13,5
Andere Verwaltungsaufwendungen	-32,3	-41,3	9,0	-21,8
darunter Bankenabgabe und Beiträge zur Institutssicherung	-2,0	-11,9	9,9	-83,2
Abschreibungen	-1,4	-1,4	0,0	0,0
Verwaltungsaufwand	-79,4	-88,2	8,8	-10,0

Der Personalaufwand liegt mit EUR 45,7 Mio. auf Niveau des Vorjahres (Vorjahr: EUR 45,5 Mio.). Der Rückgang der Altersvorsorge, im Wesentlichen getrieben durch geringere Zuführungen zu Pensionsrückstellungen, wurde weitgehend durch erhöhte Sozialabgaben und die Zahlung einer Inflationsprämie im abgelaufenen Geschäftsjahr kompensiert.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen lagen mit EUR 32,3 Mio. deutlich unter dem Vorjahr (EUR 41,3 Mio.). Der Rückgang ist überwiegend auf den Wegfall der Bankenabgabe und reduzierten Beiträgen zur Sicherungsreserve zurückzuführen. Gegenläufige Effekte bestanden unter anderem in höheren Aufwendungen für Gebäudekosten sowie in leicht gestiegenen Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände lagen mit EUR 1,4 Mio. in etwa auf Vorjahresniveau (EUR 1,4 Mio.).

Das **Bewertungsergebnis aus dem Kredit-, Wertpapier und Beteiligungsgeschäft** inkl. der Veränderungen zu den Reserven nach § 340f und § 340g HGB verbesserte sich von EUR -22,6 Mio. im Jahr 2023 auf EUR -19,0 Mio. im Jahr 2024 und setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2024	2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Kreditergebnis	-13,7	-25,4	11,7	-46,1
davon EWB/Rückstellungen	-14,9	-29,0	14,0	-48,4
davon PWB	1,2	3,6	-2,4	-66,7
Wertpapierergebnis	-6,1	2,8	-8,9	-
darunter Liquiditätsreserve	-3,3	2,6	-5,9	-
darunter Anlagevermögen	-2,8	0,2	-3,0	-
Beteiligungsergebnis	0,8	0,0	0,8	n/a
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,0	0,0	0,0	n/a
Bewertungsergebnis	-19,0	-22,6	3,6	-15,9

In der Position EWB/Rückstellungen sind auch Nettoveränderungen zu den Reserven nach § 340f HGB enthalten.

Das Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft der Liquiditätsreserve ist wesentlich durch realisierte Kursverluste einer Aktienposition beeinflusst, die im Zusammenhang mit einer Umstrukturierung eines im Jahr 2023 ausgefallenen französischen Kreditgeschäftes entstanden ist. Im Bewertungsergebnis aus Wertpapiergeschäft des Anlagevermögens sind Kurswertabschreibungen auf Fonds enthalten, sowie realisierte Verluste aus der Veräußerung von Anleihen.

Während sich das Bewertungsergebnis im Segment Firmenkunden unter anderem aufgrund der oben beschriebenen Kursverluste aus Aktien verschlechterte, fiel das Bewertungsergebnis im Segment Immobilien deutlich besser aus.

Nach Berücksichtigung des Steueraufwands in Höhe von EUR 23,6 Mio. (Vorjahr: EUR 24,8 Mio.) – darin enthalten Netto-Steueraufwendungen aus Vorjahren in Höhe von EUR 2,9 Mio. (Vorjahr: EUR 4,2 Mio.) sowie latente Steuererträge von EUR 6,6 Mio. (Vorjahr latente Steueraufwendungen EUR 4,5 Mio.) – beläuft sich der Jahresüberschuss 2024 auf EUR 41,4 Mio. (Vorjahr: EUR 32,0 Mio.).

VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Aktiva

Die Vermögenslage der SaarLB ist unverändert durch das Kreditgeschäft geprägt.

Nach Bilanzposten setzen sich die Aktiva der SaarLB zum 31.12.2024 wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	31.12.2024	31.12.2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Barreserve	50	57	-7	-12,3
Forderungen an Kreditinstitute	2.248	2.656	-408	-15,4
Forderungen an Kunden	14.488	14.018	470	3,4
Wertpapiere	1.451	1.309	142	10,8
Beteiligungen und Anteile an verbundene Unternehmen	14	13	1	7,7
Sonstige Aktiva	183	180	3	1,7
Summe	18.434	18.233	201	1,1

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie die Wertpapiere setzen sich nach Segmenten wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	31.12.2024	31.12.2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	2.248	2.656	-408	-15,4
Firmenkunden	32	34	-2	-5,9
Treasury & Syndizierung	548	646	-98	-15,2
Sonstiges	1.668	1.976	-308	-15,6
davon Einlagefazilität bei der Deutschen Bundesbank	1.320	1.520	-200	-13,2
Forderungen an Kunden	14.488	14.018	470	3,4
Firmenkunden	3.275	3.156	119	3,8
Immobilien	2.668	2.723	-55	-2,0
Projektfinanzierungen	2.842	2.804	38	1,4
Kommunalkunden Deutschland	3.921	3.676	245	6,7
Treasury & Syndizierung	434	373	61	16,4
LBS	1.200	1.170	30	2,6
Sonstiges	148	116	32	27,6
Wertpapiere	1.451	1.309	142	10,8
Firmenkunden	8	8	0	0,0
Treasury & Syndizierung	1.443	1.301	142	10,9

Zur Entwicklung des Neugeschäfts vgl. Abschnitt Neugeschäft.

Die **Wertpapierbestände** haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	31.12.2024	31.12.2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Anleihen und festverzinsliche Wertpapiere	1.263	1.119	144	12,9
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	188	190	-2	-1,1
Wertpapiere	1.451	1.309	142	10,8
davon Wertpapiere des Anlagevermögens	1.245	1.129	116	10,3
darunter stille Reserven	21	29	-8	-27,6
darunter stille Lasten	46	67	-21	-31,3

Zur Zusammensetzung der sonstigen Aktiva vgl. Angaben zu den Aktiva im Anhang.

Passiva

Während des Geschäftsjahres 2024 war jederzeit (auch im Stressfall) sichergestellt, dass ausreichende Liquiditätsreserven in der SaarLB vorhanden sind.

Das Liquiditäts- und Refinanzierungsmanagement der SaarLB war stets in der Lage, zeitnah auf neue Marktgegebenheiten zu reagieren. Die SaarLB hat mit einer breiten Produktpalette Zugang zum Kapitalmarkt. Neben den unbesicherten Refinanzierungsmitteln (Preferred- und Non-preferred-Senior-Anleihen, Tier-2-Nachrangkapital) verfügt die Bank bei der Refinanzierung auch über die Möglichkeit, besicherte Refinanzierungsinstrumente, insbesondere Hypothekendarlehen und öffentliche Pfandbriefe, zu emittieren. Pfandbriefe bilden einen festen Bestandteil im Refinanzierungsmix. Dadurch hat die SaarLB einen stabilen Zugang zu langfristiger Refinanzierung mit Kostenvorteilen gegenüber unbesicherten Refinanzierungsquellen. Die Emissionsformate reichen von großvolumigen Benchmarkanleihen bis hin zu Privatplatzierungen. Weitere Ausführungen zur Refinanzierung und Liquiditätslage sind dem Abschnitt Risikobericht in diesem Lagebericht zu entnehmen.

Das Kreditneugeschäft wurde hauptsächlich durch gedeckte und ungedeckte Inhaber- und Namenspapiere sowie durch ungedeckte Schuldscheindarlehen refinanziert.

Zu Beginn des Jahres wurde erstmals ein Öffentlicher Pfandbrief i. H. v. EUR 500 Mio. im Benchmark-Format emittiert. Darüber hinaus wurden am Kapitalmarkt weitere gedeckte und ungedeckte Mittel in Höhe von EUR 1.175 Mio. aufgenommen, die der Refinanzierung des geplanten Neugeschäftes im Jahr 2024 und dem Ersatz von fällig gewordenen Kapitalmarktrefinanzierungen dienten. Da die kurzfristigen Einlagen im Wesentlichen unverändert blieben, wurden diese Mittel vorübergehend größtenteils bei der Bundesbank als Einlagefazilität angelegt.

Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen LCR und NSFR wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten und lagen deutlich über den regulatorischen Mindestanforderungen von 100 %; zum 31.12.2024 ergaben sich folgende Werte:

in %	31.12.2024	31.12.2023	Veränderung in %-Punkten
Liquidity Coverage Ratio (LCR)	242,6	209,8	32,8
Net Stable Funding Ratio (NSFR)	112,0	111,7	0,3

Im Einzelnen setzen sich die Passiva wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	31.12.2024	31.12.2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.908	4.053	-145	-3,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.127	7.688	439	5,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.077	5.227	-150	-2,9
Sonstige Passiva	266	233	33	14,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	179	187	-8	-4,3
Fonds für allgemeine Bankrisiken	256	256	0	0,0
Eigenkapital	621	589	32	5,4
Summe	18.434	18.233	201	1,1

Zur Zusammensetzung der sonstigen Passiva (sonstige Verbindlichkeiten, Rechnungsabgrenzungsposten, Rückstellungen sowie Fonds zur baupartentechnischen Absicherung) vgl. Anhang.

Das Eigenkapital ist mit EUR 621 Mio. im Vergleich zum 31.12.2023 um EUR 32 Mio. gestiegen. Der Anstieg ergibt sich aus der Dotierung der satzungsmäßigen Rücklage i. H. v. 10 % des Jahresüberschusses, also EUR 4,1 Mio. sowie dem Bilanzgewinn i. H. v. EUR 37 Mio., dem die Zahlung der Dividende für das Geschäftsjahr 2023 i. H. v. EUR 9,3 Mio. gegenübersteht. Im Rahmen der Gewinnverwendung für 2023 wurden die anderen Gewinnrücklagen mit EUR 20 Mio. dotiert.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	31.12.2024	31.12.2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Eigenmittel	1.035	980	55	5,6
davon				
Hartes Kernkapital	834	801	33	4,1
Ergänzendes Kernkapital	0	0	0	
Ergänzungskapital	201	179	22	12,3

Maßgeblich für den Anstieg des harten Kernkapitals waren die Zuführungen zu den satzungsmäßigen Rücklagen i. H. v. EUR 3,2 Mio., die Dotierung der anderen Gewinnrücklagen i. H. v. EUR 20 Mio. sowie der Wegfall des Wertberichtigungsfehlbetrags als Abzugsposition i. H. v. EUR 10 Mio.

Das Ergänzungskapital ist vor allem aufgrund des im Geschäftsjahr 2024 neu entstandenen Wertberichtigungsüberschuss i. H. v. EUR 26 Mio. gestiegen. Dem stand ein Rückgang beim Nachrangkapital bei unverändertem Nominalvolumen aufgrund des Anstiegs der Amortisierung nach Art 64 CRR i. H. v. EUR 4 Mio. gegenüber.

Die außerbilanziellen Verpflichtungen der SaarLB werden durch unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Eventualverbindlichkeiten bestimmt. Diese Verpflichtungen haben ein Gesamtvolumen von EUR 1.402 Mio. zum 31.12.2024 (31.12.2023: EUR 1.860 Mio.) gestiegen. Sie sind im Rahmen des Liquiditätsmanagements berücksichtigt.

Zugesagte Kreditlinien zugunsten der SaarLB bestehen nicht.

Die Nutzung derivativer Finanzinstrumente erfolgt zum weitaus größten Teil im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung und dient im Wesentlichen der Absicherung eigener Marktrisiken. Das Nominalvolumen ist mit EUR 18.116 Mio. im Vergleich zum Vorjahr (EUR 18.118 Mio.) weitgehend unverändert. Die Derivate betreffen mit rund 99 % (Vorjahr 97 %) Zinsderivate zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos. Weitere Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten sind im Anhang enthalten.

Die Zahlungsfähigkeit der SaarLB war im Geschäftsjahr 2024 jederzeit gewährleistet.

OFFENLEGUNG DES GESONDERTEN NICHTFINANZIELLEN BERICHTS GEMÄSS § 289B ABS. 3 HGB

Die SaarLB wird am 21. März 2025 (Veröffentlichungsdatum Jahresabschluss) einen gesonderten Bericht zum 31. Dezember 2024 gemäß den Vorgaben des § 289b Abs. 3 HGB auf freiwilliger Basis veröffentlichen. Der Bericht ist im Internetauftritt der SaarLB unter folgendem Link abrufbar: <https://www.saarlb.de/Nachhaltigkeitsbericht.pdf>

RISIKOBERICHT

Zusammenfassung der Risikolage

Sowohl in der einjährigen als auch in der mehrjährigen normativen Sicht überstiegen sämtliche Kennziffern im Berichtszeitraum die laut Risikostrategie geltenden Schwellenwerte, so dass die normative Risikotragfähigkeit uneingeschränkt gegeben war.

Die SaarLB verfügt über eine allokierte Risikodeckungsmasse, die im Berichtszeitraum jederzeit zur Deckung aller ICAAP-Risikokapitalbedarfe ausreichte. Die ökonomische Risikotragfähigkeit der SaarLB war daher im Berichtszeitraum jederzeit uneingeschränkt gegeben.

Die Zahlungsfähigkeit der SaarLB war im Berichtszeitraum jederzeit gegeben, die entsprechenden aufsichtsrechtlichen und internen (ökonomischen) Anforderungen wurden erfüllt.

Executive Summary 2024

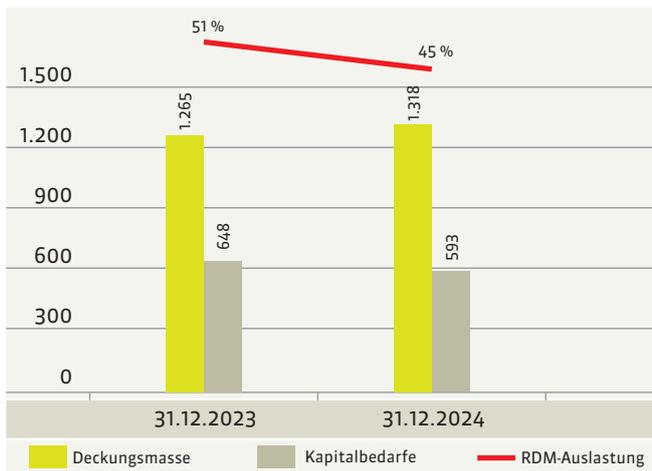
Trotz eines schwierigen Umfeldes geprägt von einer stagnierenden Wirtschaft, Umbrüchen in der Automobil- und Immobilienbranche, blieb das Risikoprofil der SaarLB weitestgehend stabil und zeigte leichte Verbesserungen in einigen Kennziffern.

Die Auslastung des Risikodeckungspotenzials bzw. die RTF-Auslastung, als Quotient zwischen ökonomischen Risikokapitalbedarf und ökonomischer Risikodeckungsmasse, beträgt zum aktuellen Berichtsstichtag, 31.12.2024, rd. 45 %.

Die RTF-Auslastung liegt weiterhin auf niedrigem, leicht verbessertem Niveau und verringerte sich gegenüber dem letzten Berichtsstichtag (51 % zum 31.12.2023).

Der Anstieg des ökonomischen Risikodeckungspotenzials gegenüber dem Berichtsstichtag 31.12.2023 ist vor allem auf den Anstieg des Barwerts aus dem Kunden- und Eigengeschäft zurückzuführen. Dieser Anstieg ist i. W. in Veränderungen der risikolosen Zinsstrukturkurve bedingt.

Die Reduktion des ökonomisch erforderlichen Kapitals resultiert aus einer stringenteren Zinssteuerung sowie einer engen Steuerung des Refinanzierungskostenrisikos.



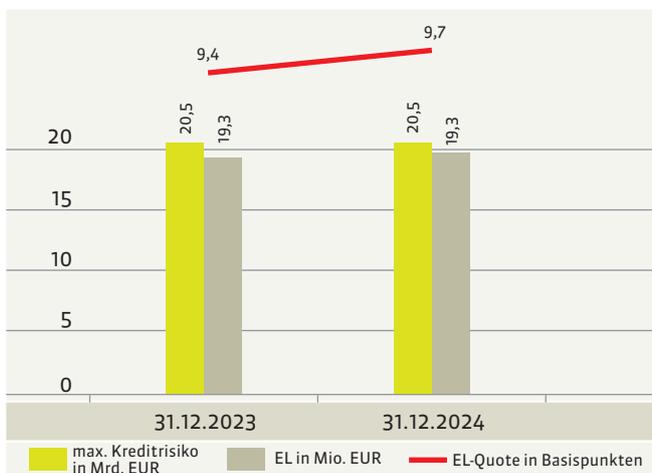
Bei der Berechnung der ökonomischen Kapitalbedarfe werden u. a. zentral zur Verfügung gestellte Risikomodelle der Sparkassen Rating und Risikosysteme (S-Rating) genutzt. Dies gilt insbesondere für die Marktpreisrisiken Zinsänderungsrisiko, Credit-Spread-Risiko und Immobilienrisiko sowie für das Refinanzierungskostenrisiko.

Das maximale Kreditrisiko blieb unverändert.

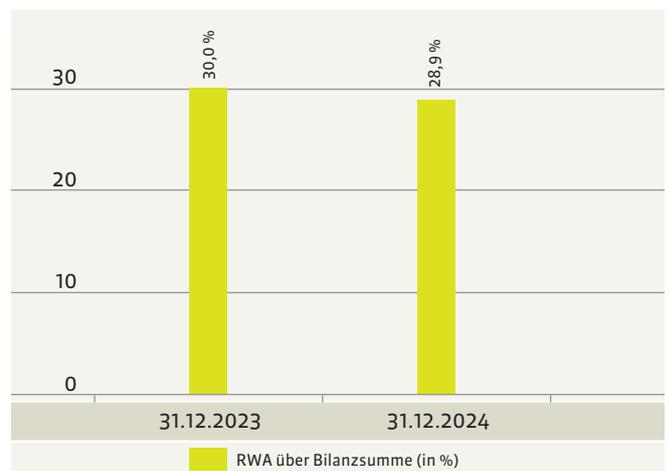
Der Expected Loss stieg nur unwesentlich, dementsprechend entwickelte sich auch die EL-Quote unauffällig.

Die Risikodichte (RWA im Verhältnis zur Bilanzsumme) nahm leicht ab. Haupttreiber war das Segment Firmenkunden.

Exposure und Expected Loss

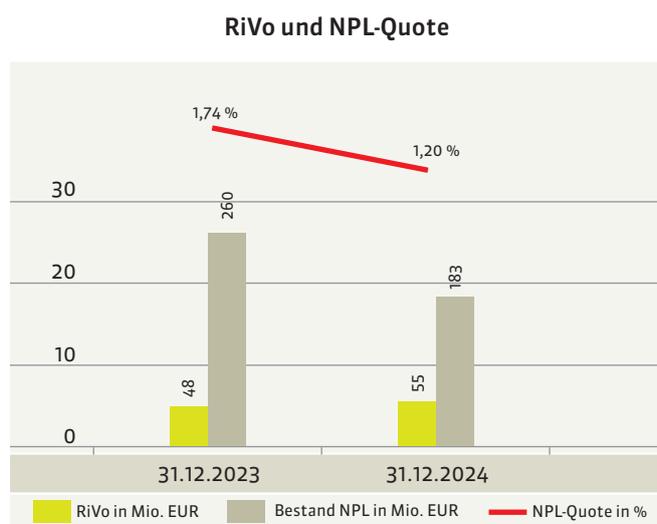


Risikodichte



Nach einem Anstieg im Jahr 2023 hat sich das NPL-Portfolio im Jahr 2024 stabilisiert und ist deutlich gesunken.

Die Risikovorsorge für Einzelrisiken stieg um EUR 7 Mio., im Wesentlichen getrieben durch die Branche Immobilien.



Die NPL-Quote aus FinRep gibt den Anteil der notleidenden Kredite am Gesamtvolumen der ausstehenden Kredite an und wird berechnet als das Verhältnis von notleidenden Forderungen zu den Bruttokreditforderungen gemäß der Definition der EBA.

Kapitalmanagement

Neben der Einhaltung der normativen und der ökonomischen Risikotragfähigkeit sind für die SaarLB die aufsichtsrechtlichen Vorschriften der CRR wesentlich für die Beurteilung und Steuerung ihrer Kapitalausstattung.

Ökonomische Risikotragfähigkeit

Neben der Sicherstellung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ist die Sicherung der ökonomischen Risikotragfähigkeit, die sich aus der Gegenüberstellung von Risikokapital (Risikodeckungsmasse) und Risikokapitalbedarf ergibt, zentraler Bestandteil der Steuerung in der SaarLB.

Die (ökonomische) Risikodeckungsmasse wurde im Berichtsjahr grundsätzlich auf Basis einer vollständig barwertigen Grundlage ermittelt und gibt Auskunft darüber, bis zu welcher Höhe unerwartete Verluste aus eingegangenen Risiken tatsächlich getragen werden können. Das barwertige Risikodeckungspotenzial stellt dabei den Gesamtbestand an Vermögenspositionen (Aktiva) und Verbindlichkeiten (Passiva) einschließlich außerbilanzieller Positionen dar. Einbezogen werden nur Bestandsgeschäfte, wobei unwiderrufliche Zusagen unter die Bestandsdefinition fallen. Kreditlinien und -fazilitäten dürfen dagegen nicht in der barwertigen Risikodeckungsmasse berücksichtigt werden.

In der nachfolgenden Tabelle ist die Entwicklung der (ökonomischen) Risikodeckungsmasse zwischen den beiden Berichtsstichtagen 31.12.2024 und 31.12.2023 dargestellt:

Risikodeckungsmasse Angaben in Mio. EUR und %	31.12.2024	31.12.2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Barwert des Kunden- und Eigengeschäfts	1.378	1.260	118	9,4
Liquiditätsbarwert	-29	-42	13	-31,0
Beteiligungen	14	13	1	7,7
Weitere Vermögensgegenstände	258	315	-57	-18,1
Barwert Verwaltungskosten	-247	-221	-26	11,8
Weitere Abzugspositionen	-56	-60	4	5,0
Risikodeckungsmasse	1.318	1.265	53	4,2

Die ökonomische Risikodeckungsmasse erhöhte sich im Vergleich zum letzten Berichtsstichtag leicht um rd. EUR 52,7 Mio. Der Anstieg resultierte dabei im Wesentlichen aus einer Zunahme des „Barwerts des Kunden- und Eigengeschäfts“ um rd. EUR 117,8 Mio. Dieser Anstieg ist dabei vor allem auf einen Rückgang der (risikolosen) Zinsstrukturkurve zurückzuführen. Darüber hinaus verbesserte sich der Liquiditätsbarwert (als Differenz zwischen dem Liquiditätsnutzenbarwert und dem Liquiditätskostenbarwert) um rd. EUR 13,4 Mio. gegenüber dem letzten Berichtsstichtag. Die dargestellten positiven Effekte wurden durch den Rückgang bei der Position „weitere Vermögensgegenstände“, welche insbesondere die Hauptbuchkonten der SaarLB sowie „Sicherheiten in Abwicklung“ enthält, teilweise kompensiert. Zusätzlich erhöhte sich der Verwaltungskostenbarwert – als Abzugsposition in der ökonomischen Risikodeckungsmasse – um rd. EUR 26,0 Mio. Die Erhöhung resultiert insbesondere aus einem wesentlichen Anstieg der unterstellten jährlichen Steigerungsrate der Verwaltungskosten gegenüber dem letzten Berichtsstichtag.

Im Rahmen der ökonomischen Risikokapitalsteuerung überwacht die SaarLB darüber hinaus ihr Risikoprofil. Im Berichtsjahr wurde in einem vierteljährlichen Turnus eine Risikotragfähigkeitsrechnung durchgeführt, in der eine Gegenüberstellung von allokiertem Risikokapital und erforderlichen Risikokapitalbedarfen erfolgt. Zur Ermittlung des Risikokapitalbedarfs erfolgt eine konsistente Betrachtung aller als wesentlich identifizierten Risikoarten. Die Risiken werden anschließend auf Gesamtbankebene zu einer Gesamteinschätzung des vorhandenen Risikos zusammengeführt. Dabei wird zur Berechnung des Risikokapitalbedarfs im ICAAP grundsätzlich die Value-at-Risk (VaR)-Methodik mit einer Haltedauer von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99,9 % angewandt. Die Limitierung erfolgt auf Ebene der einzelnen Risikoarten sowie übergreifend durch das (insgesamt) allokierte Risikokapital. Bei der Berechnung der ökonomischen Kapitalbedarfe werden u. a. zentral zur Verfügung gestellte Risikomodelle der Sparkassen Rating und Risikosysteme (S-Rating) genutzt. Dies gilt insbesondere für die Marktpreisrisiken Zinsänderungsrisiko, Credit-Spread-Risiko und Immobilienrisiko sowie für das Refinanzierungskostenrisiko.

Die Ergebnisse der ICAAP-Risikotragfähigkeitsrechnung zum Berichtsstichtag sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

Ökonomische Risikotragfähigkeit: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2024			31.12.2023		
	Kapitalbedarf	Limit	Auslastung	Kapitalbedarf	Limit	Auslastung
Adressenrisiko	282,6	330,0	86 %	273,8	330,0	83 %
Marktpreisrisiko	242,9	335,0	73 %	265,1	320,0	83 %
davon Zinsänderungsrisiko	168,4	215,0	78 %	210,8	215,0	98 %
Credit Spread-Risiko	49,4	65,0	76 %	48,3	65,0	74 %
Immobilienrisiko	48,9	55,0	89 %	34,6	40,0	87 %
Refinanzierungskostenrisiko	45,3	70,0	65 %	88,8	70,0	127 %
Operationelles Risiko	22,2	30,0	74 %	20,5	30,0	68 %
Summe	593,0	765,0	78 %	648,2	750,0	86 %
Freie ökonomische Deckungsmasse	725,0			617,0		

Der leichte Anstieg bei den Adressenrisiken (Effekt: rd. EUR 8,8 Mio.) resultierte im Wesentlichen aus der im Berichtsjahr turnusmäßig durchgeführten Parameteraktualisierung. Der Credit-Value-at-Risk (CVaR) erhöhte sich hierbei insbesondere aufgrund des Anstiegs der Volatilitäten bei den Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD-Volatilitäten).

Die Marktpreisrisiken verringerten sich insgesamt spürbar um rd. EUR 22,2 Mio. Der Rückgang bei den Marktpreisrisiken war dabei insbesondere auf die Veränderung beim Zinsänderungsrisiko (ZÄR) zurückzuführen. Das ZÄR verringerte sich zum einen aufgrund des Abschlusses von Absicherungs- sowie Steuerungsgeschäften durch das Treasury der SaarLB. Zum anderen wurden zum Berichtsstichtag 31.12.2024 die zentral zur Verfügung gestellten Risikoparameter der S-Rating aktualisiert, welche einen risikoreduzierenden Effekt auf die Risikokapitalbedarfe hatten. Das Credit-Spread-Risiko verbleibt dagegen gegenüber dem letzten Berichtsstichtag auf einem nahezu gleichbleibenden Niveau. Auf der Gegenseite erhöhte sich das Immobilienrisiko wesentlich um rd. EUR 14,3 Mio. Der Anstieg resultierte aus unterschiedlichen risikoerhöhenden Modellanpassungen, welche im Verlaufe des vergangenen Quartals zentral durch die S-Rating vorgegeben wurden. Es erfolgte dagegen keine Erhöhung des risikorelevanten Exposures im Bereich der Immobilienfondsinvestitionen. Mithilfe der Anpassungen sollen verschiedene Auffälligkeiten, die sich insbesondere durch die beobachteten Immobilienpreisschwankungen in den Jahren 2023/2024 gezeigt haben, adressiert werden (u. a. ausreichende Konservativität des berechneten Value-at-Risk sowie Berücksichtigung von idiosynkratischen Risiken). Aufgrund des deutlichen Anstiegs des Value-at-Risk wurde auch das Limit für das Immobilienrisiko zum Berichtsstichtag von ursprünglich EUR 40 Mio. auf EUR 55 Mio. angepasst. Hierdurch erhöhte sich analog auch das Limit für die gesamten Marktpreisrisiken von ursprünglich EUR 320 Mio. auf EUR 335 Mio. Im Risikokapitalbedarf für die gesamten Marktpreisrisiken i. H. v. rd. EUR 242,9 Mio. sind des Weiteren Diversifikationseffekte zwischen dem Zinsänderungsrisiko und dem Credit-Spread-Risiko von rd. EUR 23,9 Mio. berücksichtigt. Das Immobilienrisiko fließt dagegen undiversifiziert in die Ermittlung des Risikokapitalbedarfs ein.

Der sehr deutliche Rückgang des Refinanzierungskostenrisikos resultierte u. a. aus einer Benchmark-Emission im Januar 2024 (EUR 500 Mio.) und den damit einhergehenden risikoreduzierenden Steuerungseffekten auf den Liquidity-at-Risk (LVaR). Darüber hinaus wurden zum Berichtsstichtag 31.12.2024 die zentral zur Verfügung gestellten Risikoparameter der S-Rating aktualisiert, die sich ebenfalls risikoreduzierend auf den LVaR auswirkten. Aufgrund der dargestellten Effekte liegt das Refinanzierungskostenrisiko derzeit wieder innerhalb des Risikolimits von EUR 70 Mio. und wird somit im Vergleich zum letzten Berichtsstichtag 31.12.2023 mit einer „Grünampel“ ausgewiesen. Der LVaR wird weiterhin, wie avisiert, eng durch das Risikocolling und das Treasury der SaarLB gesteuert.

Das Operationelle Risiko (OpRisk) erhöhte sich im Vergleich zum letzten Berichtsstichtag spürbar. Der Anstieg ist dabei auf die jährliche Aktualisierung der dem OpRisk zugrundeliegenden Simulationsrechnung – in Form einer Monte-Carlo-Simulation – zurückzuführen.

Insgesamt verringerte sich der Risikokapitalbedarf im Vorjahresvergleich um EUR 55,2 Mio. Die allokierten Limite decken damit die Risiken zum aktuellen Berichtsstichtag ab. Im Vergleich zum letzten Berichtsstichtag liegt das Refinanzierungskostenrisiko wieder innerhalb des allokierten Limits i. H. v. EUR 70 Mio. Die Limitauslastung verringerte sich aufgrund der rückläufigen Risikokapitalbedarfe von 86 % auf nunmehr 78 %. Die ökonomische Risikotragfähigkeit der SaarLB war im gesamten Berichtszeitraum (sowohl insgesamt als auch auf Ebene der einzelnen Risikoarten) jederzeit uneingeschränkt gegeben.

Neben dem ICAAP-Risikokapitalbedarf werden zusätzlich Risikokapitalbedarfe in mehreren Stressszenarien ermittelt. Hierbei werden die Standard-Stressszenarien bzw. die Standardparametrisierung der S-Rating genutzt, um potenziell stressbedingte Risikokapitalbedarfe zu ermitteln. Das „schwerwiegendste Stressszenario“ stellt hierbei das Szenario „Immobilienkrise“ dar. Die zugrundeliegenden Stresstestparameter werden dabei konsistent auf Basis der folgenden Szenariodefinition abgeleitet: Ein schneller Anstieg der Zinsen im Euroraum in Kombination mit einer deutlichen Überbewertung der Preise für gewerbliche und wohnwirtschaftliche Immobilien als Folge einer langanhaltenden Niedrigzinsphase hat sich in einem starken und abrupten Preisverfall der Immobilien entladen. Bzgl. der Adressenrisiken werden zusätzlich spezifische Verschlechterungen der Verlustquoten sowie der Ausfallwahrscheinlichkeiten im Kreditportfolio unterstellt. Im Marktpreisrisiko werden u. a. Ausweitungen der Credit-Spreads und Zins-Shifts im Zinsänderungsrisiko angenommen. Für alle anderen Risikoarten gelten ebenfalls verschärfte Annahmen.

In der nachfolgenden Tabelle werden zum Berichtsstichtag die Risikokapitalbedarfe aus dem schwerwiegendsten Stressszenario „Immobilienkrise“ dargestellt:

Immobilienkrise Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2024	31.12.2023
Adressenrisiko	361,5	374,8
Marktpreisrisiko	193,0	197,8
davon Zinsänderungsrisiko	107,9	117,4
Credit Spread-Risiko	21,1	19,5
Immobilienrisiko	64,0	60,9
Refinanzierungskostenrisiko	36,4	55,2
Operationelles Risiko	14,3	12,9
Summe	605,2	640,7
Freie ökonomische Deckungsmasse nach Stress	712,8	624,5

Die ökonomische Deckungsmasse übertrifft auch unter Annahme des Szenarios „Immobilienkrise“ zum Berichtsstichtag die Kapitalbedarfe. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass analog zum Vorjahresbericht bei der freien ökonomischen Deckungsmasse kein zusätzlicher Abzug des ICAAP-Risikokapitalbedarfs mehr erfolgt: Gemäß der Vorgehensweise der S-Rating wird den Risikokapitalbedarfen im Stress die gesamte ökonomische Risikodeckungsmasse gegenübergestellt.

Der Stresseffekt aus den Adressenrisiken reduziert sich gegenüber dem letzten Berichtsstichtag leicht um rd. EUR 13,3 Mio. Die Marktpreisrisiken verringern sich ebenfalls geringfügig um rd. EUR 4,8 Mio. Die Veränderungen beim Zinsänderungsrisiko sind dabei analog zur ökonomischen ICAAP-Perspektive zu interpretieren, während sich der Effekt beim Credit-Spread-Risiko im Wesentlichen aus höheren risikorelevanten Marktwerten ergibt. Hinsichtlich des Immobilienrisikos ist zu beachten, dass im Gegensatz zur ICAAP-Perspektive, die durch die S-Rating zentral vorgegebenen Modellanpassungen nicht für die Stresstestbetrachtungen umzusetzen sind. Der gestiegene stressbedingte Risikokapitalbedarf resultiert beim Immobilienrisiko aus dem Anstieg der risikorelevanten Marktwerte aus den jeweiligen Immobilienfonds.

Der Rückgang der Stresseffekte beim Refinanzierungskostenrisiko ist ebenfalls auf die beschriebenen Steuerungsmaßnahmen, insbesondere der Benchmark-Emission im Januar 2024 (EUR 500 Mio.), zurückzuführen.

Die Veränderung des Operationellen Risiko ist auf die jährliche Aktualisierung der dem OpRisk zugrundeliegenden Simulationsrechnung zurückzuführen.

Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung

Die Risikosteuerung und -überwachung in der SaarLB erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen. Die Steuerung der Tochter- bzw. Beteiligungsunternehmen erfolgt im Rahmen des Beteiligungscontrollings.

Die zentralen Grundsätze der Risikosteuerung und -überwachung sind in der Risikostrategie der SaarLB festgelegt. Der Vorstand regelt hier im Einklang mit der Geschäftsstrategie den Umgang mit den für die SaarLB wesentlichen Risikoarten Adressenrisiken, Marktpreisrisiken (in den Risikounterarten Zinsänderungsrisiko, Spread-Risiko und Immobilienrisiko), Liquiditätsrisiken (in den Risikounterarten Zahlungsunfähigkeitsrisiko und Refinanzierungskostenrisiko) und operationelle Risiken. Nachhaltigkeitsrisiken sieht die SaarLB nicht als eigenständige Risikoart, sondern als potenziell relevanten Risikotreiber wesentlicher Risikoarten unter Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf potenziell bestehende Risikokonzentrationen. Im Rahmen der Auswirkungsanalyse von identifizierten Nachhaltigkeitsfaktoren wurde eine Relevanz von Nachhaltigkeitsrisiken für Adressenrisiken festgestellt. Daher erfolgt eine explizite Berücksichtigung ihrer Auswirkungen im Rahmen der Risikosteuerung und -überwachung von Adressenrisiken. Der Vorstand verantwortet und überwacht die Umsetzung dieser Vorgaben.

Oberstes Ziel aller Geschäftsaktivitäten der SaarLB ist die Erwirtschaftung eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags nach Risiken. Hierbei gelten folgende risikopolitische Leitlinien:

- Die Entstehung von Ertragskonzentrationen, die nicht durch die geschäftsstrategische Ausrichtung der SaarLB bedingt wird, sollen vermieden werden.
- Die Sicherstellung der Portfolioqualität geht vor Wachstum.
- Die SaarLB geht nur Risiken ein, die sie beurteilen und managen kann.
- Risiken werden nur insoweit eingegangen, wie dies die Risikotragfähigkeit der SaarLB erlaubt.
- Die jederzeitige uneingeschränkte Zahlungsfähigkeit der Bank ist als strenge Nebenbedingung der Geschäftstätigkeit sicherzustellen.

Das Risikomanagementsystem berücksichtigt grundsätzlich weder Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten noch (Ertrags-)Chancen.

Demgemäß werden im Rahmen der Risikostrategie Limite für die wesentlichen Risikoarten gesetzt sowie entsprechende Verfahren für deren Identifikation, Messung und Steuerung definiert. Dabei werden alle Risikopositionen der Bank, der LBS und der Wertpapierspezialfonds in einer integrierten Sicht gemessen und gesteuert.

Es bestehen klar definierte Organisationsstrukturen und Prozesse, an denen sich die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Beteiligten ausrichten. Dabei trägt die Aufbauorganisation den aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) und der Capital Requirements Regulation (CRR) an die Funktionstrennung zwischen Markt und Handel (Geschäftsbereiche) einerseits sowie Marktfolge, Handelsabwicklung und Risikocontrolling andererseits Rechnung.

Während die Geschäftsbereiche dem Geschäftsmodell der SaarLB entsprechend ausgerichtet sind, wurden bei der Organisation von Marktfolge und Handelsabwicklung Kernkompetenzen gebündelt.

Die Einheit Risikocontrolling ist innerhalb des Bereichs „Finanzen und Controlling“ angesiedelt und somit mittelbar dem Vorstand für Steuerung und Entwicklung (Vorsitzender des Vorstands) unterstellt. Sie verantwortet das Risikocontrolling aller Risikoarten auf Portfolioebene. Für die Risikosteuerung und Überwachung der Adressenrisiken auf Einzelengagement- und Teilportfolioebene ist der Unternehmensbereich Kredit zuständig. Die integrierte Berichterstattung über alle Risikoarten hinweg erfolgt im Rahmen eines gemeinsamen MaRisk-Risikoberichts.

Die Interne Revision ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und disziplinarisch dem Vorsitzenden des Vorstands zugeordnet. Sie prüft und beurteilt als unabhängiger unternehmensinterner Bereich grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der SaarLB, das interne Kontrollsystem sowie das Risikomanagement und -controlling auf der Grundlage eines risikoorientierten Prüfungsansatzes. Dies gilt auch für ausgelagerte Aktivitäten und Prozesse. Die Interne Revision führt ihre Tätigkeiten unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Nach dem Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, SAG) sind grundsätzlich alle Institute verpflichtet, nach Aufforderung durch die BaFin einen Sanierungsplan zu erstellen und innerhalb von sechs Monaten der Aufsicht einzureichen. Dies gilt unabhängig davon, ob eine Sanierung bzw. Abwicklung des Instituts notwendig oder wahrscheinlich erscheint. Die BaFin hat den Bescheid aus 2018 zur Vorlage eines Sanierungsplans nach nahezu vollständigen Anforderungen im dritten Quartal 2022 aufgehoben und die SaarLB zur Vorlage eines Sanierungsplans nach vereinfachten Anforderungen aufgefordert. Ein entsprechender Sanierungsplan wurde auch im vierten Quartal des Berichtsjahres eingereicht. Hinsichtlich der festgelegten Sanierungsindikatoren wurde im Verlaufe des Berichtszeitraums der Indikator „Non Performing Loans-Quote“ durchgängig mit einer „Gelbampel“ ausgewiesen. Diese Entwicklung resultierte i. W. aus einer Anpassung der Frühwarnschwelle des Indikators auf 1,0 %. Darüber hinaus wurde der Frühwarnindikator „Geschäftsstrategisches Risiko“ innerhalb des Berichtszeitraums durchgängig mit einer „Gelbampel“ ausgewiesen. Dies ist i. W. darauf zurückzuführen, dass die Kategorien „Geschäftsverlauf“, „unerwartete Auswirkungen auf Kapital und Ertrag“ sowie „Volkswirtschaftliches Umfeld“ mit einer „Gelbampel“ eingestuft wurden.

Adressenrisiko

Unter dem Adressenrisiko wird ein Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko eines Schuldners unterteilt.

- Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes, welcher aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners folgt.
- Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes, der sich dadurch ergibt, dass sich die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners verändert. Das Migrationsrisiko stellt dabei auf Veränderungen der Bonität im Zeitablauf ab, die keinen Ausfall darstellen.

Das Adressenrisiko beinhaltet sowohl als Ausfall- als auch als Migrationsrisiko jeweils Länder- und Beteiligungsrisiken.

Der Rahmen für das Eingehen von Adressenausfallrisiken wird in der Risikostrategie festgelegt. Im jährlichen Strategieprozess wird aus der Risikodeckungsmasse ein Limit für Adressenausfallrisiken festgelegt. Zur Steuerung und Überwachung von Konzentrationsrisiken werden Limitierungen nach der Bonität von Kreditnehmern bzw. Transaktionen, geografischen Märkten und Branchen vorgenommen.

Die gesamten Abläufe im Kreditgeschäft einschließlich der Steuerungs- und Überwachungssysteme sind umfassend im Anweisungswesen der SaarLB dokumentiert. Die hier definierten Masterprozesse sind segmentübergreifend und einheitlich in allen Marktfolgebereichen implementiert. Die Beurteilung der Adressenausfallrisiken erfolgt zunächst auf Ebene einzelner Kreditnehmer und (aufsichtsrechtlicher) Kreditnehmereinheiten (Gruppen verbundener Kunden). Hierbei finden die Ratingverfahren Banken, Corporates (inkl. kommunalnaher Unternehmen), Internationale Gebietskörperschaften, Leasing (Leasinggesellschaften sowie Immobilienleasing), International Commercial Real Estate, Projektfinanzierungen sowie Länder- und Transferrisiko der RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München, Anwendung. Ergänzend werden die Module Sparkassen Standard-Rating (inkl. kommunalnaher Unternehmen) und Sparkassen ImmobiliengeschäftsRating der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH, Berlin, eingesetzt. Alle genannten Ratingverfahren wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zur Verwendung im Rahmen des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) bei der Berechnung der Eigenmittelanforderungen nach der Verordnung (EU) 575/2013 (CRR) anerkannt. Sie werden seitens der Bank in Zusammenarbeit mit den genannten Partnern jährlich auf Basis des aktuellen Kreditportfolios validiert.

Wesentliche Eingabeparameter für den quantitativen Teil der innerhalb der Ratingverfahren vorgenommenen Bonitätsanalyse stammen dabei aus einem Bilanzanalysesystem, das die wesentlichen Rechnungslegungsstandards (u. a. HGB, IFRS, US-GAAP) unterstützt und Peergruppen- sowie Branchenvergleiche ermöglicht. Darüber hinaus werden neben dem Bonitätsrating eines Kreditnehmers dort, wo es erforderlich ist, auch Objekt- und Projektrisiken sowie Länder- und Transferrisiken in der Risikobeurteilung berücksichtigt. Im Ergebnis erfolgt auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Zuordnung zu einer Ratingklasse auf einer grundsätzlich 25-stufigen Ratingskala (DSGV-Masterskala):

Ratingklasse	PD		Rating S&P
1 AAAA	0,000 %	Investment Grade	AAA bis A-
1 AAA	0,010 %		
1 AA+	0,020 %		
1 AA	0,030 %		
1 AA-	0,040 %		
1 A+	0,050 %		
1A	0,070 %		
1A-	0,090 %		
2	0,116 %	Investment Grade	BBB+ bis BBB-
3	0,173 %		
4	0,260 %		
5	0,390 %		
6	0,585 %		
7	0,878 %		
8	1,317 %	Speculative Grade	BB+ bis B
9	1,975 %		
10	2,963 %		
11	4,444 %		
12	6,667 %		
13	10,000 %		
14	15,000 %		
15	20,000 %		
16	Ausfall		
17	Ausfall		
18	Ausfall		

Neben der Ausfallwahrscheinlichkeit, die über die Ratingverfahren ermittelt wird, findet als weiterer wesentlicher Parameter für die Messung von Adressenrisiken der Loss Given Default (im Folgenden LGD) Verwendung. Dieser fließt neben der Ausfallwahrscheinlichkeit in die Berechnung des erwarteten Verlusts ein. Der bei der SaarLB berücksichtigte LGD spiegelt die ökonomische Sichtweise wider. Basierend auf Verlusterfahrungen im Landesbankenpool auf Ebene der Ratingmodule werden hier erwartete Verluste bei Ausfall quantifiziert, die auch die Höhe der in Zukunft erwarteten Sicherheitenerlöse berücksichtigen.

Zur ökonomischen Risikominderung werden gemäß den Vorgaben der SaarLB bankübliche Sicherheiten, insbesondere Grundpfandrechte, Verpfändungen, Zessionen, Sicherungsübereignungen und schuldrechtliche Verpflichtungserklärungen hereingenommen. Sicherheitenbearbeitung und -bewertung sind im Sicherheitenhandbuch geregelt. Die Berechnung und Festsetzung der ermittelten Sicherheitenwerte wird dokumentiert. Im Handelsgeschäft mit

Derivaten werden Rahmenverträge zur Verrechnung gegenseitiger Risiken (Close-Out-Netting) geschlossen. Mit bestimmten Geschäftspartnern bestehen Sicherheitenvereinbarungen, die das jeweilige Ausfallrisiko auf einen vereinbarten Höchstbetrag begrenzen.

Anhand des eingerichteten Frühwarnsystems – u. a. monatlich erstellte, auf festen Frühwarnsignalen basierende Frühwarnlisten – erfolgen eine Identifikation gefährdeter Engagements und Überführung in die dafür vorgesehene Betreuungsform. Die Intensivbetreuung ist im Markt, die Bearbeitung von Problemkrediten in der Marktfolge angesiedelt.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften werden täglich durch die Handelsabwicklung überwacht. Diese Überwachung umfasst insbesondere das gesamte Geschäft mit derivativen Finanzinstrumenten (Kontrahentenrisiko). Systemunterstützt und bankweit einheitlich werden alle mit einem Kunden getätigten Handelsgeschäfte in Anlehnung an die Vorschriften zur Marktbewertungsmethode nach CRR auf die eingeräumten Kontrahentenlimits, die ggf. auch ein Settlement-Limit umfassen, angerechnet.

Bei der Steuerung und Überwachung von Adressenausfallrisiken auf Gesamtbankebene ist das interne Rating von zentraler Bedeutung. Über die Risikostrategie sind die Engagementgrenzen für Gruppen verbundener Kunden in Abhängigkeit von Ratingklassen, aus der Geschäftsstrategie abgeleiteten Märkten und Segmenten klar definiert. Strenge Nebenbedingung ist schließlich eine am Risiko orientierte Preisgestaltung im Neugeschäft, die durch ein entsprechendes Kalkulationsinstrument unterstützt wird.

Eine einzelfallbezogene Prüfung der Einhaltung der Risikostrategie durch die zuständigen Markt- und Marktfolgebereiche ist im Rahmen jeder wesentlichen Kreditentscheidung vorgesehen.

Der vierteljährlich erstellte MaRisk-Risikobericht an den Vorstand und den Risikoausschuss des Verwaltungsrats der SaarLB beinhaltet eine Analyse des Kreditportfolios, vor allem unter den Gesichtspunkten Ratingklassen-, Branchen- und Ländergliederung, sowie einen zusammenfassenden Soll-Ist-Abgleich mit der Risikostrategie.

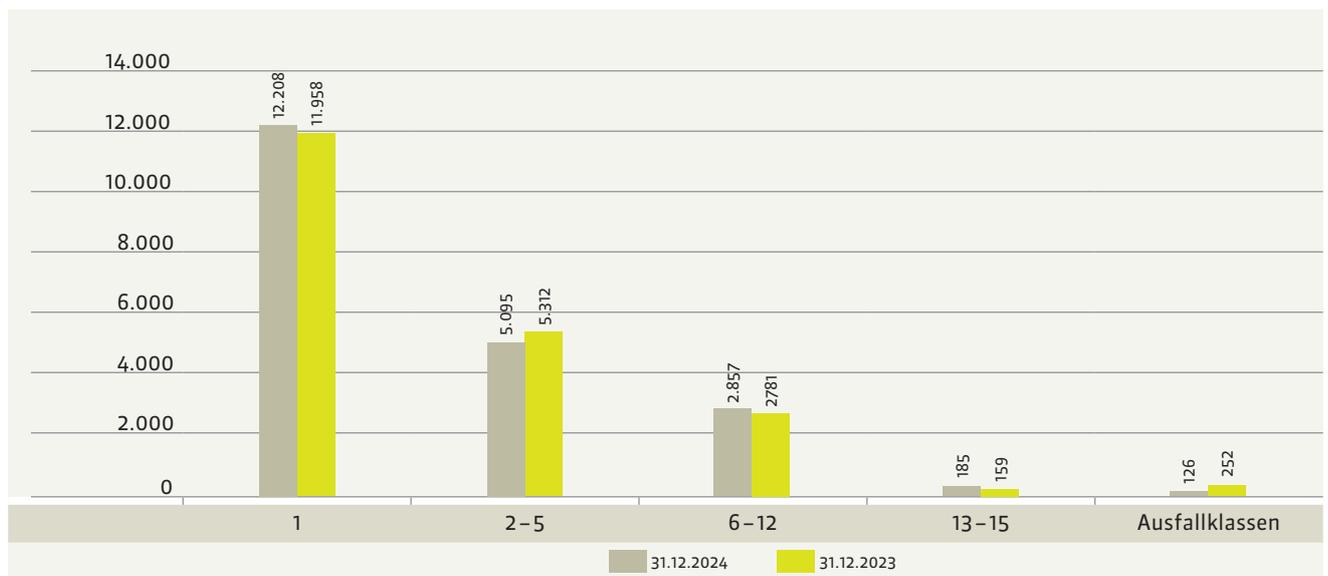
Zur Risikoanalyse auf Portfolioebene verwendet die SaarLB insbesondere für die Risikotragfähigkeitsrechnung das Kreditportfoliomodell „CreditRisk+“. Im Kreditportfoliomodell wird der gesamte mit Adressenausfallrisiken behaftete Forderungsbestand der SaarLB betrachtet, jeweils gewichtet mit den individuellen, aus den Ratingklassen abgeleiteten Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Kreditnehmer. Wesentliche Ausgabegröße ist der Credit-Value-at-Risk, der sich aufteilt in einen erwarteten Verlust (expected loss), der über die risikoorientierte Preisgestaltung berücksichtigt wird, und in einen unerwarteten Verlust (unexpected loss). Sowohl der erwartete als auch der unerwartete Verlust sind bei der Quantifizierung des Credit-Value-at-Risk enthalten und demzufolge im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung durch Risikokapital zu unterlegen.

Portfolioanalyse (ökonomisch)

Die Darstellungen in dem nachfolgenden Kapitel „Portfolioanalyse (ökonomisch)“ basieren auf der internen Risikosteuerung, nach der zum Berichtsstichtag ein maximales Kreditrisiko von EUR 20.471 Mio. bestand (zum 31.12.2023: EUR 20.462 Mio.). Das maximale Kreditrisiko stellt das Bruttoexposure nach Berücksichtigung von CRM-fähigen Sicherheiten und abzüglich Wertbe-

richtigungen (insbesondere Einzelwertberichtigungen und Direktabschreibungen) dar. Außerbilanzielle Positionen sind enthalten. In Summe blieben damit die Kreditrisiken auf nahezu gleichbleibendem Niveau.

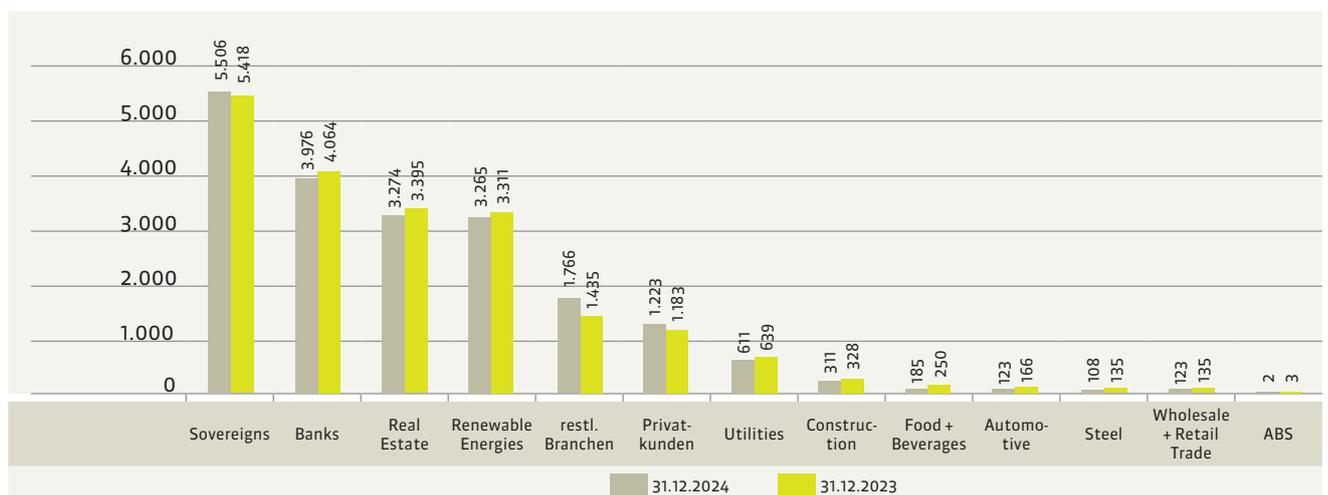
Maximales Kreditrisiko nach Ratingklassen (in EUR Mio.)



Zum Berichtsstichtag liegen rund 85 % (Vorjahr 84 %) des Kreditrisikos im Investment Grade-Bereich (Ratingklassen 1 und 2 bis 5 nach DSGV-Skala).

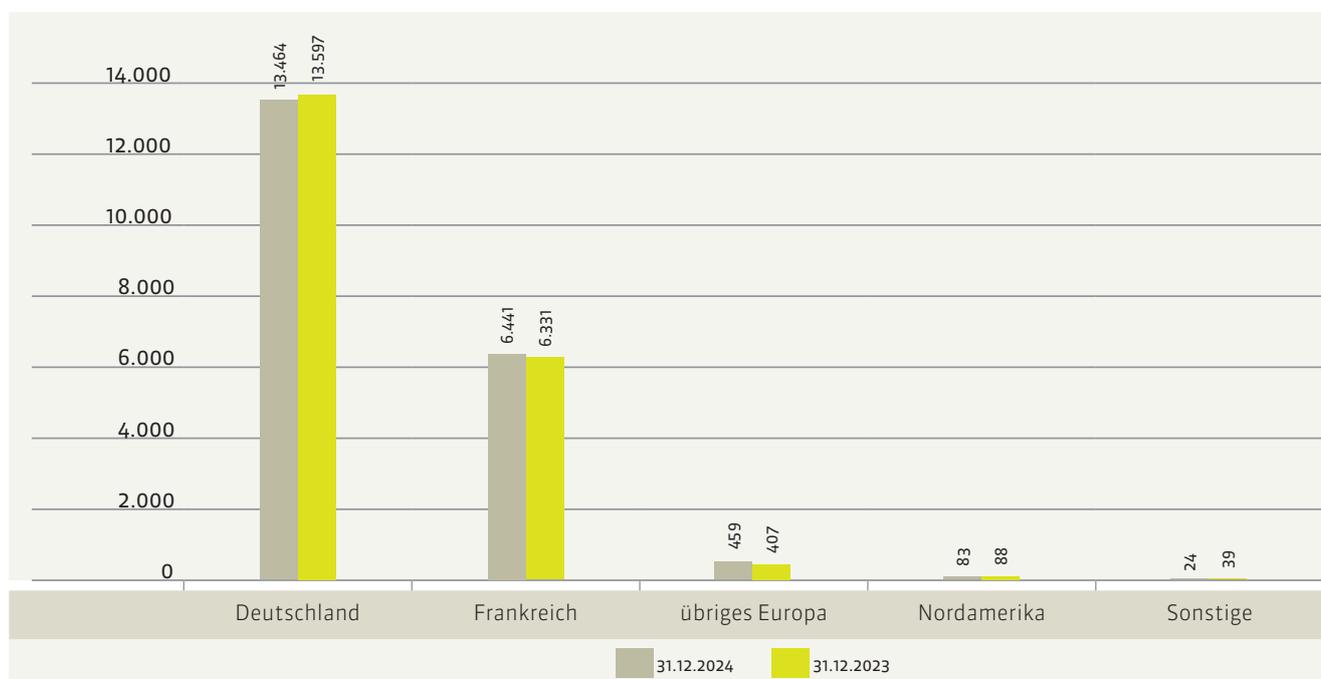
Für die wirtschaftliche Steuerung und strategische Ausrichtung des Branchen-Kreditrisikos wird in der SaarLB auf Kreditnehmerebene ein wertschöpfungs- und risikoorientierter Gruppierungsschlüssel verwendet, der das Kreditrisiko in 35 Branchengruppen strukturiert. Das Kreditrisiko nach Branchengruppen verteilt sich wie folgt:

Maximales Kreditrisiko nach Branchen (in EUR Mio.)



Der größte Anteil des Portfolios (etwa 27 %) entfällt zum Berichtsstichtag auf die Branche Sovereigns gefolgt von den Branchen Banks (etwa 19 %), Real Estate (etwa 16 %) und Erneuerbare Energien (etwa 16 %). Wesentlich gestiegen ist das Kreditrisiko in den restlichen Branchen (um rund EUR 331 Mio. bzw. 23,1 %, größter absoluter und relativer Anstieg). Ursächlich hierfür sind die Branche Health Care (EUR 195 Mio.) sowie die Risikopositionen im Zusammenhang mit dem Clearinggeschäft, welche zum Berichtsstichtag konservativer dargestellt wurden (EUR 175 Mio.). Die größte absolute Reduktion zeigt sich in der Branche Real Estate mit rund EUR 121 Mio. bzw. 3,6 %.

Maximales Kreditrisiko nach Regionen (in EUR Mio.)



Die SaarLB verwendet für die Darstellung der Verteilung des Kreditrisikos nach Regionen standardmäßig auf Einzelländerebene die offiziellen Bundesbankschlüssel. Kreditnehmer werden dabei gemäß dem jeweils maßgeblichen Länderrisiko zugeschlüsselt, das bspw. bei unselbstständigen Niederlassungen nicht dem des Sitzlandes entsprechen muss. Regionengruppierungen erfolgen dann unter Berücksichtigung globaler und regionaler wirtschaftlicher Verflechtungen. Der Schwerpunkt des Länderportfolios der SaarLB liegt mit einem Anteil von rund 97 % (31.12.2023: 97 %) des Kreditrisikos in den von ihr definierten Zielmärkten Deutschland und Frankreich. Weitere 2 % (31.12.2023: 2 %) betreffen Engagements im übrigen Europa. Im Berichtszeitraum wurde in Deutschland unwesentlich Volumen i. H. v. EUR 133 Mio. (entspricht 1,0 %) abgebaut. Das Volumen in Frankreich ist um EUR 110 Mio. unwesentlich auf EUR 6.441 Mio. (31.12.2023: EUR 6.331 Mio., entspricht 1,7 %) angestiegen.

Banken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Regionen	31.12.2024	31.12.2023
Deutschland	3.709	3.829
Frankreich	116	95
Übriges Europa	44	13
Nordamerika	83	88
Sonstige	24	39
Summe	3.976	4.064

Forderungen an Kreditinstitute einschließlich des Bestands an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen überwiegend gegen Institute mit Sitz in Europa und dort überwiegend gegenüber deutschen Kreditinstituten. Über alle Regionen hinweg ist das Kreditrisiko gegenüber Banken im Berichtszeitraum um insgesamt EUR 88 Mio. auf EUR 3.976 Mio. unwesentlich gesunken. Der überwiegende Anteil des Kreditrisikos gegenüber Banken liegt im Investment Grade bzw. in den Ratingklassen 1 AAAA und 1 AAA aufgrund von Forderungen gegenüber der Deutschen Bundesbank bzw. Instituten der Sparkassen Finanzgruppe.

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Regionen	31.12.2024	31.12.2023
Deutschland	9.755	9.767
Frankreich	6.325	6.236
Übriges Europa	415	394
Nordamerika	0	0
Sonstige	0	0
Summe	16.495	16.397

Forderungen an Kunden einschließlich des Bestandes an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen wie im Vorjahr ausschließlich gegen Kunden mit Sitz in Europa. Unter diesen Kunden stellen die deutschen und französischen Kunden mit rund 97 % (31.12.2023: rund 98 %) den größten Anteil. Größter Treiber für den moderaten Anstieg in Frankreich sind vor allem die Branchen Sovereigns (Anstieg um EUR 53 Mio. bzw. 2,7%) und Real Estate (Anstieg um EUR 20 Mio. bzw. 2,6 %).

Die Kundenforderungen sind aus Sicht der Größenklassengliederung wie folgt diversifiziert:

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Größenklassen	31.12.2024	31.12.2023
Bis 1 Mio. EUR	965	940
> 1 Mio. EUR bis 5 Mio. EUR	1.533	1.549
> 5 Mio. EUR bis 10 Mio. EUR	2.188	2.241
> 10 Mio. EUR bis 20 Mio. EUR	3.628	3.613
> 20 Mio. EUR bis 50 Mio. EUR	5.542	5.584
> 50 Mio. EUR bis 100 Mio. EUR	1.295	1.400
> 100 Mio. EUR bis 250 Mio. EUR	806	789
> 250 Mio. EUR bis 500 Mio. EUR	536	282
Summe	16.493	16.398

Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil

Gewerbliche Immobilienfinanzierungen (Branche Real Estate) sind wesentlicher Bestandteil des Geschäftsmodells der SaarLB.

Real Estate: maximales Kreditrisiko und Risikovorsorge (in Mio. EUR) Ratingklassen	31.12.2024		31.12.2023	
	maximales Kreditrisiko	Risiko- vorsorge	maximales Kreditrisiko	Risiko- vorsorge
1	772	0	716	0
2 – 5	1.519	0	1.643	0
6 – 8	815	0	788	0
9 – 12	66	0	32	0
13 – 15	25	0	25	0
Ausfallklassen	76	26	190	16
Summe	3.273	26	3.394	16

Zum Berichtsstichtag lag der regionale Fokus auf Deutschland bzw. Frankreich (zusammen 95,9 %, 31.12.2023: 97,6 %). Dabei werden 70,0 % des Volumens (31.12.2023: 69,5 %) dem Investment Grade (Ratingklassen 1-5) zugeordnet.

In den Ausfallklassen ist im Berichtsjahr eine sehr deutliche Reduktion des maximalen Kreditrisikos zu beobachten (EUR 114 Mio. bzw. 60 %). Gleichzeitig stieg die Risikovorsorge sehr stark an (EUR 10 Mio. bzw. 62,5 %). Ausgefallene Forderungen wurden teilweise zurückgezahlt oder deutlich reduziert. Gleichzeitig wurde für noch bestehende Forderungen die vorhandene Risikovorsorge erhöht.

Risikovorsorge

Alle Engagements mit Adressenausfallrisiken unterliegen im Rahmen der Risikoüberwachung einem fest definierten Frühwarn-, Intensivbetreuungs- und Problemkreditbehandlungsprozess mit entsprechenden Anweisungen. Im Rahmen dieses Prozesses werden Engagements mit eingetretenen Risikosignalen in eine dem Risikogehalt adäquate Betreuungsform überführt und klassifiziert. Basis dafür sind fest definierte weiche und harte Kriterien, die regelmäßig überprüft bzw. validiert werden und die gegebenenfalls zu einer Aufnahme in die monatliche Frühwarnliste bzw. direkt zu einer Zuordnung in die entsprechende Betreuungsform führen.

Im Weiteren erfolgt u. a. eine Prüfung auf eine Wertminderung quartalsweise sowie anlassbezogen bei jedem Engagement der Listen „Intensivbetreuung“ und „Problemkredite“, bei dem objektive substanzielle Hinweise auf eine Wertminderung festgestellt wurden und noch keine Risikovorsorge gebildet ist.

Wenn die Risikoanalyse des Kredits zeigt, dass die vertragskonforme Rückführung bzw. Vereinnahmung aller kreditvertraglichen Entgelte unwahrscheinlich ist, wird die Notwendigkeit der Bildung einer Risikovorsorge überprüft. Die Berechnung der Risikovorsorge wird pro Geschäft vorgenommen und berücksichtigt alle Adressenausfallrisiken. Die Festlegung der Höhe der Wertberichtigung erfolgt dabei unter Berücksichtigung der bestehenden Besicherung grundsätzlich durch Gegenüberstellung des Buchwerts der Forderung (fortgeführte Anschaffungskosten) mit den künftig zu erwartenden (abgezinsten) Cashflows. Die Abzinsung erfolgt mit einem laufzeitadäquaten Zinssatz, der aus der OIS-Zinskurve abgeleitet wird. Einzelwertberichtigungen werden auch für die Engagements gebildet, bei denen die vollständige Rückführung der Kredite ausschließlich aufgrund von Länderrisiken unwahrscheinlich ist (politische bzw. soziale Unruhen, Nichtanerkennung von Auslandsschulden von staatlicher Seite, Devisenkontrollmaßnahmen, Devisenzwangswirtschaft, deutliche Abwertung der Landeswährung, Beschränkung des Außenwirtschaftsverkehrs, Kapitalflucht mit spürbaren Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz, Verstaatlichung, Enteignung von Vermögen); zum 31.12.2024 sind unverändert keine Kredite mit transferrisikobedingten Wertberichtigungen im Bestand.

Bei der Einzelrisikovorsorgebildung wird zwischen Einzelwertberichtigungen für bestehende Forderungen und Rückstellungen für künftige Inanspruchnahmen (Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte im Kreditgeschäft) unterschieden. Uneinbringliche finanzielle Vermögensgegenstände werden ausgebucht.

Für alle im Rahmen der Risikoüberwachung im Berichtsjahr tatsächlich erkennbaren bzw. erwarteten Verlustpotenziale wurde in angemessener Weise vorgesorgt. Die Risikovorsorge für Einzelrisiken hat sich wie folgt entwickelt:

Risikovorsorge für Einzelrisiken in Mio. EUR	2024	2023
Anfangsbestand	48	74
Auflösung	-8	-13
Verbrauch	-7	-43
Zuführung	22	30
Endbestand	55	48

Für latente Risiken bestehen Pauschalwertberichtigungen in Höhe von EUR 22 Mio. (31.12.2023: EUR 23 Mio.) inklusive Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen i. H. v. EUR 4 Mio. (31.12.2023 EUR 4 Mio.).

Die Direktabschreibungen betragen einschließlich der unmittelbar bonitätsbedingten Wertkorrekturen und Veräußerungsverluste in den Wertpapieren des Anlagebestandes EUR 5 Mio. (2023: EUR 2 Mio.). Dem standen Eingänge auf abgeschriebenen Forderungen und unmittelbar bonitätsbedingte Veräußerungsgewinne in den Wertpapieren des Anlagebestandes in Höhe von EUR 0 Mio. (2023: EUR 1 Mio.) gegenüber.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko wird definiert als Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Risikofaktoren ergibt. Als Risikofaktoren gelten hier Zinsen, Spreads, Immobilienpreise und Währungen. Optionen werden innerhalb der betroffenen Risikokategorien abgebildet (sofern wesentlich). Die strategischen Grundsätze des Umgangs mit Marktpreisrisiken der SaarLB sind in der jeweiligen Risikostrategie definiert.

Die Aufbauorganisation des Handelsgeschäfts orientiert sich an den Anforderungen der MaRisk. Die Einheit Treasury umfasst das Handelsgeschäft in Zinsprodukten und Devisen sowie das Aktiv-Passiv-Management, das die Zinsrisiken aus dem Bankbuch aktiv steuert; die Einheit Syndizierung und Institutionelle verantwortet das Sales-Geschäft in Zinsprodukten und Devisen. Die Abwicklung der Handelsgeschäfte erfolgt in der Einheit Handelsmanagement. Für die Überwachung und Steuerung der Marktrisiken sowie für die methodische Entwicklung des hierzu erforderlichen Instrumentariums ist das Risikocontrolling verantwortlich.

Die SaarLB limitiert Marktpreisrisiken des Anlagebuchs, insbesondere Zinsänderungs- und Spread-Risiken, nach einem einheitlichen Value-at-Risk (VaR)-Ansatz: Das Risikocontrolling überwacht die Zinsänderungsrisiken in mehreren Sparten und berücksichtigt dabei nicht nur die Risiken aus dem Handel im engeren Sinne, sondern auch aus den Positionen des Aktiv-Passiv-Managements, welche wesentliche Zinsänderungsrisiken der Bank beinhalten können.

Die SaarLB agiert seit März 2023 als Institut mit Handelsbuchtätigkeiten von geringem Umfang. Die Einhaltung der relevanten Schwellenwerte gemäß Artikel 94 CRR wird monatlich überwacht. Darauf basierend kann die Bank im Handelsbuch in geringem Umfang Marktpreisrisiken durch Kundengeschäfte (i. d. R. geschlossene Sales Positionen) und eigene Zinspositionen in der Sparte Renten-Sales (Zinsänderungsrisiko) eingehen. Bei Einhaltung der relevanten Schwellenwerte wird ab dem 01.01.2024 auf eine Limitierung sowie die tägliche Berichterstattung der Handelsbuchsparten verzichtet.

Im Berichtsjahr konnte ein deutlicher Rückgang der Zinsen in den kürzeren Stützstellen der risikolosen Zinsstrukturkurve (OIS) um bis zu 130 BP beobachtet werden. In den längeren Stützstellen ab 10 Jahren ist ein Rückgang um bis zu 18 BP zu beobachten. Die Zinsentwicklung wird täglich vom Marktbereich beobachtet, welcher in geringem Umfang bewusst Positionen im Rahmen der Benchmark-Steuerung eingehen kann und so das Zinsänderungsrisiko steuert.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung werden Zins- und Credit-VaR in einer integrierten Marktpreisrisikorechnung mit Hilfe eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes ermittelt. Die Ermittlung des Immobilienrisikos erfolgt ebenfalls auf einem Varianz-Kovarianz-Ansatz. Mit der neuen Banksteuerung erfolgt eine Ausweitung der zugrundeliegenden Zeitreihe. Die Ermittlung der Limitauslastungen erfolgt ebenso wie die Überwachung der Risiken und das Reporting weiterhin durch das Risikocontrolling. Über die Quantifizierung des ICAAP-Risikokapitalbedarfs hinaus erfolgen hier auch zukunftsorientierte Analysen unter Annahme außergewöhnlicher Marktpreisänderungen (Stressszenarien).

Für das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch werden zum Berichtsstichtag die Barwertänderungen aus den sechs Zinsschockszenarien gemäß den Vorgaben des BaFin Rundschreibens 06/2019 – Zinsänderungsrisiken quantifiziert. Dabei handelt es sich um unterschiedliche Szenarien, die neben Parallelverschiebungen, einer Versteilung und Verflachung auch kurzfristige An- und Abstiege des Zinsniveaus abbilden. Die Barwertänderungen aus den Parallelverschiebungen werden zur Ermittlung des Supervisory Outlier Test Gesamtkapital (GK) ins Verhältnis zum haftenden Eigenkapital gesetzt. Der aufsichtliche Frühwarnindikator Supervisory Outlier Test T1 (SOT T1) errechnet sich als Quotient aus dem maximalen Barwertverlust aus den sechs beschriebenen Szenarien und dem Kernkapital. Im Berichtszeitraum lagen die geltenden Outlier-Kennzahlen zu allen Stichtagen unterhalb der aufsichtsrechtlichen Schwellenwerte.

Szenario Angaben in EUR Mio. und %	31.12.2024	31.12.2023	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Gesamtkapital (GK)	1.035	980	55	5,6
Kernkapital (T1)	834	801	33	4,1
Parallelverschiebung +200 BP	-90	-111	21	-18,9
Parallelverschiebung -200 BP	105	138	-33	-23,9
Kurzfristschock aufwärts	-26	-29	3	-10,3
Kurzfristschock abwärts	28	31	-3	-9,7
Versteilung	-17	-25	8	-32,0
Verflachung	2	8	-6	-75,0
Verlustpotenzial	-90	-111	21	-18,9
SOT GK: Verlustpotenzial / GK	-8,7%	-11,3%	2,6%	-23,0
SOT T1: Verlustpotenzial / T1	-10,8%	-13,9%	3,1%	-22,3

Die Outlier-Kennzahlen verbessern sich gegenüber dem Vorjahr deutlich. Dies ist zum einen auf Methodenadjustierungen im Bereich der Swaptions und zum anderen auf Steuerungsmaßnahmen seitens Treasury zurückzuführen.

Liquiditätsrisiko

Im Berichtszeitraum war der SaarLB der Zugang zu Refinanzierungsmitteln über den Geld- und Kapitalmarkt jederzeit möglich. Die Bank konnte ihre mittel- und langfristige Refinanzierung über die Emission von börsennotierten Pfandbriefen und ungedeckten Schuldtiteln sowie über gedeckte und ungedeckte Namenspapiere sicherstellen.

Das Liquiditätsrisiko setzt sich allgemein aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungsrisiko zusammen, das wiederum in eine ökonomische und eine normative Sichtweise unterschieden wird.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko bezeichnet das Risiko, fällige Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht erfüllen zu können.

Das ökonomische Refinanzierungskostenrisiko beschreibt die Gefahr einer negativen Veränderung des Liquiditätsbarwertes aufgrund einer Veränderung des marktweiten Refinanzierungsspreads (abgebildet z. B. durch die Pfandbriefkurve).

Das normative Refinanzierungskostenrisiko bildet die GuV-Auswirkung in Form höherer Zinsaufwendungen ab. Dies kann auf der Schwankung des institutseigenen Spreads sowie aus der unerwarteten Veränderung der Refinanzierungsstruktur beruhen.

Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko. Dieses ist das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Die ökonomische Messung von Liquiditätsrisiken untergliedert sich in zwei Teilbereiche: die Zahlungsunfähigkeitssicht und die wertorientierte Sicht.

Die Messung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos erfolgt im Wesentlichen anhand der Gegenüberstellung von kumulierter Liquiditätsablaufbilanz und kumuliertem Liquiditätsdeckungspotenzial. Dabei werden u. a. Wochensicht (Betrachtungszeitraum zehn Handelstage) und Steuerungssicht (Betrachtungszeitraum 90 Tage) unterschieden. Die Liquiditätsablaufbilanz stellt alle Zahlungsein- und -ausgänge in saldierter Form kumulativ gegenüber. Sie umfasst alle Liquiditätsabläufe (Zahlungsein- und -ausgänge) der Bank, die sich aus deterministischen Zahlungsströmen sowie aus auf Basis von Annahmen modellierten, relevanten nichtdeterministischen Zahlungsströmen (z. B. aus unwiderruflichen Kreditzusagen oder Sichteinlagen) zusammensetzen. Das dem gegenüberstehende Liquiditätsdeckungspotenzial zeigt die Möglichkeiten der Bank auf, durch den Verkauf oder die Beleihung von Vermögensgegenständen sowie durch ergänzende Maßnahmen, wie z. B. Pfandbriefemissionen, Liquidität zu generieren.

Als Kennziffern des Zahlungsunfähigkeitsrisikos werden insbesondere die Time-to-Illiquidity sowie die Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials im Basis-Szenario sowie in verschiedenen Stress-Szenarien gemessen und limitiert. Die Time-to-Illiquidity gibt an, zu welchem Zeitpunkt kumulierte Liquiditätsunterdeckungen erstmals nicht mehr durch das zur Verfügung stehende kumulierte Liquiditätsdeckungspotenzial gedeckt werden können. Nach den Anforderungen der MaRisk darf die Time-to-Illiquidity in der Wochensicht eine Woche (gem. BTR 3.2 MaRisk) und in der Steuerungssicht einen Monat (gem. BTR 3.1 MaRisk) nicht unterschreiten.

Time-to-Illiquidity	31.12.2024	31.12.2023	Delta
Wochensicht	2 bis 3 Monate	5 Wochen bis 2 Monate	+1 Laufzeitband
Monatssicht (Szenario Kombination)	5 bis 6 Monate	4 bis 5 Monate	+1 Laufzeitband

Die Time-to-Illiquidity hat sich im Vergleich zum Vorjahr in der Steuerungs- sowie Wochensicht verbessert. Die positive Entwicklung ist auf eine Systemumstellung zurückzuführen. Hiermit einhergehend ist eine verbesserte Datenversorgung, welche sich positiv auf die Time-to-Illiquidity auswirkt.

Die Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials beschreibt das Verhältnis zwischen Liquiditätsbedarf aus der Liquiditätsablaufbilanz und dem zur Verfügung stehenden Liquiditätsdeckungspotenzial für den Zeitraum der jeweils kommenden 90 Tage.

Max. Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials innerhalb von 90 Tagen (in %)	31.12.2024	31.12.2023	Veränderung in %-Punkte
Szenario Bankstress	56,9	58,8	-1,9
Szenario Marktstress	51,3	58,1	-6,8
Szenario Kombination	72,7	77,4	-4,7

Mit der Systemumstellung verbessert sich ebenfalls die max. Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials in allen drei Stressszenarien gegenüber dem Vorjahr.

Insbesondere die dargestellten ökonomischen Kenngrößen Time-to-Illiquidity (Wochen- und Monatssicht) und Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials werden entsprechend den Vorgaben der MaRisk limitiert. Für die interne Steuerung werden in beiden Fällen Kennziffern gefordert, die über den aufsichtsrechtlichen Vorgaben liegen.

Für die aufsichtsrechtlichen Kennziffern werden ergänzend zu den externen Vorgaben interne, strengere Schwellenwerte definiert.

Im Berichtszeitraum konnten die Limite der ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Risikomessung stets eingehalten werden.

Die SaarLB verfügt über ein Liquiditätsdeckungspotenzial, das sich unter anderem aus Wertpapieren, bei der Deutschen Bundesbank eingereichten Kreditforderungen und dem Deckungsregisterpotenzial zusammensetzt. Das Liquiditätsdeckungspotenzial dient dazu, dass etwaige ungeplante Zahlungsanforderungen taggleich abgedeckt werden können. Die SaarLB steuert den kurzfristigen Liquiditätsbedarf in der Art, dass passive Überhänge im Overnight-Bereich jederzeit durch den frei verfügbaren Zugang zu Zentralbankgeld gedeckt sind. Ergänzend hierzu enthält das Liquiditätsdeckungspotenzial einen Puffer, den sogenannten Intraday Cash-Bedarf, der zur Absicherung des Intraday-Liquiditätsrisikos dient.

Des Weiteren wird mittels Funding-Instrumenten auf eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur hingewirkt, um die Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit der Bank auch mittel- und langfristig sicherzustellen.

Der Vorstand betrachtet die aktuelle Liquiditätsausstattung der SaarLB als angemessen hinsichtlich der aufsichtsrechtlichen und internen (ökonomischen) Liquiditätsanforderungen sowie des zugrunde liegenden Risikoprofils der Bank.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bedeutet die Gefahr eines Verlustes durch Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder von externen Einflüssen eintreten.

Zu den operationellen Risiken zählen insbesondere die Risikounterarten Rechts-, Modell-, Personal- und Informationssicherheits-Risiko. Strategische Risiken und Reputationsrisiken sind in der Definition nicht enthalten.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements operationeller Risiken sind in der Leitlinie „OpRisk-Management und -Controlling“ der SaarLB dokumentiert. Messung und Limitierung operationeller Risiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie.

Die Steuerung operationeller Risiken erfolgt dezentral in den einzelnen Geschäftsbereichen, wobei jeder Bereich eigenverantwortlich für den Umgang mit den in seine Zuständigkeit fallenden operationellen Risiken ist. Dies umfasst insbesondere die Vorbeugung gegen Risiken aus möglicherweise unvollkommenen Geschäftsprozessen sowie menschlichem Fehlverhalten. Durch Notfallpläne und den Einsatz paralleler Systeme sollen Beeinträchtigungen aus unvorhergesehenen Ereignissen – insbesondere auch im technischen Bereich – vermieden oder zumindest gemildert werden. Die Notfallpläne werden regelmäßig den sich ändernden aufbau- und ablauforganisatorischen Gegebenheiten angepasst und die Systeme fortlaufend modernisiert.

Für alle o. g. Risikounterarten wurden überdies Risikounterartenverantwortliche bestimmt, die für die Steuerung der jeweiligen Risikounterart zuständig sind.

Die Überwachung der operationellen Risiken erfolgt zentral durch die Abteilung Risikocontrolling. Das verwendete Instrumentarium umfasst derzeit drei Komponenten: Zum einen erfolgt die systematische Sammlung der in der SaarLB aufgetretenen operationellen Schadenfälle in einer Schadendatenbank. Zum anderen wird die vorausschauende Beurteilung des OpRisk-Profiles durch turnusmäßige Self-Assessments aller Organisationseinheiten der SaarLB sowie die hierzu jeweils erforderliche Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb des Hauses abgefragt. Zudem werden Szenarioanalysen als Verfahren zur zukunftsgerichteten Identifikation und Beurteilung operationeller Risiken eingesetzt. Auf den Ergebnissen der Szenarioanalysen basiert die interne Quantifizierung des operationellen Risikos. Die SaarLB wendet zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen aus operationellen Risiken den Standardansatz nach CRR an.

In einem turnusmäßigen, in den MaRisk-Risikobericht integrierten Berichtswesen werden die aufgetretenen Schadenfälle sowie die Ergebnisse der Self-Assessments und der Szenarioanalysen aufbereitet.

Im Berichtsjahr wurden 16 Schadenfälle (2023: 27) in Gesamthöhe von rd. EUR 0,5 Mio. (2023: EUR 0,3 Mio.) netto, d. h. unter Berücksichtigung von Schadenteilung, Schadenminderung, Versicherungsleistungen und indirekten Kosten, beobachtet. Dieser Betrag liegt deutlich unterhalb des anhand der Eigenmittelanforderungen des aufsichtlichen Standardansatzes auf operationelle Risiken allokierten Risikokapitals i. H. v. EUR 22,7 Mio. (2023: EUR 21,5 Mio.).

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken bezeichnen die Wahrscheinlichkeit von Verlusten aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens infolge Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Rechtsrisiken fallen unter die Definition der operationellen Risiken gemäß CRR.

Das Rechtsrisiko zeigt sich in realisierten Verlusten sowie in Rückstellungen, die sich aufgrund von Klagen Dritter gegen die SaarLB ergeben (Passiv-Prozesse). Von der SaarLB gegen Dritte erhobene Klagen (Aktiv-Prozesse) verkörpern in der Regel kein operationelles Risiko, sondern ein Kreditrisiko, so dass dem Verlustrisiko bereits durch Wertberichtigungen Rechnung getragen wird. Die Rechtsverfolgungskosten (Gerichts- und Anwaltskosten) bei einem Aktiv-Prozess werden jedoch als Rechtsrisiko eingeordnet.

Organisation

In der SaarLB obliegt die Steuerung des Rechtsrisikos der Rechtsabteilung.

Aktuelle Entwicklungen

Die SaarLB ist in eine insgesamt geringe Anzahl von Gerichts- und Streitschlichtungsverfahren involviert, die der Höhe nach unwesentlich sind. Diese Verfahren umfassen zum Beispiel Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Ansprüchen aus Sicherheiten. Sofern diesen Klagen stattgegeben würde, könnten daraus für die SaarLB Schadensersatzzahlungen, Rückabwicklungsaufwendungen oder sonstige kostenintensive Maßnahmen in einer insgesamt überschaubaren Höhe folgen.

Die SaarLB bildet Rückstellungen für die Gerichtsverfahren entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften. Für Prozessrisiken wurden zum 31.12.2024 Rückstellungen von insgesamt EUR 0,3 Mio. (31.12.2023: EUR 0,6 Mio.) gebildet.

RECHNUNGSLEGUNGSBEZOGENES INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Regelung des § 289 Absatz 4 HGB, nach der Kapitalgesellschaften im Sinne des § 264d HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben haben.

Aufgaben und Ziele

Zur Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung hat die Landesbank Saar ein rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem (riKS) als Teil des bankweiten IKS eingerichtet. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung. Vor diesem Hintergrund dient das riKS auch dazu, dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar vermittelt.

Wesentliches Ziel des internen Kontrollsystems ist es, zu gewährleisten, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie den satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen internen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden.

Organisation

Der Vorstand der SaarLB trägt die Verantwortung dafür, dass die Bank über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügt, welche insbesondere adäquate Steuerung und Überwachung der wesentlichen rechnungslegungsbezogenen Risiken umfasst. Hierbei wird der Vorstand insbesondere durch den Unternehmensbereich Finanzen und Controlling mit der Abteilung Finanzen sowie durch den Unternehmensbereich Organisation und IT mit den Abteilungen DigiLab und Entwicklung sowie Anwendungsmanagement und IT-Controlling unterstützt.

Risikosteuerung und -überwachung

Zur Organisation der Risikosteuerung und -überwachung vgl. Abschnitt „Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung“.

Finanzen

Die Abteilung Finanzen ist bei der Landesbank Saar für die Erstellung des Jahresabschlusses, die Entwicklung von Bilanzierungsrichtlinien, die Initiierung von rechnungslegungsrelevanten Projekten sowie für die Begleitung der nationalen Entwicklungen in der Rechnungslegung verantwortlich. Hinsichtlich der Erstellung des Abschlusses sind weitere Fachabteilungen eingebunden.

Zu den Aufgaben der Abteilung Finanzen gehören in diesem Zusammenhang vor allem die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung. Dies beinhaltet insbesondere die Einrichtung und die Überwachung der Wirksamkeit der Rechnungslegungsprozesse sowie die Umsetzung der für die SaarLB relevanten Bilanzierungsstandards und gesetzlichen Anforderungen im Bereich der Rechnungslegung, die in Bilanzierungsvorgaben innerhalb des Anweisungswesens, Buchungslogiken und Kontierungsregeln konkretisiert werden. Des Weiteren definieren die Fachbereiche in Organisations- und Prozessanweisungen die Regelungen zur

Geschäftserfassung, Stammdatenpflege sowie die Erfüllung von Aufbewahrungspflichten. Diese Anweisungen bilden die wesentliche Grundlage für das rKS.

Interne Revision

Die Interne Revision prüft den Geschäftsbetrieb der SaarLB und führt auch Prüfungshandlungen für die LBS, LBS Immobilien GmbH und LBS Vertriebs GmbH durch. Sie ist dem Vorsitzenden des Vorstandes unterstellt. Die Prüfungstätigkeit erstreckt sich auf der Basis eines risikoorientierten Prüfungsansatzes grundsätzlich auf alle Aktivitäten und Prozesse, auch, soweit diese ausgelagert sind. Dies schließt eine Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagements ein.

Die Interne Revision führt die ihr übertragenen Aufgaben unabhängig von den zu prüfenden Tätigkeiten, Abläufen und Funktionen unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Kontrollumfeld und Kontrollverfahren

In der SaarLB unterliegt der Rechnungslegungsprozess regelmäßigen Kontrollen in Bezug auf inhärente Risiken, um bei Bedarf entsprechende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des internen Kontrollsystems einleiten zu können. Dies bezieht sich auch auf die interne Risikosteuerung und -überwachung.

Das interne Kontrollsystem basiert auf Organisations- und Prozessanweisungen.

Zentrale Bestandteile dieser Regelungen im Hinblick auf das rKS sind

- die im Rahmen von sogenannten Neue-Produkte-Prozessen erstellten Regelungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung,
- die im Prozess- und Anweisungsportal der SaarLB dokumentierten Anweisungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung von Geschäftsvorfällen/Verträgen inkl. Kontrolle sowie
- die Dokumentation über den Abschlusserstellungsprozess.

Darüber hinaus erstellt die Abteilung Finanzen zu jedem Stichtag eine sogenannte Jahres- bzw. Halbjahresabschlussanweisung, die neben gesetzlichen Neuerungen, vor allem die von den jeweiligen Fachbereichen vorzunehmenden wesentlichen Erstellungsarbeiten (einschließlich erforderlicher Nachweisungen) und einen Terminplan enthält.

Weitere Regelungen hinsichtlich der Erfassung und Kontrolle von Geschäftsdaten liegen in der jeweiligen Abteilung vor; diese Anweisungen werden dezentral erstellt und bei Bedarf aktualisiert. Sie werden von der Abteilung Finanzen auf Angemessenheit kontrolliert.

Die Organisations- und Prozessanweisungen enthalten auch in Bezug auf die Risikosteuerung und -überwachung den Umgang mit den wesentlichen Risiken der SaarLB.

Die genannten Regelungen zur Risikosteuerung und -überwachung werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Um eine vollständige und richtige Verarbeitung der Geschäftsvorfälle einschließlich einer ordnungsgemäßen Datenerfassung, Buchung und Dokumentation sicherzustellen, werden in der SaarLB eine Vielzahl von internen Kontrollen durchgeführt. Diese umfassen entsprechende Funktionstrennungen, ein differenziertes Zugriffsberechtigungssystem zum Schutz vor unbefugten Eingriffen, laufende Kontrollen im Rahmen des Arbeitsablaufes unter Beachtung des Vier-Augen-Prinzips sowie programmierte Kontrollen innerhalb der IT-Systeme.

Im Rahmen der internen Kontrollen werden beispielsweise in der SaarLB Haupt- und Nebenbücher abgestimmt sowie manuell bebuchbare Hauptbuchkonten vom zuständigen Fachbereich überwacht. Zudem werden weitere Kontrollen und Abstimmungen vorgenommen, um eine ordnungsgemäße Übertragung der Daten zwischen den verschiedenen IT-Systemen zu gewährleisten. Innerhalb des Abschlusserstellungsprozesses werden von der Abteilung Finanzen über das Vier-Augen-Prinzip hinaus die fachlich richtige Abbildung der Abschlussbuchungen in Stichproben kontrolliert und die Ordnungsmäßigkeit der in den Abschluss einbezogenen Daten durchgeführt.

Die SaarLB hat einen Teil ihrer Dienstleistungen (im Wesentlichen IT-Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich des Zahlungsverkehrs und der Wertpapierabwicklung) an externe Unternehmen ausgelagert. Die ausgelagerten Bereiche werden dabei in das interne Kontrollsystem im Rahmen des Auslagerungsmanagements einbezogen. Darüber hinaus hat die Interne Revision der SaarLB die ausgelagerten Bereiche im Prüfungsvorgehen berücksichtigt. Soweit die Prüfung durch die Interne Revision der Auslagerungsunternehmen erfolgt, überzeugt sich die Interne Revision der SaarLB regelmäßig von der Funktionsfähigkeit der jeweiligen Revisionen der Auslagerungsunternehmen.

Bei einem Auslagerungsunternehmen, der Finanz Informatik (FI) als zentrales IT-Dienstleistungsunternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe, hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) 2022 Prüfungen nach § 44 Abs. 1 (2) KWG durchgeführt. Über das Prüfungsergebnis und die weitere Vorgehensweise hinsichtlich Berichterstattung wurde der Vorstand der SaarLB informiert. Nach dem Ergebnis der Prüfung wurden wesentliche Defizite in bestimmten IT-Prozessen und damit im internen Kontrollsystem des ausgelagerten Bereichs festgestellt. Maßnahmen zur Mängelbeseitigung und ein Maßnahmenarbeitungsplan wurden mit Vertretern der BaFin sowie der Deutschen Bundesbank besprochen. Die Maßnahmenabarbeitung erfolgt seit dem ersten Quartal 2023 risikoorientiert. Die Abarbeitung soll Ende 2026 abgeschlossen werden. Die regelmäßige Nachverfolgung der Prüfungsfeststellungen einschließlich der Kommunikation der abgestimmten Maßnahmen an die SaarLB wird über die vertraglich vereinbarte Berichterstattung der FI sichergestellt. Über den Stand der Abarbeitung der Feststellungen und der Umsetzung der Maßnahmen wird die SaarLB quartalsweise informiert, ebenfalls wird das Ergebnis der Prüfungshandlungen der Prüfungsstellen quartalsweise zur Verfügung gestellt. Um sicherzustellen, dass die festgestellten Kontrolldefizite keine Auswirkungen auf die Rechnungslegung des Jahres 2024 haben, wurden zusätzliche Analysen und manuelle beleghafte Kontrollmaßnahmen im Rahmen des Prozesses der Jahresabschlusserstellung durchgeführt. Dabei ergaben sich keine Feststellungen und Hinweise auf potenzielle Fehler in der Rechnungslegung.

PROGNOSE- UND CHANCENBERICHT

Die Geschäftsplanung und erwartete Ergebnisentwicklung der SaarLB basiert auf Annahmen über die künftige wirtschaftliche und regulatorische Entwicklung, insbesondere in den für die Bank relevanten Märkten in Deutschland und Frankreich. Obwohl die Planung auf fundierten Daten und Prognosen aufbaut, sind die Annahmen mit Unsicherheiten behaftet. Abweichungen von der tatsächlichen Marktentwicklung können sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf die Ertragslage und Geschäftsentwicklung der Bank haben. Die SaarLB begegnet diesen Unsicherheiten durch ein kontinuierliches Monitoring, um frühzeitig auf Veränderungen reagieren zu können.

Neben den Risiken eröffnen die aktuellen Entwicklungen zahlreiche Chancen, insbesondere durch die Energiewende, regulatorische Impulse wie Basel IV und die steigende Nachfrage nach nachhaltigen Finanzierungen und Beratungsleistungen. Die SaarLB sieht erhebliche Potentiale in der Begleitung der Transformation zur klimaneutralen Wirtschaft, der weiteren Optimierung ihres Geschäftsmodells sowie dem Ausbau ihrer Marktposition als deutsch-französische Bank.

Die folgenden Abschnitte beleuchten die erwarteten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die wesentlichen Prognoseannahmen sowie die daraus abgeleitete Prognose zur erwarteten Entwicklung der SaarLB im Jahr 2025.

ERWARTETE WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Deutschland

Die wirtschaftliche und geopolitische Lage ist zum Jahreswechsel so unsicher wie selten zuvor. Mit der Wahl von Donald Trump und den bevorstehenden politischen Weichenstellungen in Deutschland und Frankreich sowie der globalen Konjunkturdynamik bringt das Jahr 2025 außergewöhnliche Herausforderungen mit sich.

Für 2025 prognostiziert das ifo-Institut einen leichten Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 0,4 %. Herausforderungen bleiben unverändert politische Unsicherheiten und strukturelle Schwächen wie eine alternde Bevölkerung, hohe Energiekosten, stockende Investitionen sowie die Transition zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Abzuwarten bleibt, in welchem Ausmaß die USA eine protektionistische Wirtschaftspolitik umsetzen werden. Dies könnte der Investitionsneigung in Deutschland einen weiteren Dämpfer bereiten.

Gleichzeitig wird der private Konsum eine Rolle spielen, gestützt durch sinkende Inflationsraten, die um 2 % pendeln dürften, und steigende Realeinkommen. Dennoch bleibt der Arbeitsmarkt mit Unsicherheiten behaftet, da angekündigte Stellenstreichungen in Schlüsselindustrien die Stimmung belasten könnten.

Durch den Ausbaupfad der deutschen Bundesregierung im Bereich erneuerbarer Energien als auch durch den im Oktober 2024 beschlossenen Transformationsfonds für das Saarland ergeben sich Wachstumschancen insbesondere für das Firmenkunden-, Kommunkunden- und Projektfinanzierungsgeschäft. Für 2025 ist auf dem Immobilienmarkt mit einer Seitwärts-

bewegung des Marktes und einer weiteren Stabilisierung der Umsätze zu rechnen. Inwiefern die geopolitischen Risiken weiteren Einfluss nehmen werden, wird von den Marktteilnehmern eng beobachtet.

Die EZB dürfte ihren Kurs der Zinssenkungen fortsetzen, um die schwächelnde Konjunktur zu stützen.

Frankreich

Das Wachstum der französischen Wirtschaft ist von vielen Faktoren abhängig. Nach dem Rücktritt des französischen Premierministers im Dezember 2024 konnte zügig eine neue Regierung gebildet werden. Um das Vertrauen der Unternehmen und der Finanzmärkte wiederherzustellen bzw. zu festigen, ist es nun erforderlich, dass die neu gebildete Regierung entsprechend stabil und handlungsfähig ihr Amt ausüben wird. Des Weiteren bleibt abzuwarten, inwiefern sich die notwendigen Sparzwänge auf die französische Wirtschaft durchschlagen. Weitere Einflussfaktoren sind neben der Inflations- und Leitzinsentwicklung auch die weitere Entwicklung der geopolitischen Spannungen, wie beispielsweise der Russland-Ukraine-Krieg oder der Nahost-Konflikt. Für 2025 prognostiziert die Banque de France einen Anstieg des realen Bruttoinlandsproduktes um 0,9 %. Die abflauende Inflationsrate, die wie in Deutschland bei ungefähr 2 % pendeln dürfte, und ein hoher Sparüberhang aus dem Jahr 2024 unterstützen den privaten Konsum. Die Investitionsquote der Unternehmen dürften ebenfalls zulegen. Mit dem Konjunkturpaket France 2030 werden Investitionen in innovative oder für die Klimawende erforderliche Technologien angesprochen. Aufgrund der hohen Staatsverschuldung und daraus resultierenden Sparzwänge ist allerdings unsicher, ob die bisherige Förderung beibehalten werden kann.

Trotz einer politisch aufgeheizten Lage ist der Ausbau der erneuerbaren Energien in Frankreich vorangeschritten. Besonders Photovoltaik und Wind-Offshore stehen derzeit im Fokus, aber auch im Bereich Wind-Onshore wurden konstante Zuwächse erreicht. Auch wenn die französische Regierung weiter einen Schwerpunkt auf Kernenergie setzt, ist zugleich ein verstärkter Ausbau erneuerbarer Energien geplant und gesetzlich verankert, von dem die relevanten Geschäftsbereiche der SaarLB profitieren können. Die oben beschriebene Entwicklung für den Immobilienmarkt gilt für das französische Geschäftsgebiet analog.

WESENTLICHE PROGNOSEANNAHMEN, CHANCEN UND RISIKEN

Im Zuge des im Geschäftsjahr 2023 aufgesetzten Zukunftsprogramms „perspective 2025“ wird auch im Jahr 2025 die zielorientierte Weiterentwicklung vor allem der Themen „Qualitätsorientiertes Wachstum“ sowie „nachhaltige Transformation“ fortgesetzt. Die SaarLB wird ihre Rolle als deutsch-französische Bank weiter festigen und ihr grenzüberschreitendes Geschäft konsequent ausbauen. Der Fokus wird dabei auf der strategischen Erweiterung des Geschäftsgebiets liegen, insbesondere in den benachbarten Regionen des Saarlandes, Deutschlands und Frankreichs, wie auch Benelux, mit dem Ziel, bestehende Kundenbeziehungen zu intensivieren und neue Marktpotenziale zu erschließen. Dies wird durch die Stärkung des Angebots für Unternehmen, Kommunen und Institutionen sowie durch maßgeschneiderte Finanzierungslösungen unterstützt, die den spezifischen Bedürfnissen der jeweiligen Märkte gerecht werden. Auch grenzüberschreitende Geschäfte zwischen Deutschland und Frankreich sollen weiter ausgebaut werden.

Ein zentraler Bestandteil der zukünftigen Entwicklung der SaarLB wird die nachhaltige Transformation der Wirtschaft sein. Angesichts der zunehmenden Regulierung und der wachsenden Nachfrage nach nachhaltigen Investitionsmöglichkeiten erkennt die Bank erhebliche Potenziale und Chancen im Bereich der Finanzierung von Projekten, die auf die Reduktion von Treibhausgas-Emissionen und die Förderung einer CO₂-neutralen Wirtschaft abzielen. Die Bank wird ihre Finanzierungsdienstleistungen weiter ausbauen, um ihre Kunden aktiv bei der Umsetzung nachhaltiger Projekte und der Erfüllung regulatorischer Anforderungen zu unterstützen. Die SaarLB wird geeignete Finanzierungsinstrumente bereitstellen, die die Transformation zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft unterstützen.

Darüber hinaus wird die SaarLB ihre Rolle als Partner in der Energiewende weiter ausbauen. Dies umfasst insbesondere die Umsetzung relevanter EU-Richtlinien wie der Energy Performance of Buildings Directive (EPBD), die bis Mai 2026 in deutsches Recht umgesetzt werden muss. In diesem Rahmen wird die Bank ihre Finanzierungsangebote weiter optimieren, um Kunden im Bereich energieeffizienter Gebäude und nachhaltiger Stadtentwicklung zu unterstützen. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist die geplante Ausgabe eines weiteren Green-Bonds, der im Geschäftsjahr 2025 begeben werden soll. Parallel dazu wird das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), mit seinen Zielen für den Ausbau erneuerbarer Energien bis 2030, auch in den kommenden Jahren eine zentrale Grundlage für Investitionen in grüne Energien darstellen. Die SaarLB wird aktiv in Projekte investieren, die zu einer signifikanten Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Strommix beitragen.

Zudem wird die Bank ihre Strategie auf zukunftsweisende Technologien wie die Wasserstoffwirtschaft und Elektromobilität ausweiten. Diese Sektoren bieten nicht nur große Potenziale für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, sondern auch für innovative Finanzierungsmodelle, durch die sich die SaarLB als führender Finanzpartner positionieren möchte. Im Rahmen der Transformation der Industrie zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft wird die Bank ihre Finanzierungslösungen an den zukünftigen Anforderungen der Wirtschaft ausrichten und so aktiv zur Umsetzung der nationalen Klimaziele beitragen.

Die LBS Landesbausparkasse Saar unterstützt die SaarLB beim Ausbau ihrer Rolle als Partner in der Energiewende. Für Finanzierungen im Zusammenhang mit energetischen Maßnahmen hat sie verschiedene Produkte im Angebot. Sie beabsichtigt ihr Produktangebot diesbezüglich weiterzuentwickeln. Daneben bietet die LBS im Rahmen ihres Konzeptes „Rund um die Immobilie“ gemeinsam mit der Beteiligungsgesellschaft LBS Gutachter GmbH durch eigene Energieberater die Erstellung von Energieausweisen und individuellen Sanierungsfahrplänen sowie die Baubegleitung im Rahmen von Förderprogrammen an.

In Ergänzung bietet der weitere Ausbau der bereits bestehenden Kooperationen im Bereich der vermögenden Privatkunden, aber auch die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit der von der SaarLB mitgegründeten S-International Saar Pfalz weitere Geschäftspotentiale.

Trotz der erheblichen Chancen, die sich u. a. aus der Energiewende oder regulatorischen Anpassungen ergeben, bestehen auch Risiken, die die künftige Geschäftsentwicklung beeinflussen können. Verzögerungen oder Anpassungen bei der Umsetzung von regulatorischen Vorgaben, z.B. Basel IV, der CSRD bzw. der EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden könnten zu Planungsunsicherheiten führen und die Umsetzung nachhaltiger Finanzierungsstrategien erschweren.

Darüber hinaus bergen konjunkturelle und geopolitische Entwicklungen Unsicherheiten. Eine anhaltende wirtschaftliche Schwächephase, steigende Insolvenzen oder ein unerwarteter Rückgang der Investitionstätigkeit im Sektor erneuerbare Energie könnten die Nachfrage nach Finanzierungsleistungen beeinträchtigen. Gleichzeitig könnte eine Verschärfung von geopolitischen Spannungen und handelspolitischen Maßnahmen – insbesondere durch mögliche neue Handelszölle der Trump-Regierung auf Stahl oder Produkte der Automobilzulieferindustrie – Wettbewerbsverzerrungen verursachen, Produktionskosten erhöhen und die Investitionsbereitschaft betroffener Unternehmen dämpfen. Dies könnte sich auch unmittelbar auf den Finanzierungsbedarf bzw. der Entwicklung des Neugeschäfts und die Bonität dieser Branchen auswirken. Dies wiederum führt in der Ertragslage zu einem negativen Effekt auf den Zinsüberschuss sowie auf das Bewertungsergebnis.

Zudem stellt die Umsetzung weiter steigender regulatorischer Anforderungen aber auch eine Steigerung der Inflation ein Risiko für die Kostenentwicklung dar.

Für das Geschäftsjahr 2025 prognostiziert die SaarLB eine Geschäftsentwicklung, die sich in den nachfolgend dargestellten Aspekten widerspiegelt und auf den strategischen Schwerpunkten sowie den erwarteten Marktbedingungen basiert.

PROGNOSE ZUR ENTWICKLUNG DER BANK UND DER WESENTLICHEN FINANZIELLEN LEISTUNGSINDIKATOREN

Für das Geschäftsjahr 2025 erwartet die SaarLB eine stabilere Geschäftsentwicklung, die durch den konsequenten Ausbau des Neugeschäftsvolumens (inkl. Prolongationen) unterstützt wird. Dieses wird sich spürbar über dem Volumen des abgelaufenen Geschäftsjahres i. H. v. EUR 2,1 Mrd. bewegen und ist vor allem auf die sich bietenden Chancen im Bereich der Energiewende und der nachhaltigen Transformation der Wirtschaft zurückzuführen.

Unter Berücksichtigung der o. g. erwarteten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der dargestellten Chancen, erwartet die SaarLB im Geschäftsjahr 2025 die folgende Entwicklung der finanziellen Leistungsindikatoren:

in %	Ergebnisse 2024	Prognose 2025 per 31.12.2024
RWA-Rentabilität	2,9	> 3,0
Cost-Income-Ratio	48,5	< 55,0
Return on Equity (vor Steuern)	8,0	> 7,5
CET1-Quote	14,9	> 15,5
NPL-Quote	1,20	< 1,45

Anhand der erwarteten Entwicklung im Kundenkreditgeschäft geht die SaarLB sowohl von einer Steigerung des Zins- als auch des Provisionsergebnisses aus und rechnet hieraus mit einem operativen Ergebnis, das merklich über dem des abgelaufenen Geschäftsjahres i. H. v. EUR 163,7 Mio. liegen wird. Bei gleichzeitigem Rückgang der durchschnittlichen RWA erwartet die SaarLB für 2025 eine leichte Steigerung der **RWA-Rentabilität**, die zum Jahresende 2024 bei 2,9 % lag.

Für das Geschäftsjahr 2025 ist wieder mit steigenden Verwaltungsaufwendungen zu rechnen. Dies betrifft neben höheren Personalaufwendungen aufgrund des neuen, im November 2024 in Kraft getretenen, Tarifvertrages (+6 %) für öffentliche Banken auch höhere Belastungen aus den Beiträgen zum Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe. Zusätzlich erwartet die SaarLB ansteigende Kosten für IT- und IT-Sicherheit, sowie Aufwendungen im Zusammenhang mit der Umsetzung von regulatorischen Vorgaben, insbesondere der CSRD-Richtlinie. In Summe ist davon auszugehen, dass die Steigerung der operativen Erträge die höhere Belastung im Verwaltungsaufwand nur zum Teil kompensieren kann, sodass für die **Cost-Income-Ratio** der Prognosewert für 2025 merklich oberhalb des Ergebnisses von 2024 (48,5 %) liegen wird.

Insgesamt geht die SaarLB davon aus, dass diese Entwicklungen zu einem Ergebnis vor Steuern führen wird, welches voraussichtlich auf dem Niveau des Vorjahres (EUR 65,0 Mio.) liegen wird, so dass die SaarLB mit einem **Return on Equity** rechnet, der sich insbesondere aufgrund der erwarteten steigenden Verwaltungsaufwendungen ebenfalls nur leicht vom Ergebnis 2024 (8,0 %) unterscheidet. Dem Ausbau des Kreditgeschäftes steht eine Verringerung der RWA gegenüber, die sich auf die umzusetzenden Basel IV / CRR III – Regelungen zurückführen lässt. Während Anpassungen, wie z. B. der Wegfall des sog. Skalierungsfaktors, im IRB-Ansatz zu Entlastungen in den RWA führt, wird sich das Einphasen des KSA-Output-Floors, durch den die Abweichung der Eigenkapitalanforderungen zwischen dem IRB-Ansatz und dem Standardansatz begrenzt wird, erst mittelfristig in den Folgejahren belastend bemerkbar machen. Das harte Kernkapital wird sich durch die Thesaurierung des Jahresüberschusses aus 2024 um EUR 32,1 Mio. erhöhen. Entsprechend erwartet die SaarLB trotz geplantem Geschäftswachstum einen positiven Effekt auf die Entwicklung der **CET1-Quote**, die somit im Jahr 2025 deutlich über dem Wert zum Jahresende 2024 (14,9 %) liegen wird.

Beim Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft rechnet die Bank auf Basis des Expected-Loss Ansatzes mit einem Ergebnis auf vergleichbarem Niveau. Hierbei erwartet die SaarLB sinkende Belastungen aus dem Immobiliengeschäft und tendenziell höhere Belastungen aus dem Firmenkundengeschäft. In diesem Zusammenhang und des eher konservativeren Planungsansatzes, ist von einer leicht steigenden **NPL-Quote** – im Vergleich zur aktuellen Quote (1,20 %) – auszugehen.

Saarbrücken, 07. März 2025

Landesbank Saar
Der Vorstand

Dr. Thomas Bretzger

Gunar Feth

Frank Eloy

Maik Mittelberg

JAHRESABSCHLUSS DER SAARLB FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2024

BILANZ ZUM 31.12.2024 DER SAARLB

Aktivseite

	31.12.2024			31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		0,00		0
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		49.850.793,79		56.576
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank	EUR	49.850.793,79		(56.576)
c) Guthaben bei Postgiroämtern		0,00	49.850.793,79	0
				56.576
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	EUR	0,00		(0)
b) Wechsel		0,00	0,00	0
				0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		1.760.889.651,39		2.027.444
b) andere Forderungen		487.239.823,10	2.248.129.474,49	628.176
darunter:				2.655.620
Hypothekendarlehen	EUR	0,00		(0)
Kommunalkredite	EUR	0,00		(70)
gegen Beleihung von Wertpapieren	EUR	0,00		(0)
Baudarlehen der Bausparkasse:				
Bauspardarlehen	EUR	0,00		(0)
Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	EUR	0,00		(0)
sonstige Baudarlehen	EUR	0,00		(0)
4. Forderungen an Kunden			14.488.129.759,62	14.018.140
darunter:				
Hypothekendarlehen	EUR	1.778.048.039,30		(1.755.086)
Kommunalkredite	EUR	5.688.343.375,13		(5.178.839)
gegen Beleihung von Wertpapieren	EUR	0,00		(0)
Baudarlehen der Bausparkasse:				
Bauspardarlehen	EUR	166.136.129,05		(94.973)
Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	EUR	487.732.643,73		(544.233)
sonstige Baudarlehen	EUR	542.494.717,90		(526.828)
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	EUR	1.017.215.567,97		(977.750)
			Übertrag*:	16.786.110.027,90
				16.730.336

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

Passivseite

	31.12.2024			31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		236.981.913,91		180.328
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3.657.854.321,76		3.859.831
darunter:				
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	70.282.936,63		(70.252)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	188.898.052,58		(259.084)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und	EUR	0,00		(0)
öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
c) Bauspareinlagen		12.879.327,44	3.907.715.563,11	12.869
darunter:				4.053.028
auf gekündigte Verträge	EUR	0,00		(0)
auf zugeteilte Verträge	EUR	0,00		(0)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		58.194,70		113
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		10.163,46		263
ac) Bauspareinlagen		982.114.423,52	982.182.781,68	987.543
darunter:				987.919
auf gekündigte Verträge	EUR	5.048.508,33		(12.757)
auf zugeteilte Verträge	EUR	27.285.572,53		(26.521)
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		1.692.799.395,98		1.779.650
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5.451.647.051,25	7.144.446.447,23	4.920.486
				6.700.136
darunter:				7.688.055
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	193.961.092,33		(95.663)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	1.479.127.339,48		(1.157.172)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
		Übertrag*:	12.034.344.792,02	11.741.083

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

Aktivseite

	31.12.2024			31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag*:	16.786.110.027,90	16.730.336
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR 0,00			(0)
ab) von anderen Emittenten	0,00	0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR 0,00			0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	231.979.487,44			220.176
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR 231.979.487,44			(220.176)
bb) von anderen Emittenten	872.546.795,34	1.104.526.282,78		771.659
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR 842.872.777,67			991.835
				(721.810)
c) eigene Schuldverschreibungen		158.651.896,50	1.263.178.179,28	126.965
Nennbetrag	EUR 177.150.000,00			(142.650)
				1.118.800
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			187.770.706,58	190.273
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			14.107.409,33	13.307
darunter:				
an Kreditinstituten	EUR 1.359.913,77			(1.360)
an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR 0,00			(0)
an Wertpapierinstituten	EUR 571.500,00			(572)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			325.000,00	325
darunter:				
an Kreditinstituten	EUR 0,00			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR 0,00			(0)
an Wertpapierinstituten	EUR 0,00			
9. Treuhandvermögen			0,00	53
darunter:				
Treuhandkredite	EUR 0,00			(53)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
		Übertrag*:	18.251.491.323,09	18.053.094

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

Passivseite

	31.12.2024			31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag*:	12.034.344.792,02	11.741.083
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		5.076.595.999,59		5.226.960
darunter:				
Hypothekenpfandbriefe	EUR 449.315.094,89			(504.012)
öffentliche Pfandbriefe	EUR 2.221.175.840,95			(1.972.616)
sonstige Schuldverschreibungen	EUR 2.406.105.063,75			(2.750.332)
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00	5.076.595.999,59	0
darunter:				5.226.960
Geldmarktpapiere	EUR 0,00			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	EUR 0,00			(0)
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				
darunter: Treuhandkredite	EUR 0,00		0,00	53
				(53)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			67.128.673,10	40.187
6. Rechnungsabgrenzungsposten			119.278.104,87	122.395
darunter:				
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR 25.035.923,80			(25.537)
andere	EUR 94.242.181,07			(96.859)
6a. Passive latente Steuern			0,00	0
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		45.000.132,60		45.717
b) Steuerrückstellungen		17.907.995,16		4.981
c) andere Rückstellungen		17.444.479,33	80.352.607,09	19.888
				70.586
7a. Fonds zur bauspartechnischen Absicherung			21.000,00	21
		Übertrag*:	17.377.721.176,67	17.201.285

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

Aktivseite

	31.12.2024			31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag*:	18.251.491.323,09	18.053.094
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.675.039,47		1.662
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00	1.675.039,47	0
				1.662
12. Sachanlagen			2.207.727,57	2.654
13. Sonstige Vermögensgegenstände			33.983.442,02	32.397
14. Rechnungsabgrenzungsposten			104.512.919,91	110.148
darunter:				
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR	37.451.455,47		(37.585)
andere	EUR	67.061.464,44		(72.563)
15. Aktive latente Steuern			40.020.228,87	33.407
		Summe der Aktiva	18.433.890.680,93	18.233.362

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

Passivseite

	31.12.2024		31.12.2023	
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag*:	17.377.721.176,67	17.201.285
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			178.800.000,00	186.800
9. Genusrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	EUR	0,00		(0)
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken			256.334.856,84	265.304
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	717.000,00		(686)
11. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital				
aa) Stammkapital		254.619.407,03		254.619
ab) stille Einlagen		0,00	254.619.407,03	0
				254.619
b) Kapitalrücklage			69.084.905,58	69.085
c) Gewinnrücklagen				
ca) satzungsmäßige Rücklagen		84.895.374,13		80.754
cb) andere Gewinnrücklagen		175.164.880,02	260.060.254,15	155.693
				236.447
d) Bilanzgewinn			37.270.080,66	28.822
				588.973
Summe der Passiva			18.433.890.680,93	18.233.362

1. Eventualverbindlichkeiten

a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			394.391.813,68	426.835
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	394.391.813,68	0
				426.835

2. Andere Verpflichtungen

a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		1.007.736.583,03	1.007.736.583,03	1.423.775
				1.423.775

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER SAARLB FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2024

	EUR	2024 EUR	EUR	2023 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		553.226.551,06		483.447
darunter:				
Zinserträge der Bausparkasse				
aus Bauspardarlehen	EUR	3.500.376,28		(1.824)
aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	EUR	11.164.222,89		(12.062)
aus sonstigen Baudarlehen	EUR	13.223.334,14		(10.994)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		18.428.346,91	571.654.897,97	11.651
				495.098
2. Zinsaufwendungen				
Zinsaufwendungen aus dem Bankgeschäft			425.986.374,57	145.668.523,40
darunter:				151.019
für Bauspareinlagen	EUR	5.333.773,26		(6.296)
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			5.389.302,56	4.774
b) Beteiligungen			4.431.310,47	493
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0,00	9.820.613,03
				0
				5.267
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				0,00
				0
5. Provisionserträge			21.477.264,92	23.940
darunter:				
Provisionserträge der Bausparkasse				
aus Vertragsabschluss und -vermittlung	EUR	5.197.715,24		(5.899)
aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	EUR	0,00		(0)
aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	EUR	0,00		(0)
6. Provisionsaufwendungen			14.500.470,56	6.976.794,36
darunter:				8.217
für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse	EUR	8.741.929,50		(9.406)
7. Nettoertrag des Handelsbestandes				276.497,18
darunter:				
Zuführung zum Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	31.000,00		(50)
			Übertrag*:	162.742.427,97
				164.933

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

			2024	2023	
			EUR	TEUR	
			Übertrag*:	162.742.427,97	164.933
8. Sonstige betriebliche Erträge				6.825.919,18	9.267
darunter:					
Ergebnis aus der Währungs- umrechnung	EUR	0,00			(144)
9. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter			36.011.740,45		35.443
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			9.700.967,78	45.712.708,23	10.026
darunter:					45.469
für Altersversorgung	EUR	3.232.004,17			(3.714)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			32.342.238,03	78.054.946,26	41.304
					86.773
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				1.314.391,86	1.439
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen				5.223.256,54	6.131
darunter:					
Ergebnis aus der Währungs- umrechnung	EUR	279.792,09			(0)
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie aus der Bildung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				16.993.040,52	22.751
13. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			0,00		0
14. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken			0,00	0,00	
					0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			2.843.083,16		499
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			864.337,46	-1.978.745,70	698
					199
			Übertrag*:	66.003.966,27	57.305

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

	EUR	2024 EUR	EUR	2023 TEUR
		Übertrag*:	66.003.966,27	57.305
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			685.975,93	108
18. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			65.317.990,34	57.197
19. Außerordentliche Erträge		0,00		0
20. Außerordentliche Aufwendungen		344.858,80		345
21. Außerordentliches Ergebnis			-344.858,80	-345
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		23.390.254,44		24.793
darunter:				
Latente Steuern	EUR -6.613.475,03			(-4.517)
23. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 13 ausgewiesen		171.676,37	23.561.930,81	35
				24.828
24. Jahresüberschuss			41.411.200,73	32.024
25. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in satzungsmäßige Rücklagen		4.141.120,07		3.202
b) in andere Gewinnrücklagen		0,00	4.141.120,07	0
				3.202
26. Bilanzgewinn			37.270.080,66	28.822

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

EIGENKAPITALSPIEGEL

Die Darstellung des Eigenkapitalspiegels erfolgte auf Grundlage des Deutschen Rechnungslegungsstandard (DRS) 22 in der Fassung vom 22. September 2017. Der Eigenkapitalspiegel gibt Auskunft über die Entwicklung des Eigenkapitals der SaarLB.

in TEUR	Gezeichnetes Kapital		Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen		Bilanzgewinn	Eigenkapital
	Stammkapital	Stille Einlagen		Satzungsmäßige Rücklagen	Andere Gewinnrücklagen		
Stand 01.01.2024	254.619	0	69.085	80.754	155.693	28.822	588.973
Einstellungen/Entnahmen stille Einlagen	0	0	0	0	0	0	0
Einstellungen/Entnahmen Kapitalrücklage	0	0	0	0	0	0	0
Einstellungen/Entnahmen Gewinnrücklage	0	0	0	4.141	19.472	-23.613	0
Ausschüttung	0	0	0	0	0	-9.350	-9.350
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	0	0	0
Jahresüberschuss	0	0	0	0	0	41.411	41.411
Stand 31.12.2024	254.619	0	69.085	84.895	175.165	37.270	621.034

Ausschüttungssperren bestehen im Zusammenhang mit aktiven latenten Steuern und Pensionsrückstellungen i. H. v. TEUR 40.431 (31.12.2023: TEUR 33.911). Zu weiteren Einzelheiten vgl. Anhang Nr. (14).

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme des Geschäftsjahres, aufgeteilt in die Bereiche „operative Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“.

Der ausgewiesene Finanzmittelfonds entspricht dem Bilanzposten Barreserve und enthält den Kassenbestand und die Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Der Finanzmittelfonds unterliegt keinen Verfügungsbeschränkungen.

Als Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit werden Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Wertpapieren (soweit nicht Finanzanlagevermögen) und Derivaten sowie anderen Aktiva ausgewiesen. Die Zahlungsvorgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva gehören ebenfalls zur laufenden Geschäftstätigkeit. Auch die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen finden sich im Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit wieder.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge des Finanzanlagevermögens, der Sachanlagen und des immateriellen Vermögens.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Zahlungen an stille Gesellschafter sowie Veränderungen aus Nachrangkapital.

in TEUR	2024	2023
Jahresüberschuss	41.411	32.024
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	16.312	27.301
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-3.160	-1.708
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	2.255	-3.075
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	1.442	-628
Sonstige Anpassungen (Saldo)	-344	-276
Zwischensumme	16.505	21.614
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	406.125	80.104
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	-484.836	-719.188
Zunahme/Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagevermögen)	-28.779	-56.545
Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	3.525	-16.023
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-144.647	-143.938
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	426.704	862.569
Zunahme/Abnahme verbriefteter Verbindlichkeiten	-164.600	-29.800
Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	23.824	22.711
Zinsaufwendungen/Zinserträge	-155.489	-156.286
Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	345	345
Ertragsteueraufwand/-ertrag	23.390	24.793
Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	584.079	487.536
Gezahlte Zinsen	-400.598	-311.642
Außerordentliche Einzahlungen	0	0
Außerordentliche Auszahlungen	-31	0
Ertragsteuerzahlungen/-erstattungen	-16.554	-6.068
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	130.374	92.206
Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	-109.966	236.864
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-8.934	-306.576
Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	109.003	-122
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-109.337	-939
Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	-548	0
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	-146
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-119.782	-70.919
Einzahlungen/Auszahlungen aus Eigenkapitalzuführungen/Eigenkapitalherabsetzungen	31	50
Auszahlungen an Unternehmenseigner	-9.350	-9.350
Sonstige Auszahlungen	0	-
Mittelveränderung aus sonstigem Kapital (Saldo)	-8.000	-
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-17.319	-9.300
Finanzmittelfonds zum Ende der Vorperiode	56.576	44.589
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	130.374	92.206
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-119.782	-70.919
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-17.319	-9.300
Finanzmittelfonds zum Ende der Periode	49.849	56.576

ANHANG

Die SaarLB hat ihren Sitz in Saarbrücken und ist in das Handelsregister beim Amtsgericht Saarbrücken (HRA 8589) eingetragen.

ANGABEN ZU BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

(1) GRUNDLAGEN

Der Jahresabschluss der SaarLB für das Geschäftsjahr 2024 (Geschäftsjahr) wurde nach den Vorschriften des HGB, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute sowie nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes aufgestellt. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach dem allgemeinen Formblatt der RechKredV gegliedert. Die für Pfandbriefbanken sowie für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten wurden in Form von Darunterangaben ergänzt, da sie nicht den Geschäftsschwerpunkt der Bank darstellen. Die Anhangangaben zum Bausparkassengeschäft sind in einem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der Landesbausparkasse Saar (LBS) enthalten.

Eine Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 290 Abs. 5 HGB besteht nicht, da nur Tochterunternehmen vorhanden sind, die nach § 296 Abs. 2 HGB nicht in einen Konzernabschluss einbezogen werden brauchen.

Als kapitalmarktorientiertes Unternehmen, das nicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet ist, hat die SaarLB nach § 264 Abs. 1 Satz 2 HGB den Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung und einen Eigenkapitalspiegel erweitert.

(2) WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Fremdwährungsaktiva und -passiva sind nach § 256a HGB zu den zum 31. Dezember 2024 gültigen EZB-Referenzkursen umgerechnet worden. Die Kassageschäfte werden zum Stichtagskassakurs umgerechnet, für die schwebenden Termingeschäfte wird der Terminkurs in einen Kassa- und einen Zinsanteil aufgespalten.

Da die Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte pro Währung durch Vermögensgegenstände, Schulden oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind, erfolgt die Berücksichtigung von Aufwendungen und Erträgen in der Gewinn- und Verlustrechnung (§ 340h HGB) saldiert in den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Insgesamt beläuft sich der Betrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden auf TEUR 60.359 bzw. TEUR 58.204.

(3) BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Ansatz von Vermögensgegenständen, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Aufwendungen und Erträgen wird nach den Vorschriften der §§ 246 ff. HGB, die Bewertung der

Vermögensgegenstände und Schulden nach den Bewertungsvorschriften in den §§ 252 ff. HGB vorgenommen – soweit nicht in §§ 340a ff. HGB Sonderregelungen für Kreditinstitute kodifiziert sind.

Die Barreserve ist mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Forderungen werden mit dem Nennbetrag angesetzt. Agien und Disagien werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Den Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen für Forderungen sowie Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen Rechnung getragen. Die Höhe der notwendigen Einzelwertberichtigungen wird durch Gegenüberstellung der Kreditinanspruchnahme und des Barwerts der zukünftig erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Des Weiteren wird für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie für Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen, bei denen keine objektiven Hinweise auf Wertminderungen vorliegen, eine Pauschalwertberichtigung auf Basis der Regelungen des IDW RS BFA 7 ermittelt. Gem. diesen Vorschriften werden im Rahmen einer Bewertungsvereinfachung für diejenigen Kreditausreichungen, die im Hinblick auf das Ausfallrisiko und der diesem gegenüberstehenden Bonitätsprämie als ein Teil des vereinbarten Zinssatzes ausgeglichen sind, die Pauschalwertberichtigungen in Höhe des erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten geschätzt. Hat sich das Adressenausfallrisiko für einzelne Kreditausreichungen im Zeitablauf deutlich erhöht, erfolgt die Ermittlung der erwarteten Verluste über die vereinbarte Restlaufzeit der betroffenen Kreditausreichungen. Der erwartete Verlust ergibt sich aus dem Produkt der geschätzten Ausfallwahrscheinlichkeit mit dem geschätzten Verlust bei Ausfall. Führen die Parameter zur Verlustschätzung bei Ausfall wirtschaftlich zu einem unangemessenen Ergebnis, erfolgt die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung durch Einzelfallbetrachtung.

Außerdem bestehen eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB sowie ein „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ gemäß § 340g HGB. Die Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB werden aktivisch von den zugrundeliegenden Vermögensgegenständen abgesetzt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden wie Anlagevermögen behandelt, wenn Durchhalteabsicht besteht. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. bei dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert; vorübergehende Wertminderungen werden gem. §§ 253 Abs. 3 i. V. m. 340e HGB nicht aufwandswirksam erfasst. Eine vorübergehende Wertminderung liegt dann vor, wenn keine objektiven Hinweise auf eine bonitätsbedingte Wertminderung vorliegen und somit die SaarLB davon ausgehen kann, dass die betreffenden Wertpapiere zum Nominalwert zurückgezahlt werden.

Zur präziseren Darstellung der Ertragslage wird der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbeträgen zeitanteilig erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

Die Bewertung der Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert, unabhängig von der Dauer einer Wertminderung.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve sind mit Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Wertpapierleihegeschäfte werden wie echte Pensionsgeschäfte i. S. d. § 340b Abs. 2 HGB bilanziert: Die Erfassung eines Zugangs (Entleihe) bzw. eines Abgangs (Verleihe) wird nicht vorgenommen. Verleihe Wertpapiere werden nach den Regelungen der §§ 253 Abs. 3 bzw. Abs. 4 i. V. m. 340 e Abs. 1 HGB bewertet, bei entliehenen Wertpapieren erfolgt keine Bewertung des Wertpapiers. Bonitätsmängeln des Entleihers wird durch die Bildung einer Risikovorsorge Rechnung getragen.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Das Treuhandvermögen wird mit dem Nennbetrag angesetzt.

Gegenstände des Sachanlagevermögens sowie immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer bewertet.

Die Nutzungsdauer bemisst sich nach den erwarteten Verläufen des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens und berücksichtigt daher den physischen Verschleiß; technische oder gewerbliche Veralterungen werden hierbei unabhängig von dem erwarteten physischen Verschleiß berücksichtigt.

Bei dauerhafter Wertminderung wird eine außerplanmäßige Abschreibung erfasst. Fallen die Gründe für die dauerhafte Wertminderung weg, erfolgen Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennbetrag oder dem niedrigeren Wert gem. § 253 Abs. 4 HGB angesetzt.

Die SaarLB ermittelt aktive und passive latente Steuern unter Anwendung des § 274 Abs. 1 HGB und weist diese saldiert in der Bilanz aus. Bei der Ermittlung der latenten Steuern zum 31. Dezember 2024 wurde ein Steuersatz von 32,96 % (31.12.2023: 32,94 %) zugrunde gelegt.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Agien und Disagien werden gem. § 250 Abs. 3 HGB in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß den Vorschriften des § 253 Abs. 2 S. 2 HGB gebildet. Der Berechnung liegen ein Rechnungszinssatz von 1,90 % p.a., ein Anwartschaftstrend von 2,0 % p. a. sowie ein Rententrend von 2,45 % p.a. zu Grunde.

Grundlage des Rechnungszinssatzes bildete der von der Deutschen Bundesbank Ende September 2024 veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei der gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der Zinssatz wurde gemäß IDW RS HFA 30 n.F. Tz. 65 auf das Jahresende hochgerechnet.

Die Pensionsrückstellungen werden gemäß den Sterbewahrscheinlichkeiten der Heubeck-Richttafeln 2018 G unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens dotiert. Von der Übergangsvorschrift gemäß Art 67 Abs. 1 EGHGB wird Gebrauch gemacht, d.h. der sich durch das

Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) bei den Pensionsrückstellungen zum 31.12.2009 ergebende Unterschiedsbetrag wird über einen Zeitraum von 15 Jahren verteilt (siehe dazu auch „Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung“). Die aus diesem Grund nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen belaufen sich zum 31.12.2024 auf einen Betrag von TEUR 345 (31.12.2023: TEUR 345). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen und des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes beläuft sich auf TEUR 411 (31.12.2023: TEUR 505). Für ihn besteht eine Ausschüttungssperre.

Vermögensgegenstände i. H. v. TEUR 425 (31.12.2023: TEUR 433), die ausschließlich der Erfüllung von Altersversorgungsverpflichtungen dienen, sind dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen und wurden daher mit den Schulden gemäß § 246 Abs. 2 S. 2 HGB verrechnet. Bei diesen Vermögensgegenständen handelt es sich um Ansprüche (Rückkaufswerte) aus Rückdeckungsversicherungen, deren Anschaffungskosten TEUR 425 (31.12.2023: TEUR 433) betragen. Die Anschaffungskosten entsprechen den beizulegenden Zeitwerten. Der Erfüllungsbetrag der Schulden weist eine Höhe von TEUR 425 (31.12.2023: TEUR 433) auf. Zinsaufwendungen i. H. v. TEUR 6,8 (31.12.2023: TEUR -0,2) wurden mit Zinserträgen in entsprechender Höhe verrechnet.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften werden Rückstellungen gemäß § 253 Abs. 1 S. 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank nach § 253 Abs. 2 S. 4 HGB veröffentlichten, durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Bei den unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten ist eine Inanspruchnahme nicht überwiegend wahrscheinlich. Diese Einschätzung beruht auf Bonitätsanalysen der jeweiligen Kreditnehmer. Die Inanspruchnahme der unwiderruflichen Kreditzusagen erfolgt auf Basis der vertraglichen Regelungen. Die unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten keine Einzelposten, die von wesentlicher Bedeutung sind.

Zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos bildet die SaarLB Mikro-Bewertungseinheiten. Die Bewertungseinheiten in Form von durchgehandelten Geschäften werden auch handelsrechtlich gemäß § 254 HGB als Mikro-Bewertungseinheit abgebildet. Grund- und Sicherungsinstrument sind dabei Derivate (Nominalvolumen zum 31.12.2024: EUR 730 Mio., 31.12.2023: EUR 843 Mio.), deren maßgebliche Risikoparameter so aufeinander abgestimmt sind, dass sich die Wertänderungen der Grundgeschäfte und die Wertänderungen der Sicherungsgeschäfte über die Gesamtlaufzeit der Geschäfte ausgleichen. Da es sich somit um perfekte Sicherungsbeziehungen handelt, erfolgt weder eine Bilanzierung des Grundgeschäfts noch eine Bilanzierung des Sicherungsgeschäfts jeweils im Hinblick auf das abgesicherte Risiko (Einfrierungsmethode). Der Nachweis der Effektivität der Bewertungseinheit erfolgt mittels der critical terms match-Methode. Die Höhe des abgesicherten Risikos beträgt zum 31. Dezember 2024 TEUR 17.586 (31.12.2023: TEUR 24.067).

Derivate des Anlagebuchs werden nicht bilanziert. Im Rahmen der Berechnung einer möglichen Drohverlustrückstellung bei der verlustfreien Bewertung der zinstragenden Geschäfte des Bankbuchs werden diese Derivate berücksichtigt.

Anteilige Zinsen aus Zins- und Währungsswaps werden periodengerecht abgegrenzt und unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden bzw. den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen. Zinserträge und -aufwendungen der sichernden Swapgeschäfte werden (netto) in den Zinserträgen oder -aufwendungen ausgewiesen.

ANGABEN ZUR BILANZ

(4) AKTIVA

Nr. in TEUR	Bilanzpositionen	31.12.2024	31.12.2023
Pos. 3	Forderungen an Kreditinstitute		
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0
	Forderungen an angeschlossene Sparkassen	37.615	10.254
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	562.758	471.883
Pos. 4	Forderungen an Kunden		
	Forderungen an verbundene Unternehmen	303	0
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	21.532	23.164
	Nachrangige Forderungen	69.000	69.000
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	5.967.571	5.605.402
Pos. 5	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
	b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
	ba) von öffentlichen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	231.980	220.176
	bb) von anderen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	867.993	762.105
	börsenfähig, nicht börsennotiert	4.554	9.554
	c) Eigene Schuldverschreibungen		
	börsenfähig und börsennotiert	158.652	126.965

Die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere, die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen enthalten keine börsenfähigen Anteile.

Nr. in TEUR	Bilanzpositionen	31.12.2024	31.12.2023
Pos. 9	Treuhandvermögen		
	Forderungen an Kunden	-	53
Pos. 12	Sachanlagen		
	Vgl. Anlagespiegel		
Pos. 13	Sonstige Vermögensgegenstände		
	Im Wesentlichen sind hier ausgewiesen		
	Steuererstattungsansprüche	6.953	7.264
	Sicherheitsleistungen	20.933	19.361
	Kunstgegenstände (nicht abnutzbar)	1.542	1.542
	Ausgleichsposten aus der Fremdwährungsumrechnung	0	3
	Prämien für Optionsgeschäfte	3.020	1.485
Pos. 14	Rechnungsabgrenzungsposten		
	Disagioabgrenzung von Verbindlichkeiten	3.806	2.942
	Disagioabgrenzung von begebenen Anleihen	11.957	9.708
	Agioabgrenzung aus Forderungen	21.688	24.934
	Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		
	darunter im voraus bezahlte Zinsen aus Zinsswaps	66.170	70.882

Anlagespiegel

in TEUR	Anschaffungs- und Herstellungskosten				31.12.2024
	01.01.2024	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	
Sachanlagen	23.532	334	-	-	23.866
Immaterielle Anlagewerte	12.638	547	-	-	13.185
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	12.638	547	-	-	13.185
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	995.717	192.368	85.675	-	1.102.410
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	139.795	5.841	1.075	-	144.561
Beteiligungen	16.609	-	-	-	16.609
Anteile an verbundenen Unternehmen	325	-	-	-	325
Summe	1.188.616	199.090	86.750	-	1.300.956

in TEUR	Abschreibungen					31.12.2024
	01.01.2024	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	
Sachanlagen	20.879	780	-	-	-	21.659
Immaterielle Anlagewerte	10.975	535	-	-	-	11.510
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	10.975	535	-	-	-	11.510
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾	9.674	808	1.000	-	2.452	7.030
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.704	1.344	-	-	7	4.041
Beteiligungen	3.302	-	-	-	800	2.502
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-
Summe	47.534	3.467	1.000	-	3.259	46.742

¹⁾ Bei den Ab- und Zuschreibungen handelt es sich um den Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbeträgen, die zeitanteilig erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst werden.

Angaben zu Buch- und beizulegenden Zeitwerten

in TEUR	Buchwert		beizulegender Zeitwert	
	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023
Sachanlagen ¹⁾	2.207	2.653	-	-
Immaterielle Anlagewerte	1.675	1.662	-	-
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.675	1.662	-	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
Wertpapiere mit stillen Lasten	655.765	715.148	609.906	648.760
Wertpapiere ohne stille Reserven und Lasten	7.564	29.518	7.564	29.518
Wertpapiere mit stillen Reserven	432.051	241.378	439.696	246.777
Summe ohne anteilige Zinsen	1.095.380	986.044	1.057.166	925.055
Anteilige Zinsen	9.147	5.792	9.147	5.792
Summe	1.104.527	991.836	1.066.313	930.847
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
Wertpapiere mit stillen Reserven	107.746	137.090	121.228	151.393
Wertpapiere ohne stillen Reserven und Lasten	32.774	0	32.774	0
Summe	140.520	137.090	154.002	151.393
Beteiligungen	14.107	13.307	14.107	13.307
Anteile an verbundenen Unternehmen	325	325	325	325
Gesamt	1.263.361	1.146.873	1.234.747	1.095.871

¹⁾ Davon für eigene Tätigkeit genutzte

- Grundstücke und Gebäude TEUR 0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung TEUR 2.208

In den Schuldverschreibungen, die wie Anlagevermögen behandelt werden, bestehen stille Lasten von TEUR 45.859 (Vorjahr: TEUR 66.388); diese Entwicklung ergibt sich aus dem Rückgang der Zinsen im Jahresvergleich.

Da bei den Schuldverschreibungen, die wie Anlagevermögen behandelt werden, nach dem Ergebnis unserer Untersuchung keine objektiven Hinweise auf eine bonitätsbedingte Wertminderung vorliegen, werden die Rückgänge der Marktwerte als zinsinduziert angesehen.

Die SaarLB kann und will die betreffenden Wertpapiere bis zur Endfälligkeit halten und geht daher von einer Rückzahlung zum Nominalwert aus. Niederstwertabschreibungen wurden daher nicht vorgenommen.

Die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden, enthalten keine stillen Lasten.

Investmentfonds

Folgende Anteile oder Anlageaktien an inländischem Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen überstiegen eine Anteilsquote von 10 %:

in TEUR	Buchwert 31.12.2024	Marktwert 31.12.2024	Differenz	Ausschüttung 2024	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibung 2024
Immobilienfonds						
PATRIZIA IMMO INVEST SAAR	47.251	48.338	1.087	-	Nein	-
Lip Real Estate Investment Fund - Logistics Germany IV	25.000	25.270	270	726	Nein	-
Wagniskapitalfonds						
AIRFI	0	0	-	-		-

in TEUR	Buchwert 31.12.2023	Marktwert 31.12.2023	Differenz	Ausschüttung 2023	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibung 2023
Immobilienfonds						
PATRIZIA IMMO INVEST SAAR	47.251	52.005	4.754	-	Nein	-
Lip Real Estate Investment Fund - Logistics Germany IV	24.993	24.993	0	509	Nein	-
Wagniskapitalfonds						
AIRFI	0	0	-	-		-

Beim PATRIZIA IMMO INVEST SAAR ist die SaarLB alleinige Anteilsinhaberin.

Die tägliche Rückgabemöglichkeit der Anteile des Immobilienfonds LBIImmoInvest ist am Abschlussstichtag dahingehend beschränkt, dass bei Rückgabe der Anteile ein Rücknahmeabschlag erhoben wird, bei Rückgabe aller Anteile eine Liquidation des Sondervermögens erfolgt und/oder die Gesellschaft die Rücknahme der Anteile aus Liquiditätsgründen zum Schutze der Anleger befristet verweigern kann.

Die Rückgabe von Anteilen am Lip Real Estate Investment Fund ist nur nach Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten möglich. Des Weiteren kann der Fonds die Rücknahme aus Liquiditätsgründen zunächst für 12 Monate aussetzen mit dem Ziel, Objekte zu angemessenen Preisen zu verkaufen. Ist dies nicht möglich, folgt eine weitere Frist von 12 Monaten mit dem Ziel, Objekte maximal bis zu 10 % unter dem Verkehrswert zu verkaufen. Danach kann sich eine letzte weitere Frist von 12 Monaten anschließen; hierbei soll der Verkauf von Objekten bis zu 20 % unter Verkehrswert realisiert werden. Ist auch das nicht möglich, käme es zur Abwicklung des Fonds.

Bei dem Alsace Inter Régio Fonds d'Investissement (AIRFI) handelt es sich um einen Wagniskapitalfonds nach französischem Recht. Vom Investitionsvolumen stammen nach den gesetzlichen Bestimmungen jeweils 50 % aus dem öffentlichen und dem privaten Bereich. Der Fonds hat vor allem im Elsass und im Osten Frankreichs investiert, darüber hinaus sind Engagements in den angrenzenden deutschen und Schweizer Regionen möglich. Zielgesellschaften sind kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern und weniger als EUR 75,0 Mio. Bilanzsumme mit Wachstumspotenzial.

(5) PASSIVA

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2024 in TEUR	31.12.2023 in TEUR
Pos. 1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	188.566	210.924
	Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	100.496	113.992
Pos. 2	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	146	46
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.028	4.016
Pos. 3	Verbriefte Verbindlichkeiten		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
Pos. 4	Treuhandverbindlichkeiten		
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	53
Pos. 5	Sonstige Verbindlichkeiten		
	In dieser Position sind im Wesentlichen enthalten:		
	Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	2.453	2.740
	Erhaltene Optionsprämien	58.740	30.434
	Noch abzuführende Steuern und Sozialabgaben	3.087	3.343
	Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	526	-
	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	112	24
Pos. 6	Rechnungsabgrenzungsposten		
	Agioabgrenzung von Verbindlichkeiten	1.007	1.128
	Agioabgrenzung von begebenen Schuldverschreibungen	8.263	10.700
	Disagioabgrenzung aus Forderungen	15.766	13.708
	Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		
	darunter: im Voraus bezahlte Zinsen aus Zinsswaps	94.242	96.858
Pos. 8	Nachrangige Verbindlichkeiten		
	Namensschuldverschreibungen	178.800	186.800

Zu nachrangigen Verbindlichkeiten:

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann für diese Mittelaufnahmen nicht entstehen.

Keine Namensschuldverschreibung übersteigt 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten.

Alle nachrangigen Verbindlichkeiten haben unverändert eine Restlaufzeit von mehr als zwei Jahren.

Die Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten betragen TEUR 5.454 (Vorjahr: TEUR 5.734).

Im Falle eines Insolvenzverfahrens oder einer Liquidation erhalten die Gläubiger der nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger Rückzahlungen. Eine etwaige Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist nach den Vertrags- bzw. Anleihebedingungen nicht vorgesehen.

(6) FRISTENGLIEDERUNG DER BILANZPOSTEN NACH RESTLAUFZEITEN

Aktiva

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2024 in TEUR	31.12.2023 in TEUR
Pos. 3b)	Andere Forderungen an Kreditinstitute		
	Bis 3 Monate	362.299	577.695
	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	121.941	67.477
	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.000	3.005
	Mehr als 5 Jahre	2.000	0
Pos. 4	Forderungen an Kunden		
	Bis 3 Monate	535.995	695.773
	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	150.961	1.552.180
	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.881.042	5.128.111
	Mehr als 5 Jahre	9.631.754	6.467.876
	Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	288.377	174.200
Pos. 5	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
	Im folgenden Geschäftsjahr fällig werdende Beträge	134.324	76.150

Passiva

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2024 in TEUR	31.12.2023 in TEUR
Pos. 1b)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Bis 3 Monate	232.992	399.334
	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	657.896	572.773
	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.052.372	1.293.864
	Mehr als 5 Jahre	1.714.594	1.593.860
Pos. 2ab)	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – Spareinlagen		
	Bis 3 Monate	58	113
	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	9	261
	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1	1
	Mehr als 5 Jahre	0	0
Pos. 2bb)	Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	Bis 3 Monate	937.408	982.797
	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.477.713	1.456.311
	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	736.570	772.370
	Mehr als 5 Jahre	2.288.984	1.709.008
Pos. 3a)	Begebene Schuldverschreibungen		
	Im folgenden Geschäftsjahr fällig werdende Beträge	793.034	967.353

(7) LATENTE STEUERN

Die aktiven und passiven latenten Steuern verteilen sich auf folgende Posten:

in TEUR	31.12.2024		31.12.2023	
	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern
Forderungen	35.377	-	28.532	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	5.514	-	5.534
Beteiligungen	75	-	75	-
Sonstige Vermögensgegenstände	2.307	-	2.497	-
Sonstige Verbindlichkeiten	90	-	90	-
Rückstellungen	7.685	-	7.746	-
Summe latente Steuern	45.534	5.514	38.940	5.534

Der Ausweis erfolgt saldiert auf der Aktivseite mit TEUR 40.020 (31.12.2023: TEUR 33.407).

ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Im GuV-Posten 10 „Sonstige betriebliche Erträge“ sind u. a. Erträge aus Buchgewinnen auf Optionen bei Fälligkeit i. H. v. TEUR 2.955, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen i. H. v. TEUR 1.738, Beitragsrückerstattungen des Sparkassenverbands Saar i. H. v. TEUR 316, Erträge aus der Ausbuchung von verjährten Sparguthaben i. H. v. TEUR 682 sowie Rückerstattungen von Gerichts-, Anwalts- und Notariatskosten i. H. v. TEUR 114 enthalten.

Im GuV-Posten 13 „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind vor allem Abschreibungen auf Optionen bei Fälligkeit i. H. v. TEUR 2.740, Zinsen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen im Personalbereich i. H. v. TEUR 409, aus der Bildung von Rückstellungen für die kulanztweise Rückerstattung von verjährten Sparguthaben i. H. v. TEUR 600, Zinsen auf Verpflichtungen aus Steuernachzahlungen i. H. v. TEUR 508 sowie Aufwendungen aus Ausgleichsansprüche für den Außendienst i. H. v. TEUR 322 enthalten.

Die GuV-Position 22 „Außerordentliche Aufwendungen“ enthält den sich nach Art 67 Abs. 1 EGHGB ergebenden Jahresbetrag aus der Zuführung von bisher nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen (TEUR 345, vgl. Angabe 3).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen mit TEUR 23.562 auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit; auf Vorjahre entfallen Nachzahlungen i. H. v. TEUR 2.882.

Weitere Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung werden im Lagebericht Abschnitt Ertragslage vorgenommen.

SONSTIGE ANGABEN

(8) GEWINNVERWENDUNG

Der Jahresüberschuss beträgt EUR 41.411.200,73.

Von dem Jahresüberschuss sind vorab gem. § 18 Abs. 1 der Satzung (mindestens) 10 % den satzungsmäßigen Gewinnrücklagen zuzuführen. Für das Geschäftsjahr 2024 ergibt sich ein Zuführungsbetrag i. H. v. EUR 4.141.120,07.

Es verbleibt ein Bilanzgewinn i. H. v. EUR 37.270.080,66.

Gem. § 18 Abs. 2 der Satzung wird dem Verwaltungsrat folgende Gewinnverwendung vorgeschlagen:

in EUR	31.12.2024
Zuführung zu den anderen Gewinnrücklagen der SaarLB	27.920.080,66
Ausschüttung auf das Stammkapital	9.350.000,00
Summe	37.270.080,66

(9) NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Bilanzstichtag nicht ergeben.

(10) ANGABEN ZU SONSTIGEN FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN, DIE NICHT IN DER BILANZ ENTHALTEN SIND**Mietverhältnisse**

in TEUR	2024	2023
Künftige Mindestzahlungen aus Mietvereinbarungen (Restlaufzeiten)	3.365	4.821
Bis 1 Jahr	2.010	1.920
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.355	2.140
Mehr als 5 Jahre	-	761

Die Mietvereinbarungen betreffen Mieten für Immobilien sowie die Anmietung von Betriebs- und Geschäftsausstattung. Optionen sowie bedingte Mietzahlungen bestehen nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen betreffen:

in TEUR	31.12.2024	31.12.2023
Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen	-	7.448
Zahlungsverpflichtung gegenüber des Sicherungssystems der Sparkassenfinanzgruppe	11.938	10.366
Zahlungsverpflichtung gegenüber der Single Resolution Board	8.995	8.995

Die Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen betrafen im Vorjahr den Erwerb von weiteren Fondsanteilen.

Die Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Sicherungssystem der Sparkassenfinanzgruppe und der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung ergeben sich aus dem Sachverhalt, dass ein Teil der festgesetzten Jahresbeiträge in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsverpflichtungen erbracht werden können.

(11) SICHERHEITENÜBERTRAGUNG FÜR EIGENE VERBINDLICHKEITEN

Es wurden Vermögensgegenstände als Sicherheiten i. H. v. TEUR 632.361 übertragen. Diese betreffen zum einen die nachfolgend genannten Verbindlichkeiten:

in TEUR	31.12.2024	31.12.2023
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	195.892	162.697
Summe	195.892	162.697

Der Gesamtbetrag der Buchwerte der übertragenen Sicherheiten, die zur Teilnahme an Clearing-einrichtungen und standardisierten Börseneinrichtungen hinterlegt werden müssen, beträgt TEUR 322.281 (Vorjahr: TEUR 372.235).

Für Zwecke der sog. Bankenabgabe sowie des Sicherungssystems der Sparkassenfinanzgruppe sind TEUR 20.932 als Sicherheit übertragen.

(12) ANGABEN ZU NICHT ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BILANZIERTEN DERIVATIVEN FINANZGESCHÄFTEN

Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ist die Bank vor allem

- Zinsrisiken
- Währungsrisiken
- Aktien- und sonstigen Preisrisiken sowie
- Adressrisiken

ausgesetzt.

Diesen Risiken wird u. a. durch den Abschluss von Sicherungsgeschäften Rechnung getragen.

Die nachstehenden Tabellen zeigen die hierbei verwendeten derivativen Finanzinstrumente, deren Nominalbeträge, die Marktwerte sowie die Fristen- und Kontrahentenstruktur zum 31. Dezember 2024.

Dabei wurden als Marktwerte bei

- Börsenkontrakten die Marktpreise
- Optionsgeschäften anerkannte Optionspreismodelle mit aktuellen Parametern sowie
- bei sonstigen derivativen Geschäften Barwertmodelle einschließlich aktueller Zinsstrukturkurven

zugrunde gelegt.

Darstellung der Volumina

in TEUR	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	2024	2023	2024	2023	2024	2023
Zinsrisiken						
Zinsswaps	16.522.727	16.974.163	432.955		-587.336	
Swaptions	498.900	261.200	0		-47.942	
Caps, Floors	899.353	381.590	2.271		-2.278	
Zinsrisiken insgesamt	17.920.980	17.616.953	435.226		-637.556	
Währungsrisiken						
Devisentermingeschäfte	194.774	501.420	4.969		-4.883	
Währungsrisiken insgesamt	194.774	501.420	4.969		-4.883	
Summe	18.115.754	18.118.373	440.195		-642.439	

Fristengliederung

in TEUR	Nominalwerte			
	Zinsrisiken		Währungsrisiken	
	2024	2023	2024	2023
Restlaufzeiten				
Bis 3 Monate	336.853	1.051.890	129.002	84.267
Bis 1 Jahr	1.003.565	2.978.230	65.772	408.967
Bis 5 Jahre	6.081.666	4.455.308	0	8.186
Über 5 Jahre	10.498.896	9.131.525	0	0
Summe	17.920.980	17.616.953	194.774	501.420

Kontrahentengliederung

in TEUR	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	2024	2023	2024	2023	2024	2023
Banken in der OECD	15.028.951	15.137.444	327.031	345.997	-586.670	-561.219
Öffentliche Stellen in der OECD	777.680	706.802	31.657	27.153	-1.778	-2.297
Sonstige Kontrahenten ¹⁾	2.309.123	2.022.917	76.538	42.995	-49.108	-78.255
Summe	18.115.754	17.867.163	435.226	416.145	-637.556	-641.771

¹⁾ einschließlich Börsenkontrakte

Buchwerte bestehen im Hinblick auf gezahlte und erhaltene Optionsprämien in den Positionen „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“. Diese betreffen mit TEUR 3.020 gezahlte und mit TEUR 58.740 erhaltene Optionsprämien.

(13) ANGABEN ZU AUSSCHÜTTUNGSGESPERRTEN BETRÄGEN

in TEUR	31.12.2024	31.12.2023
Aktive latente Steuern	40.020	33.407
Unterschiedsbetrag Pensionsrückstellungen	411	504
Summe	40.431	33.911

Nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB besteht für den Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen und des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes eine Ausschüttungssperre.

(14) ZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Folgende Tabelle gibt die im Jahresdurchschnitt 2024 bei der SaarLB beschäftigten Mitarbeitenden wieder:

Durchschnittlicher Personalstand während des Berichtsjahres:

Jahresdurchschnitt	2024	2023
Beschäftigte insgesamt	486	498
darunter:		
Landesbausparkasse	89	93
davon männlich	35	38
davon weiblich	54	55
SaarLB France	15	17
davon männlich	8	9
davon weiblich	7	8
Männlich	245	247
Weiblich	241	251
Vollzeitbeschäftigte	280	274
Teilzeitbeschäftigte	206	224
Auszubildende	9	6

(15) BEZÜGE DES VORSTANDES UND DES VERWALTUNGSRATES

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betragen im Geschäftsjahr 2024 TEUR 1.714 (Vorjahr: TEUR 1.910), die des Verwaltungsrates TEUR 225 (Vorjahr: TEUR 225).

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen betragen zum 31. Dezember 2024 TEUR 29.041, der auch zurückgestellt ist. Die laufenden Versorgungsleistungen betragen TEUR 1.862.

(16) HONORAR FÜR DEN ABSCHLUSSPRÜFER

in TEUR	2024	2023
Abschlussprüfungsleistungen	998	1.205
davon für Vorjahre	-102	145
Andere Bestätigungsleistungen	110	167
davon für Vorjahre	4	1
Sonstige Leistungen	7	-
Summe	1.115	1.372

Die anderen Bestätigungsleistungen entfallen auf:

- Betriebswirtschaftliche Prüfungen im Zusammenhang mit dem durch das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe durchgeführten Risikomonitoring und mit der erweiterten Zusammenfassungsverrechnung nach Artikel 49 Abs. 3 Buchstabe a Ziffer i. V. m. CRR
- Leistungen im Zusammenhang mit der Verfahrensprüfung der Deutschen Bundesbank
- Leistungen bezüglich der Verbandsumlage
- Leistungen bezüglich IPS Finrep

(17) DRITTEN GEGENÜBER ERBRACHTE DIENSTLEISTUNGEN

Die Dritten gegenüber erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind von untergeordneter Bedeutung.

(18) PENSIONS- UND WERTPAPIERLEIHEGESCHÄFTE

Zum 31.12.2024 sind keine Wertpapierpensionsgeschäfte durchgeführt. Im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften wurden zum 31.12.2024 Wertpapiere i. H. v. TEUR 493.500 nominal (Vorjahr: TEUR 445.000) entliehen.

(19) DECKUNGSRECHNUNG FÜR DAS HYPOTHEKEN- UND DAS KOMMUNALKREDITGESCHÄFT**Weitergeführter Alt-Bestand nach § 51 PfandBG**

in TEUR	31.12.2024	31.12.2023
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten	10.000	25.000
Deckungswerte	24.976	32.152
davon:		
Forderungen an Kreditinstitute	500	2.000
Forderungen an Kunden	24.476	30.152
Deckungsüberhang	14.976	7.152

Bei den deckungspflichtigen Verbindlichkeiten handelt es sich um öffentliche Namensschuldverschreibungen. Die Fälligkeit dieses Alt-Bestands ist im Februar 2025.

Neubestand

Nominal- und Barwertdeckung Hypothekenpfandbriefe

§ 28 (1) Nr. 1, 3 und 7 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse (in Mio. EUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress	
	2024	2023	2024	2023	2024	2023
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs inklusive Derivate	709	671	708	647	666	608
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inklusive Derivate	1.247	1.087	1.273	1.074	1.182	995
% Fremdwährungsderivate von Passiva	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
% Zinsderivate von Passiva	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
% Fremdwährungsderivate von Aktiva	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
% Zinsderivate von Aktiva	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
Überdeckung in %	76 %	62 %	80 %	66 %	78 %	64 %
Gesetzliche Überdeckung	29	27	14	13		
Vertragliche Überdeckung	0	0	0	0		
Freiwillige Überdeckung	509	389	551	414		

Öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (1) Nr. 1, 3 und 7 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse (in Mio. EUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress	
	2024	2023	2024	2023	2024	2023
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs inklusive Derivate	3.835	3.324	3.822	3.129	3.250	2.688
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inklusive Derivate	4.879	4.578	5.007	4.538	4.332	3.923
% Fremdwährungsderivate von Passiva	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
% Zinsderivate von Passiva	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
% Fremdwährungsderivate von Aktiva	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
% Zinsderivate von Aktiva	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
Überdeckung in %	27 %	38 %	31 %	45 %	33 %	46 %
Gesetzliche Überdeckung	155	134	76	63		
Vertragliche Überdeckung	0	0	0	0		
Freiwillige Überdeckung	890	1.120	1.108	1.346		

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der Deckungsmassen

Zum 31.12.2024 ergibt sich hinsichtlich der Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe sowie der Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse Folgendes:

Hypothekendarpfandbriefe

§ 28 (1) Nr. 4 und 5 PfandBG Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist (in Mio. EUR)	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse		Fälligkeitsverschiebung	
	2024	2023	2024	2023	2024	2023
Bis zu 6 Monate	90	38	90	55	0	0
Mehr als 6 Monate bis zu 12 Monaten	90	80	99	100	0	0
Mehr als 12 Monate bis zu 18 Monaten	101	90	73	85	90	38
Mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	41	90	145	77	90	80
Mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	97	142	123	111	142	180
Mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	13	97	253	118	97	142
Mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	60	13	221	216	13	97
Mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	201	110	222	326	251	103
Über 10 Jahre	17	12	22	0	27	32

Öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (1) Nr. 4 und 5 PfandBG Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist (in Mio. EUR)	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse		Fälligkeitsverschiebung	
	2024	2023	2024	2023	2024	2023
Bis zu 6 Monate	175	130	192	225	0	0
Mehr als 6 Monate bis zu 12 Monaten	131	193	178	175	0	0
Mehr als 12 Monate bis zu 18 Monaten	105	175	164	160	175	130
Mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	54	131	166	166	131	193
Mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	113	159	319	281	159	306
Mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	373	113	401	294	113	159
Mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	375	373	283	352	373	113
Mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	1.734	1.385	1.262	1.166	1.390	1.724
Über 10 Jahre	776	667	1.915	1.759	1.496	700

Aufschlüsselung Hypothekenregister

Verteilung der Deckungswerte nach Größenklassen (in Mio. EUR)	2024	2023
Bis zu 300 TEUR	1	1
Mehr als 300 TEUR bis zu 1 Mio. EUR	19	21
Mehr als 1 Mio. EUR bis zu 10 Mio. EUR	444	442
Mehr als 10 Mio. EUR	720	573

Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (I) (§ 28 (2) Nr. 1b und 1c PfandBG) (in Mio. EUR)	2024	2023
Wohnwirtschaftlich	21	18
Gewerblich	1.163	1.018

Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (II) (§ 28 (2) Nr. 1b und 1c PfandBG) (in Mio. EUR)	Stichtag	Eigen- tumswoh- nungen	Ein- und Zwei- familien- häuser	Mehr- familien- häuser	Büro- gebäude	Handels- gebäude	Industrie- gebäude	Sonstige gewerb- lich genutzte Gebäude	Unfertige und noch nicht ertrags- fähige Neubau- ten	Bauplätze	Summe
Staat											
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2024	12	0	6	204	259	0	269	0	0	749
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2023	12	0	6	171	270	0	251	0	0	710
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2024	0	0	3	265	83	0	83	0	0	435
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2023	0	0	0	194	57	0	76	0	0	326
Summe	31.12.2024	12	0	9	469	342	0	352	0	0	1.184
Summe	31.12.2023	12	0	6	365	327	0	327	0	0	1.036

Rückständige Leistungen gem. § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG bestehen nicht.

Aufschlüsselung Deckungsregister für öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (3) Nr.1 PfandBG Gesamtbetrag der verwendeten Forderungen nach Größenklassen (in Mio. EUR)	2024	2023
Bis zu 10 Mio. EUR	1.300	1.195
Mehr als 10 Mio. EUR bis zu 100 Mio. EUR	3.195	2.961
Mehr als 100 Mio. EUR	384	422

§ 28 (3) Nr. 2 PfandBG Gesamtbetrag der verwendeten Forderungen nach Staaten und Schuldnerklassen (in Mio. EUR)	Stichtag	Staat		Regionale Gebiets- körperschaften		Örtliche Gebiets- körperschaften		Sonstige Schuldner		Summe	darin enthaltene Gewährlei- stungen aus Gründen der Export- förderung
		geschul- det von	gewähr- leistet von	geschul- det von	gewähr- leistet von	geschul- det von	gewähr- leistet von	geschul- det von	gewähr- leistet von		
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2024	0	0	266	122	2.140	209	245	15	2.998	0
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2023	0	0	108	130	2.089	207	312	6	2.853	0
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2024	85	0	0	0	1.564	13	220	0	1.882	0
Frankreich inkl. Monaco	21.12.2023	89	0	0	0	1.429	19	188	0	1.725	0
Summe	31.12.2024	85	0	266	122	3.704	222	466	15	4.880	0
Summe	31.12.2023	89	0	108	130	3.518	226	500	6	4.578	0

Rückständige Leistungen gem. § 28 Abs. 3 Nr. 3 PfandBG bestehen nicht.

Verteilung der Deckungswerte Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs (nominal)	2024		2023	
	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Gesamte Deckungsmasse	4.879	127	4.578	138
davon Ordentliche Deckung nach § 20 (1) PfandBG	4.879	127	4.578	138
davon Sichernde Überdeckung nach § 4 (1) PfandBG	108	3	93	3
davon Weitere Deckung nach § 20 (2) PfandBG	0	0	0	0
davon Sichernde Überdeckung nach § 20 (2) Nr. 3 PfandBG	0	0	0	0

Weitere Deckungswerte Hypothekendarlehen

§ 28 (1) Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen Staat (in Mio. EUR)	Ausgleichsforderungen i.S.d. §19 (1) Satz 1 Nr. 2a) und b) PfandBG				Forderungen i.S.d. §19 (1) Satz 1 Nr. 3a) bis c) PfandBG				Forderungen i.S.d. §19 (1) Nr. 4 PfandBG		Summe		
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschrei- bungen i.S.d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		Gesamt		davon gedeckte Schuldverschrei- bungen i.S.d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		2024	2023	2024	2023	
	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	
Bundesrepublik Deutschland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	64	51	64	51
Summe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	64	51	64	51

Öffentliche Pfandbriefe

Forderungen nach §§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10, 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3. a) bis c) sowie § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 PfandBG bestehen nicht.

Aufschlüsselung Deckungsregister für öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (3) Nr. 2 PfandBG Gesamtbetrag der verwendeten Forderungen nach Staaten und Schuldnerklassen (in Mio. EUR)	Stichtag	Staat		Regionale Gebiets- körperschaften		Örtliche Gebiets- körperschaften		Sonstige Schuldner		Summe	darin enthalten Gewährlei- stungen aus Gründen der Export- förderung
		geschul- det von	gewähr- leistet von	geschul- det von	gewähr- leistet von	geschul- det von	gewähr- leistet von	geschul- det von	gewähr- leistet von		
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2024	0	0	266	122	2.140	209	245	15	2.998	0
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2023	0	0	108	130	2.089	207	312	6	2.853	0
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2024	85	0	0	0	1.564	13	220	0	1.882	0
Frankreich inkl. Monaco	21.12.2023	89	0	0	0	1.429	19	188	0	1.725	0
Summe	31.12.2024	85	0	266	122	3.704	222	465	15	4.880	0
Summe	31.12.2023	89	0	108	130	3.518	226	500	6	4.578	0

Rückständige Leistungen gem. § 28 Abs. 3 Nr. 3 PfandBG bestehen nicht.

Kennzeichen der begebenen Pfandbriefe Hypothekendarlehen

Forderungen gem. § 28 Abs. 1 Nr. 12 PfandBG sind nicht im Bestand.

§ 28 (1) Nr. 13 PfandBG Kennzahlen	2024	2023
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	90 %	87 %
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	84 %	91 %

Deckungsmasse in Fremdwährung gem. § 28 Abs. 1 Nr. 14 PfandBG besteht nicht.

Weitere Kennzahlen		2024	2023
§ 28 (1) Nr. 11 PfandBG - Gesamtbetrag der Forderungen n. § 12 (1), die die Grenzen nach § 13 (1) Satz 2 2. Halbsatz PfandBG überschreiten	Mio. EUR	0	0
§ 28 (1) Nr. 11 PfandBG - Gesamtbetrag der Werte nach § 19 (1), die die Grenzen nach § 19 (1) Satz 7 überschreiten	Mio. EUR	0	0
§ 28 (2) Nr. 4 PfandBG - volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (seasoning)	Jahre	5	5
§ 28 (2) Nr. 3 PfandBG - durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	%	53 %	54 %
Ordentliche Deckung (nominal)	Mio. EUR	1.184	1.037
Anteil am Gesamtumlauf	%	167 %	154 %

Öffentliche Pfandbriefe

Forderungen gem. § 28 Abs. 1 Nr. 12 PfandBG sind nicht im Bestand.

§ 28 (1) Nr. 13 PfandBG Kennzahlen in %	2024	2023
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	76	77
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	100	99

Deckungsmasse in Fremdwährung gem. § 28 Abs. 1 Nr. 14 PfandBG besteht nicht.

Anteil Derivate

Wie im Vorjahr bestanden im Berichtsjahr keine Derivate.

Wie im Vorjahr bestanden im Berichtsjahr keine Zwangsversteigerungen und keine Zwangsverwaltungen sowie keine Grundstücksübernahmen zur Verhütung von Verlusten.

Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen

Wie im Vorjahr bestanden im Berichtsjahr keine rückständigen Zinsen.

(20) ANTEILSBESITZ

Den Anteilsbesitz der SaarLB gemäß § 285 Ziffer 11 HGB – soweit nicht von untergeordneter Bedeutung (§ 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB) – zum 31. Dezember 2024 zeigt folgende Aufstellung:

Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Eigenkapital in TEUR	Anteil am Kapital in %	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres in TEUR	
1.	LBS Vertriebs GmbH, Saarbrücken	25	100	-12	2023
2.	LBS Immobilien GmbH, Saarbrücken	300	100	-58	2023
3.	Gekoba-Gesellschaft für Gewerbe- und Kommunalbauten mbH, Saarbrücken	24.731	38	314	2023
4.	S-International Saar Pfalz GmbH & Co. KG, Saarbrücken	961	34	-229	2023
5.	Saarländische Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	8.135	33	232	2023
6.	Saarländische Wagnisfinanzierungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	5.643	30	-1.960	2023
7.	GSW-Saarländische Wohnungsbaugesellschaft mbH, Saarbrücken	15.651	29	883	2023
8.	NBV Beteiligungs GmbH, Hannover	12.056	21	733	2023
9.	Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken	70.161	19	1.850	2023
10.	Artelis S.A., Luxemburg	39.810	10	4.761	2023

Bei der folgenden großen Kapitalgesellschaft besteht eine Stimmrechtsquote von mehr als 5%:

- Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken

Mit den Unternehmen unter Nr. 1 und 2 bestehen Ergebnisabführungsverträge.

Bei folgendem Unternehmen ist die SaarLB unbeschränkt haftende Gesellschafterin:

- GLB GmbH & Co. OHG, An der Welle 4, 60422 Frankfurt/Main

(21) ORGANE DER SAARLB

Verwaltungsrat

Jan-Christian Dreesen

Vorsitzender des Vorstands
FC Bayern München AG
Vorsitzender (bis 31.01.2025)

Cornelia Hoffmann-Bethscheider

Präsidentin
Sparkassenverband Saar
Stellvertretende Vorsitzende

Jürgen Barke

Minister
Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitales und Energie, Saarland

Sarah Bennoit

Bankangestellte
Landesbank Saar

Stefan Crohn

Ministerium der Finanzen des Landes
Rheinland-Pfalz

Stefan Götz

Bankangestellter
Landesbank Saar

Frank Humburg

Bankangestellter
Landesbank Saar

Daniela Schlegel-Friedrich

Landrätin
Landkreis Merzig-Wadern

Thomas Schuh

Bankangestellter
Landesbank Saar

Prof. Dr. Wolfgang Wegener

Co-Chief Executive Officer
Becker Mining Systems AG

Jakob von Weizsäcker

Minister
Minister der Finanzen und
für Wissenschaft, Saarland

Stephan Wilcke

Unabhängiger Berufsaufsichtsrat,
Vorsitzender (ab 01.02.2025)

Elena Yorgova-Ramanauskas

Staatssekretärin
Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitales und Energie, Saarland
(ab 01.02.2025)

Beauftragte der Aufsichtsbehörde:

Viviane Kerger

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitales und Energie, Saarland

Vorstand

Dr. Thomas Bretzger
Vorsitzender des Vorstands

Gunar Feth
Stellvertretender Vorsitzender des
Vorstands

Frank Eloy
Mitglied des Vorstands

Maik Mittelberg
Mitglied des Vorstands
(seit 01.06.2024)

(22) BEZIEHUNGEN ZU NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Unternehmen und Personen gelten als nahe stehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahe stehenden Unternehmen und Personen der SaarLB gehören zum 31.12.2024:

- das Saarland sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen,
- alle Tochterunternehmen der Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- alle Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen der Tochterunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen der SaarLB,
- alle Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen der Tochterunternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene)
- alle Tochterunternehmen der assoziierten Unternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene)
- der Sparkassenverband Saar sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen
- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält; Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der SaarLB direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Hierzu zählen die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats der SaarLB sowie deren nahen Familienangehörigen.
- das Trägerunternehmen für Pensionspläne für SaarLB-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Die SaarLB unterhält geschäftliche Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen. Geschäfte mit diesen Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Eine Auflistung der wesentlichen Beteiligungsunternehmen der SaarLB befindet sich in der Aufstellung des Anteilsbesitzes, vgl. (18).

Der Gesamtbetrag der den Vorstands- bzw. Verwaltungsratsmitgliedern der SaarLB erhaltenen Einlagen stellt sich wie folgt dar (wie zum Vorjahresstichtag keine gewährten Kredite):

in TEUR	31.12.2024	31.12.2023
Verbindlichkeiten	331	237
Mitglieder des Vorstandes SaarLB	2	1
Personen in Schlüsselpositionen	173	95
Mitglieder des Verwaltungsrates SaarLB	156	141

Von nahen Familienangehörigen hat die SaarLB Einlagen i. H. v. TEUR 308 (31.12.2023 TEUR 215) erhalten, Forderungen bestanden wie im Vorjahr keine.

(23) MANDATE VON VORSTANDSMITGLIEDERN UND MITARBEITENDEN IN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSGREMIEN

Während des Berichtsjahres bestanden folgende Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (einschl. aller Kreditinstitute, unabhängig von deren Rechtsform):

Frank Eloy

Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken

mediserv Bank GmbH, Saarbrücken

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Landesbank Saar so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Saar beschrieben sind.

Saarbrücken, 07. März 2025

Landesbank Saar

Der Vorstand

Dr. Thomas Bretzger

Gunar Feth

Frank Eloy

Maik Mittelberg

ANLAGE ZUM JAHRESABSCHLUSS

Offenlegung nach § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

Die SaarLB betreibt eine Niederlassung in Frankreich mit Sitz in Straßburg, der mehrere „Centre d’Affaires“ zugeordnet sind.

Folgende Angaben sind vorzunehmen:

	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023
Firmenbezeichnung	Landesbank Saar	Landesbank Saar	Landesbank Saar	Landesbank Saar
Art der Tätigkeit	Betreiben von Bankgeschäften	Betreiben von Bankgeschäften	Betreiben von Bankgeschäften	Vermittlung von Kreditgeschäft
geografische Lage	Deutschland	Deutschland	Frankreich	Frankreich
Umsatz ¹⁾	605.737	530.902	5.239	5.253
Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten	417	431	14	14
Gewinn vor Steuern ¹⁾	64.474	56.359	500	493
Steuern auf Gewinn ¹⁾	23.261	24.664	129	129
erhaltene öffentliche Beihilfen	0	0	0	0

¹⁾ Der Umsatz ergibt sich als Summe aus den Zins- und Provisionserträgen sowie den sonstigen betrieblichen Erträgen. Die LBS ist in der Landesbank Saar Deutschland enthalten.

Offenlegung nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG

Die Kapitalrendite in der Definition nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) beträgt 0,22 % (31.12.2023: 0,18 %).

ESEF-UNTERLAGEN DER LANDESBANK SAAR ZUM 31. DEZEMBER 2024

Die für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts („ESEF-Unterlagen“) mit dem Dateinamen „2025-03-11 JA.zip“ (SHA256-Hashwert: 58f114cf9f920f6c299d50eccedd67fe4cec6ce5909727b3c4f8f77ec28877d4) stehen im geschützten Mandanten Portal für den Emittenten zum Download bereit.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Landesbank Saar, Saarbrücken

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Landesbank Saar, Saarbrücken, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024, der Gewinn- und Verlustrechnung, der Kapitalflussrechnung und dem Eigenkapitalpiegel für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Landesbank Saar für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und RechKredV und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt des öffentlichen Rechts. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU- APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach

diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Anstalt des öffentlichen Rechts unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

■ Angemessenheit der Einzelwertberichtigungen für Forderungen an Kunden

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Landesbank Saar, Saarbrücken, für Einzelwertberichtigungen verweisen wir auf den Abschnitt „Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ in Absatz (4) des Anhangs der Landesbank Saar, Saarbrücken. Bezüglich der Erläuterung des Risikomanagementsystems verweisen wir auf den Abschnitt „Risikobericht“ des Lageberichts.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Bank weist im Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ zum Abschlussstichtag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Risikovor-sorge in Höhe von EUR 14.488 Mio aus. Das entspricht ca. 78,5 % der Bilanzsumme. Im Geschäftsjahr 2024 hat die Bank den Einzelwertberichtigungen für Adressenausfallrisiken einen Betrag in Höhe von insgesamt EUR 21,7 Mio neu zugeführt.

Die Ermittlung der Wertberichtigungen für bonitätsbeeinträchtigte Forderungen an Kunden ist ermessensbehaftet. Sie erfordert Annahmen über die noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme aus Zins- und Tilgungsleistungen des Kreditnehmers sowie aus der Verwertung von gestellten Kreditsicherheiten. Zu den wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parametern zählen insbesondere die Engagementstrategie (Fortführungs- oder Verwertungsszenarien), sowie, in Abhängigkeit von den Verhältnissen des Einzelfalls, die Entwicklung der für die jeweiligen Kreditkunden relevanten Beschaffungs- und Absatzmärkte oder ggf. die Erfolgsaussichten von Reorganisations- oder Sanierungskonzepten der Kunden bzw. im Verwertungsszenario die voraussichtlich erzielbaren Zuflüsse aus der Sicherheitenverwertung.

Für unsere Prüfung war es daher von Bedeutung, dass angemessene Kriterien zur Identifizierung von Engagements mit Bonitätsbeeinträchtigung festgelegt werden und eine Identifizierung solcher Engagements prozessual sichergestellt ist. Darüber hinaus war es für unsere Prüfung

von Bedeutung, dass bei der Ermittlung der Einzelwertberichtigung sachgerechte Annahmen, insbesondere hinsichtlich der Engagementstrategie und der Höhe der erwarteten Zahlungsströme getroffen werden. Fehlerhafte Annahmen hierüber können dazu führen, dass den akuten Adressenausfallrisiken nicht in angemessener Höhe Rechnung getragen wird und die Forderungen somit unzutreffend bewertet sind.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Unter Anwendung des risikoorientierten Prüfungsansatzes haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte Prüfungshandlungen als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt.

In einem ersten Schritt haben wir uns einen umfassenden Einblick in die Entwicklung des Kreditportfolios, die damit verbundenen adressenausfallbezogenen Risiken, die verwendeten Methoden und Modelle sowie das interne Kontrollsystem in Bezug auf die Überwachung und Bewertung der Adressenausfallrisiken im Kreditportfolio verschafft. Für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems in Bezug auf die Festlegung von Engagementstrategien und die Bestimmung der weiteren wertbestimmenden Annahmen haben wir Befragungen durchgeführt und Einsicht in die relevanten Unterlagen genommen, um die in dieser Hinsicht relevanten Kontrollen zu identifizieren.

Anschließend haben wir uns von der Ausgestaltung und anhand von Stichproben von der Wirksamkeit dieser Kontrollen überzeugt. Für die dabei zum Einsatz kommenden IT-Systeme haben wir die Wirksamkeit der System- und Anwendungssteuerung unter Einbindung unserer IT-Spezialisten überprüft. Sofern wir Feststellungen zur Angemessenheit oder Wirksamkeit einzelner Kontrollen getroffen haben, haben wir Art und Umfang aussagebezogener Prüfungshandlungen erweitert.

Anhand einer unter Wesentlichkeits- und Risikogesichtspunkten bestimmten bewussten Auswahl von Einzelengagements haben wir untersucht, ob bei den ausgewählten Engagements Kriterien vorliegen, die auf einen Einzelwertberichtigungsbedarf hindeuten. Darauf aufbauend haben wir insbesondere die Annahmen über die noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme und/oder die erwarteten Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten überprüft. Dabei haben wir, soweit dies auf den Sachverhalt zutraf und zur Beurteilung der Werthaltigkeit von Bedeutung war, die von der Landesbank Saar herangezogenen Wertgutachten externer Gutachter genutzt und anhand öffentlich verfügbarer Informationen beurteilt, ob deren Annahmen in sachgerechter Weise aus geeigneten internen und externen Quellen abgeleitet wurden. Abschließend haben wir nachvollzogen, ob erforderliche Einzelwertberichtigungen rechnerisch richtig ermittelt wurden.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Kriterien zur Identifizierung von Engagements mit Einzelwertberichtigungsbedarf sowie die wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parameter bezüglich der Höhe der noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme und/oder über die Höhe der zu erwartenden Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten wurden sachgerecht ausgewählt und im Einklang mit den für die Bemessung von Einzelwertberichtigungen anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen verwendet.

■ Angemessenheit der Angemessenheit der Pauschalwertberichtigung nach IDW RS BFA 7

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Landesbank Saar für die Pauschalwertberichtigung verweisen wir auf den Abschnitt „Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ in Absatz (4) des Anhangs der Landesbank Saar. Bezüglich der Erläuterung des Risikomanagementsystems verweisen wir auf den Abschnitt „Risikobericht“ des Lageberichts.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Bank weist im Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ zum Abschlussstichtag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Risikovorsorge in Höhe von EUR 14.488 Mio, Eventualverbindlichkeiten in Höhe von EUR 394,4 Mio sowie unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von EUR 1.007,7 Mio aus. Diese Bestände bilden die Basis zur Bildung der Pauschalwertberichtigung unter Beachtung der „IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung. Risikovorsorge von Pauschalwertberichtigungen für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft von Kreditinstituten („Pauschalwertberichtigungen“)“ (IDW RS BFA 7). Die Pauschalwertberichtigung für latente Ausfallrisiken (PWB) im Kreditgeschäft beträgt zum Stichtag EUR 21,7 Mio.

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung zur Abdeckung des latenten Ausfallrisikos von Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie von Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen erfolgt bei der Bank gemäß IDW RS BFA 7 nach einem parameterbasierten Ansatz auf Basis eines Expected-Loss-Modells. Zu den wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parametern zur Bemessung dieser Ausfallrisiken zählen insbesondere die kreditnehmer-spezifische Ausfallwahrscheinlichkeit, die Verlustquote bei Eintritt des Ausfallereignisses sowie Annahmen über die erwartete Abrufquote bei Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen, die in hohem Maße ermessensbehaftet sind.

Da die Schätzungen bzw. Ermessensausübungen unter Unsicherheit vorzunehmen sind und einen bedeutsamen Einfluss auf die Höhe der erforderlichen Pauschalwertberichtigung haben, war es im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, dass die wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parameter sachgerecht abgeleitet werden und ordnungsgemäß in dem Expected-Loss-Modell verarbeitet werden, sodass den latenten Adressenausfallrisiken entsprechend der handelsrechtlichen Grundsätze einer vorsichtigen Bewertung Rechnung getragen wird.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Basierend auf unserer Risikoeinschätzung im Hinblick auf die Beurteilung der Fehlerrisiken haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte Prüfungshandlungen als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt.

In einem ersten Schritt haben wir uns einen umfassenden Einblick in die Entwicklung des Kreditportfolios, die damit verbundenen adressenausfallbezogenen Risiken, die verwendeten Methoden und Modelle sowie das interne Kontrollsystem in Bezug auf die Überwachung und Bewertung der latenten Adressenausfallrisiken im Kreditportfolio verschafft.

Für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems in Bezug auf die Modellierung und Kalibrierung der wertbestimmenden Annahmen und Parameter haben wir Befragungen durchgeführt und Einsicht in die relevanten Unterlagen genommen, um die in dieser Hinsicht relevanten Kontrollen zu identifizieren. Anschließend haben wir die Angemessenheit, die ordnungsgemäße Implementierung und anhand von Stichproben die Wirksamkeit dieser Kontrollen geprüft. Unsere Prüfungshandlungen umfassten unter anderem Kontrollen hinsichtlich der Herleitung, Validierung und Genehmigung der verwendeten Parameter sowie der ordnungsgemäßen Anwendung der eingerichteten Ratingverfahren, um eine unter kaufmännischen Gesichtspunkten sachgerechte Schätzung der kreditnehmerindividuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten zu ermöglichen. Für die dabei zum Einsatz kommenden IT-Systeme haben wir die Angemessenheit des IT-Umfelds sowie die Wirksamkeit der allgemeinen IT-Kontrollen unter Einbindung unserer KPMG IT-Spezialisten überprüft. Sofern wir Feststellungen zur Angemessenheit oder Wirksamkeit einzelner Kontrollen getroffen haben, haben wir Art und Umfang aussagebezogener Prüfungshandlungen erweitert.

Darauf aufbauend haben wir in einem zweiten Schritt aussagebezogene Prüfungshandlungen vorgenommen, die u. a. das Nachvollziehen der Validierungsergebnisse der eingesetzten Risikoklassifizierungsmodelle, die stichprobenartige Überprüfung der Datenqualität der zur PWB-Berechnung verwendeten Parameter sowie die Nachberechnung der modellhaft ermittelten PWB beinhalteten.

Abschließend haben wir die zutreffende Erfassung der Pauschalwertberichtigung im Rechnungslegungssystem und im Abschluss der Bank geprüft.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die der Bewertung der Pauschalwertberichtigung nach IDW RS BFA 7 zugrunde liegenden wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parameter wurden sachgerecht hergeleitet und ordnungsgemäß in dem PWB-Berechnungsmodell im Einklang mit anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen einer vorsichtigen Bewertung verarbeitet.

Sonstige Informationen

Der Vorstand ist für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts:

- den uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung stehenden gesonderten nichtfinanziellen Bericht, auf den im Lagebericht Bezug genommen wird, und
- die Erklärung zur Unternehmensführung, auf die im Lagebericht Bezug genommen wird.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung des Vorstands und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und RechKredV in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt des öffentlichen Rechts vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Anstalt des öffentlichen Rechts zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt des öffentlichen Rechts vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Anstalt des öffentlichen Rechts zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt des öffentlichen Rechts vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschluss-

prüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Anstalt des öffentlichen Rechts bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Anstalt des öffentlichen Rechts zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Anstalt des öffentlichen Rechts ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt des öffentlichen Rechts vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Anstalt des öffentlichen Rechts.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach § 317 Abs. 3a HGB

Wir haben gemäß § 317 Abs. 3a HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchgeführt, ob die in der bereitgestellten Datei „2025-03-11 JA.zip“ (SHA256-Hashwert: 58f114cf9f920f6c299d50eccedd67fe4cec6ce5909727b3c4f8f77ec28877d4) enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts (im Folgenden auch als „ESEF-Unterlagen“ bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat („ESEF-Format“) in allen wesentlichen Belangen entsprechen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich diese Prüfung nur auf die Überführung der Informationen des Jahresabschlusses und des Lageberichts in das ESEF-Format und daher weder auf die in diesen Wiedergaben enthaltenen noch auf andere in der oben genannten Datei enthaltene Informationen.

Nach unserer Beurteilung entsprechen die in der oben genannten bereitgestellten Datei enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts in allen wesentlichen Belangen den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat. Über dieses Prüfungsurteil sowie unsere im voranstehenden „Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ enthaltenen Prüfungsurteile zum beigefügten Jahresabschluss und zum beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 hinaus geben wir keinerlei Prüfungsurteil zu den in diesen Wiedergaben enthaltenen Informationen sowie zu den anderen in der oben genannten Datei enthaltenen Informationen ab.

Wir haben unsere Prüfung der in der oben genannten bereitgestellten Datei enthaltenen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3a HGB unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3a HGB (IDW PS 410 (06.2022)) durchgeführt. Unsere Verantwortung danach ist nachstehend weitergehend beschrieben. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat den IDW Qualitätsmanagementstandard: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) angewendet.

Der Vorstand der Anstalt des öffentlichen Rechts ist verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB.

Ferner ist der Vorstand der Anstalt des öffentlichen Rechts verantwortlich für die internen Kontrollen, die er als notwendig erachtet, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Prozesses der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die ESEF-Unterlagen frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB sind. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – Verstöße gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.
- gewinnen wir ein Verständnis von den für die Prüfung der ESEF-Unterlagen relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Kontrollen abzugeben.

- beurteilen wir die technische Gültigkeit der ESEF-Unterlagen, d. h. ob die die ESEF-Unterlagen enthaltende bereitgestellte Datei die Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der zum Abschlussstichtag geltenden Fassung an die technische Spezifikation für diese Datei erfüllt.
- beurteilen wir, ob die ESEF-Unterlagen eine inhaltsgleiche XHTML-Wiedergabe des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften Lageberichts ermöglichen.

Übrige Angaben gemäß Art. 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 14. September 2023 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 6. August 2024 vom Verwaltungsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2019 als Abschlussprüfer der Landesbank Saar tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Art. 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Sonstiger Sachverhalt – Verwendung des Bestätigungsvermerks

Unser Bestätigungsvermerk ist stets im Zusammenhang mit dem geprüften Jahresabschluss und dem geprüften Lagebericht sowie den geprüften ESEF-Unterlagen zu lesen. Der in das ESEF-Format überführte Jahresabschluss und Lagebericht – auch die in das Unternehmensregister einzustellenden Fassungen – sind lediglich elektronische Wiedergaben des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften Lageberichts und treten nicht an deren Stelle. Insbesondere ist der ESEF-Vermerk und unser darin enthaltenes Prüfungsurteil nur in Verbindung mit den in elektronischer Form bereitgestellten geprüften ESEF-Unterlagen verwendbar.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Klaus-Ulrich Pfeiffer.

Saarbrücken, den 13. März 2025

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Pfeiffer	Ketzler
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

GEWINNVERWENDUNGSBESCHLUSS

Der Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2024 in Höhe von EUR 37.270.080,66 wird in Höhe von EUR 27.920.080,66 der anderen Gewinnrücklage der SaarLB zugeführt und in Höhe von EUR 9.350.000,00 als Dividende ausgeschüttet.

BERICHT DES VERWALTUNGSRATES

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Verwaltungsrat die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat auch im Jahr 2024 regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Entwicklung der Bank und der Landesbausparkasse informiert. Darüber hinaus hat sich der Verwaltungsrat regelmäßig mit strategischen Themen und Zukunftsthemen befasst. Die Geschäftspolitik der Landesbank Saar und grundsätzliche Fragen der Unternehmensentwicklung wurden zwischen Verwaltungsrat und Vorstand intensiv erörtert. Der Verwaltungsrat war in Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung eingebunden und hat – soweit erforderlich – seine Zustimmung erteilt.

Darüber hinaus stand der Vorsitzende des Verwaltungsrates sowie auch viele Mitglieder in regelmäßigem und intensivem Austausch mit dem Vorstand der SaarLB.

Im Berichtsjahr fand sich der Verwaltungsrat zu insgesamt vier Sitzungen zusammen. Die gemäß Ziffer 72 des Public Corporate Governance Kodex des Saarlandes erforderliche Darstellung der Sitzungsteilnahme an den Verwaltungsratssitzungen und seinen Ausschüssen ist als Anlage beigefügt. In allen Sitzungen hat der Vorstand zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bank und der Landesbausparkasse informiert. Hierunter fallen auch die Entwicklung von Erträgen und Aufwendungen, die Risikosituation und die Kapitalquoten. Die vierteljährlichen MaRisk-Risikoberichte wurden nach Erörterung durch den Risikoausschuss dem Verwaltungsrat regelmäßig zur Kenntnis gegeben. Darüber hinaus haben die Ausschussvorsitzenden regelmäßig über die Arbeit in den Ausschüssen informiert. Weitere Themenschwerpunkte in 2024 waren die kontinuierliche Berichterstattung über die Initiative perspective2025, Berichte über die Auswirkungen von Basel IV, Berichte über den OpRisk-Schadenfall „Steuern“, der Verkauf der LBS Vertriebs GmbH an die LBS Immobilien GmbH sowie Anpassungen an der Geschäftsordnung des Vergütungskontrollausschusses sowie der Geschäftsanweisung für den Vorstand. Darüber hinaus hat sich das Gremium mit der Neubesetzung der Risikocontrolling-Funktion befasst sowie den Wirtschaftsbeirat der Bank für die neue Amtszeit gewählt. An allen Sitzungen des Verwaltungsrates mit Ausnahme der Juni-Sitzung hat regelmäßig auch die Sparkassenaufsicht teilgenommen; die Bankenaufsicht war in der März- als auch in der Dezembersitzung per Video zugeschaltet.

Nachfragen des Verwaltungsrates hat der Vorstand unverzüglich und zur Zufriedenheit des Verwaltungsrates beantwortet.

Der langjährige Vorsitzende des Verwaltungsrates, Herr Jan-Christian Dreesen, informierte im IV. Quartal 2024 die Gremien und den Vorstand, dass er aus persönlichen Gründen zum 31.01.2025 seine Mandate in den Gremien der Bank niederlegt. Die durch das Ausscheiden von Herrn Dreesen vakante Position im Verwaltungsrat wurde mit Wirkung zum 01.02.2025 durch Frau Staatssekretärin Elena Yorgova-Ramanauskas nachbesetzt. Ein entsprechender Beschluss der Hauptversammlung wurde im Rahmen eines Umlaufverfahrens gefasst. Im Rahmen eines Umlaufverfahrens des Verwaltungsrates wurde Herr Stephan Wilcke zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates gewählt. Im Rahmen eines weiteren Umlaufverfahrens des Verwaltungsrates erfolgte mit Beschluss vom 30.01.2025 eine Nachwahl in die Ausschüsse des Verwaltungsrates der SaarLB.

Der Verwaltungsrat hat die Hauptversammlung sowie den Präsidialausschuss im Rahmen des Prozesses der Nachfolgeregelung des zum 31.03.2025 ausscheidenden Vorstandsvorsitzenden

der SaarLB, Herrn Dr. Thomas Bretzger, federführend und erfolgreich begleitet. Neuer Vorstandsvorsitzender der SaarLB wird mit Wirkung zum 01.04.2025 Herr Dr. Jochen Sutor.

In der Sitzung am 22.03.2024 berichteten der Vorstand und die Jahresabschlussprüfer umfassend zum Geschäftsjahr 2023. Auf Basis der Empfehlung des Prüfungsausschusses stellte der Verwaltungsrat den Jahresabschluss der Bank und der Landesbausparkasse fest. Die gesonderte nichtfinanzielle Erklärung sowie den zugehörigen Prüfungsbericht der Internen Revision nahm der Verwaltungsrat zur Kenntnis. Darüber hinaus erläuterte der Vorstand entsprechend dem Wunsch des Verwaltungsrates aus der Sitzung vom 23.11.2023 die wesentlichen Auswirkungen von Basel IV auf die Bank. Der Verwaltungsrat beschloss eine Anpassung der Geschäftsordnung für den Vergütungskontrollausschuss.

In der Sitzung am 26.06.2024 befasste sich der Verwaltungsrat mit den MaRisk-Risikoberichten der Bank und der LBS zum 31.03.2024. Des Weiteren nahm der Verwaltungsrat Kenntnis von der Geschäftsentwicklung sowie von der Kapitalentwicklung im bisherigen Jahresverlauf. Weitere Themen waren Berichte zum Benchmarking, zur Initiative perspective2025 sowie ein Update zu den Auswirkungen von Basel IV. Der Verwaltungsrat beschloss eine Nachfolgeregelung für den Wirtschaftsbeirat der SaarLB sowie aufgrund des Eintritts von Herrn Maik Mittelberg zum 01.06.2024 als viertes Vorstandsmitglied eine Anpassung der Geschäftsanweisung für den Vorstand.

In der Sitzung am 11.09.2024 befasste sich der Verwaltungsrat turnusgemäß mit dem Halbjahresabschluss der Bank. Darüber hinaus nahm der Verwaltungsrat Kenntnis von der Geschäftstätigkeit im Jahresverlauf 2024, vom aktuellen Stand der Initiative perspective2025, von einer geplanten Anpassung der Geschäfts- und Risikostrategie, von den Prüfungsergebnissen und den Handlungsempfehlungen zum Sachverhalt OpRisk-Schadenfall „Steuern“, von der vorgesehenen Neubesetzung der Risikocontrolling-Funktion sowie von der Besetzung der Bereichsleiterstelle „Organisation und IT“.

Schwerpunktthemen der Sitzung am 02.12.2024 waren die Erörterung und Kenntnisnahme der Geschäfts- und Risikostrategie sowie der IT-Strategie für das Jahr 2025 sowie die Verabschiedung der Planung für das Jahr 2025. Darüber hinaus erörterte der Verwaltungsrat die Ergebnisse der jährlichen Evaluierung des Verwaltungsrates und nahm Kenntnis vom aktuellen Stand der Initiative perspective2025, vom dem turnusgemäßen Bericht zu den Sonderprüfungen, vom Update zum OpRisk-Schadenfall „Steuern“ sowie vom Verkauf der LBS Vertriebs GmbH von der SaarLB an die LBS Immobilien GmbH. Der Verwaltungsrat beschloss die Besetzung des Wirtschaftsbeirates für die neue Amtszeit vom 01.01.2025 bis 31.12.2027 sowie die Bestellung / Verlängerung des Vergütungsbeauftragten und dessen Vertreter.

Der Risikoausschuss traf sich im Berichtsjahr zu vier Sitzungen. Er befasst sich mit allen wesentlichen Fragen in Zusammenhang mit der Risikostrategie und Risikosituation von Bank und Landesbausparkasse. Im Rahmen der regelmäßigen Risikoanalyse des Kreditportfolios befasste sich der Risikoausschuss in den beiden Sitzungen im ersten Halbjahr mit Updates zu dem Sonderthema Gewerbliche Immobilienfinanzierungen (inklusive Signa / Benko) sowie einem weiteren Fokus-Thema „Krankenhäuser“. Der Vorstand hat regelmäßig mit dem Risikoausschuss die MaRisk-Risikoberichte von Bank und Landesbausparkasse besprochen. Der Risikoausschuss beschloss das Verfahren der Risikoberichterstattung sowie die zustimmungsbedürftigen Einzelkredite und überwachte die Übereinstimmung der Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der Bank.

Darüber hinaus überprüfte er, dass die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der SaarLB sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen angemessen berücksichtigen. In der September-Sitzung nahm der Risikoausschuss Kenntnis von den Prüfungsergebnissen und den Handlungsempfehlungen zum Sachverhalt OpRisk-Schadenfall „Steuern“ und in der Dezember-Sitzung Kenntnis von der Anpassung der Geschäfts- und Risikostrategie für das Geschäftsjahr 2025 sowie von der vorgesehenen Neubesetzung der Risikocontrolling-Funktion. Aufgrund des Ausscheidens von Herrn Dreesen aus seinen Ämtern in der SaarLB zum 31.01.2025 wurde im Rahmen eines Umlaufverfahrens Herr Stephan Wilcke mit Wirkung zum 01.02.2025 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Risikoausschusses gewählt.

Der Prüfungsausschuss tagte im Berichtszeitraum zweimal und behandelte in den Sitzungen insbesondere Fragen der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses. Er überwachte die Abschlussprüfung und die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Der Prüfungsausschuss erörterte mit dem Vorstand die Berichte der Internen Revision, den Bericht zur Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen, den Bericht zur Compliance-Funktion gemäß BT 1.2.2 der MaComp, den Bericht zur MaRisk-Compliance-Funktion, den Bericht der betrieblichen Datenschutzbeauftragten, den Bericht über das Informationssicherheitsmanagement und die Berichte über Nichtprüfungsleistungen. Darüber hinaus beschäftigte sich der Prüfungsausschuss mit einer BaFin-Sonderprüfung gemäß § 44 Abs. 1 Satz 2 KWG (IRB-Ansatz-Ratingsystem Länder- und Transferrisiko), den Prüfungsergebnissen und den Handlungsempfehlungen zum Sachverhalt OpRisk-Schadenfall „Steuern“, der personellen Ausstattung von Schlüsselpositionen im Bereich Finanzen und Controlling sowie der Prüfungsbefreiung gemäß § 89 Abs. 1 Satz 3 WpHG. Aufgrund des Ausscheidens von Herrn Dreesen aus seinen Ämtern in der SaarLB zum 31.01.2025 wurde im Rahmen eines Umlaufverfahrens Frau Staatssekretärin Elena Yorgova-Ramanauskas mit Wirkung zum 01.02.2025 zur Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gewählt. Der bisherige Vorsitzende, Herr Stephan Wilcke, der mit Wirkung zum 01.02.2025 den Vorsitz des Verwaltungsrates übernommen hat, wurde ab diesem Zeitpunkt einfaches Mitglied des Prüfungsausschusses.

Themenschwerpunkte des Vergütungskontrollausschusses sowohl in der März- als auch in der Dezembersitzung waren Aktualisierungen der Risikoträgeranalyse sowie weitere Änderungen beziehungsweise Ergänzungen des Vergütungssystem für Mitarbeiter und Risikoträger. In der Sitzung am 02.12.2024 befasste sich der Vergütungskontrollausschuss zudem mit der Bestellung / Verlängerung des Vergütungsbeauftragten und dessen Stellvertreter.

Die Weiterbildung der Mitglieder des Verwaltungsrates im Jahr 2024 erfolgte im Juni durch eine Partnerin der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte zum Thema „Nachhaltigkeit in Regulatorik und Praxis mit erweiternden Fokus auf CSRD“ und im Dezember durch einen Referenten der VÖB Service GmbH zu dem Thema „Umsetzung DORA und aktuelle Entwicklungen im Bereich IT-Aufsicht“.

Die Organe der Bank haben in ihren Sitzungen am 14. März 2025 die Einhaltung der unternehmenseigenen Corporate Governance-Grundsätze, zu denen sich die SaarLB freiwillig verpflichtet hat, erörtert und festgestellt, dass keine Anhaltspunkte bekannt sind, die im Geschäftsjahr 2024 einer Einhaltung dieser Grundsätze widersprechen.

Den Lagebericht und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 sowie den Vorschlag für die Gewinnverwendung hat der Verwaltungsrat mit dem Vorstand beraten.

Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2024 wurden durch den Abschlussprüfer, die KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und erhielten den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Verwaltungsrat hat das Prüfungsergebnis zustimmend zur Kenntnis genommen und den HGB-Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 am 14. März 2025 festgestellt. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Im Namen der Mitglieder des Verwaltungsrates danke ich den Kunden und Geschäftspartnern der SaarLB und der Landesbausparkasse für das entgegengebrachte Vertrauen in diesem erneut durch Krisen belasteten Geschäftsjahr. Darüber hinaus dankt der Verwaltungsrat den Mitgliedern des Vorstandes und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SaarLB und der Landesbausparkasse für die im Geschäftsjahr 2024 geleistete Arbeit und ihren großen persönlichen Einsatz.

Saarbrücken, 14. März 2025

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates
Stephan Wilcke

Anlage zum Bericht des Verwaltungsrates vom 14. März 2025

Gremiensitzungen 2024 – Sitzungsteilnahme

	Name	VR 22.03.	VR 26.06.	VR 11.09.	VR 02.12.	PrüfA 22.03.	PrüfA 11.09.	VergkA 22.03.	VergkA 02.12.	RA 15.03.	RA 26.06.	RA 11.09.	RA 02.12.
Mitglieder Verwaltungsrat und Ausschüsse	Barke, Jürgen	X	X	X	X			X	X	X ¹⁾	X	X	X
	Bennoit, Sarah	X	X	X	X			X	X				
	Crohn, Stefan	X	X	X	X								
	Dreesen, Jan-Christian	X	X	---	X ²⁾	X	---	X	X	X	X ³⁾	---	X
	Götz, Stefan	X	X	X	X			X	X				
	Hoffmann-Bethscheider, Cornelia	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
	Humburg, Frank	X	X	X	X					X	X	X	X
	Schlegel-Friedrich, Daniel	X	X	X	X					X	X ⁴⁾	X	X
	Schuh, Thomas	X	X	X	X	X	X						
	Wegner, Prof. Dr. Wolfgang	X	X	---	X								
	von Weizsäcker, Jakob	X	---	---	X			X	X	X	X	---	X
	Wilcke, Stephan	X	X	X	X	X	X	Gast	Gast	X ⁵⁾	X	X	X

Teilnahme: X

keine Teilnahme, entschuldigt: ---

nicht Mitglied des Gremiums: ■

¹⁾ bis einschließlich TOP 2c)

²⁾ bis einschließlich TOP 6)

³⁾ ab Mitte TOP 2a)

⁴⁾ ab Mitte TOP 1)

⁵⁾ ab TOP 2a)



Der SaarLB-Finanzbericht 2024 online
www.saarlb.de/geschaeftsbericht2024

Impressum

Herausgeber	Landesbank Saar Ursulinenstraße 2 66111 Saarbrücken
Redaktion	Personal und Kommunikation E-Mail: service@saarlb.de
Gestaltung	ars Werbe GmbH Zu den Grenzsteinen 17 66539 Neunkirchen
Foto (Titelmotiv)	manuela meyer fotografie An der Christ-König-Kirche 10 66119 Saarbrücken
Druck	repa druck GmbH Zum Gerlen 6 66131 Saarbrücken



Landesbank Saar, Saarbrücken

Adresse Ursulinenstraße 2
66111 Saarbrücken
66104 Saarbrücken
Fon +49 681 383-01
Internet www.saarlb.de
E-Mail service@saarlb.de
BIC/SWIFT SALADE55
Bankleitzahl 590 500 00

Landesbank Saar, Vertriebsbüro Koblenz

Adresse Peter-Klößner-Straße 5
56073 Koblenz
Fon +49 261 9521-8461
E-Mail service@saarlb.de

Landesbank Saar, Vertriebsbüro Mannheim

Adresse Willy-Brandt-Platz 5 - 7
68161 Mannheim
Fon +49 621 124769-10
E-Mail service@saarlb.de



La Banque Franco-Allemande, Succursale de la Landesbank Saar – Strasbourg

Adresse Résidence Le Premium
17 - 19, rue du Fossé des Treize
67000 Strasbourg
Frankreich
Fon +33 3 88 37 58 70
E-Mail info@banque-franco-allemande.fr

La Banque Franco-Allemande, Centre d'affaires – Paris

Adresse 203, rue du Faubourg Saint-Honoré
75008 Paris
Frankreich
Fon +33 1 45 63 63 52
E-Mail info@banque-franco-allemande.fr

La Banque Franco-Allemande, Centre d'affaires – Lyon

Adresse 2, rue Grolée
69002 Lyon
Frankreich
Fon +33 3 88 37 58 70
E-Mail info@banque-franco-allemande.fr



LBS Landesbausparkasse Saar

Adresse Beethovenstraße 35 - 39
66111 Saarbrücken
Postfachadresse Postfach 10 19 62
66019 Saarbrücken
Fon +49 681 383-290
Internet www.lbs-saar.de
E-Mail service@lbs-saar.de